

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumero: monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 26 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Abonnement in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Ercheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 40 Pfg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Beraternungs-Anzeigen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (seitgedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Sonntagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonntag, den 25. Juni 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Die Kieler Illusion.

Als im April bekannt wurde, daß der englische König seinen kaiserlichen Neffen auf deutschem Boden ausführlich zu besuchen gedenke, versuchte die deutsche Presse zunächst, das für dieselben Vorfälle stets bereite Schema zu verwenden; es wurde ein großes, ein europäisches, ein weltpolitisches Ereignis angekündigt. Der Sinn des Ereignisses aber wurde ebenso gegenständig gedeutet wie in der deutschen Bourgeois-Presse — soweit die totale Unselbständigkeit in auswärtigen Dingen überhaupt eine Meinungsbildung zuläßt — diese zweierlei Tendenzen vorherrschen: Die einen schwammen in der Hoffnung neuer deutsch-englischer Annäherung; die andern dagegen fürchteten, daß Deutschland sich einem perfiden Streiche Albions aussetze, das bei Rußland, dem letzten Freunde Deutschlands, Mißtrauen zu entfachen beabsichtige, um so Deutschland vollends zu isolieren.

Wald jedoch mußte der Versuch, den englischen Besuch zu einem Ereignis aufzublähen, in sich zusammenbrechen. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, deren Aufgabe es ist, in jeglicher Fürstenerbegegnung und jedem Diplomatenstreich dem stammenden Volke die geheimnisvoll waltenden Kräfte der Weltgeschichte zu verkünden, mußte selbst die ungewohnte Aufgabe vollziehen, das nahehe Kieler „Ereignis“ zu entthronen. Wenn nämlich einer jener beiden Auffassungen, die in der deutschen Presse hervorgetreten waren, ein Teil Wahrheit zum, so der letzteren, die dem englischen Besuch mißtrauensvoll entgegen sah. Darum erklärte die „Norddeutsche“ am 6. d. Mts. eine offizielle Note, in der erklärt wurde, irgend ein „fertiges politisches Programm“ für die Begegnung des Königs Eduard mit dem Kaiser sei nicht vorbereitet; die Kieler Begegnung, „ohne jeder politischen Bedeutung zu entbehren“, sei „von beiden beteiligten Seiten nicht zu besonderen neuen Abmachungen bestimmt.“ Seitdem hat auch die Presse, der jede Handbewegung und jeder Schritt eines Fürsten Weltereignisse sind, sich darein finden müssen, daß Kiel mit der „großen Politik“ nichts zu thun habe.

König Eduard VII. hat die deutschen Gewässer erreicht und die „Kieler Woche“, die mit einigen Regattafahrten eingeleitet, wird sich in aller Herrlichkeit entfalten. Die Zeitungen, die den politischen Deutungsakten entsagen mußten, strengen bereits in üppigen Schilderungen des beginnenden großen Schaustücks.

Die Socialdemokratie, so fern gerade sie sich von jeder Ueberschätzung monarchischer Freundschaftsbeziehungen hält, bedauert, daß diese Kieler Woche eben nur Schaustück und nur ein Ausdruck der persönlichen Beziehungen der beiden Monarchen ist. In demselben Maße als die deutsche Socialdemokratie die Ueberintimität Deutschlands mit Rußland verwirft, weil sie weltpolitisch und innerpolitisch unheilvoll für Deutschland ist, in demselben Maße bedauert sie die seit Jahren gesteigerte politische Verfeindung zwischen den maßgebenden Massen Englands und Deutschlands. Die Socialdemokratie wünscht eine Verbesserung der deutsch-englischen Beziehungen ebenso wie sie nicht daran denkt, in dem Kieler Festgetimmel irgend welchen Anlaß zur Erfüllung ihres Wunsches zu erkennen.

Kaiser Wilhelm II. hat seinen, ausgehend von der Internationalität des Sportbetriebes, von den Fortschritten der Solidarität unter den Kulturvölkern gesprochen. Dieses Wort wird in den nächsten Tagen in allerlei Variationen fortönen und es wird die Surrogatlosung sein für das „politische Ereignis“, auf das verzichtet werden muß. Diese „Solidarität“ aber ist nicht von heut. Solche Verbindung besteht seit langem gerade zwischen dem englischen Königshaus und dem deutschen Kaiser. Wenn Eduard VII. jetzt mehrere Tage Deutschland besucht, Wilhelm II. hat — zum Verdrüß der deutschen Englandhasser — zehn Besuche statt des einen auf englischem Boden abgestattet. Er hat an so mancher Regattafahrt, an so manchem Wasser- und Landtsport in England eifrig teilgenommen. Diese „Solidarität“, die vor längerer Frist schon sich in dem Worte „Blut ist dicker denn Wasser“ bekräftigte, ist jedoch für die Gestaltung der politischen Beziehungen zwischen den beiden Staaten gänzlich ohne Einfluß geblieben.

Die Thatsache, daß die gesamte bürgerliche Presse Deutschlands sich schnell bequemem mußte, die Bedeutungslosigkeit der Kieler Woche zuzugeben, ist das einzig Bedeutungsvolle der Kieler Woche.

Die „Königliche Zeitung“, in einem gewiß offiziös beeinflussten Artikel zur Begrüßung des Königs Eduard, sagt daher jetzt in aller Nüchternheit:

„Aber bis wir (Deutschland und England) uns wieder gegenseitig vor aller Welt an unsere Interessengemeinschaft und Massenverwandtschaft und daran erinnern können und wollen, daß Blut dicker ist als Wasser, wird vermutlich noch manche Regatta in Kiel gefeiert werden.“

Und die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ selbst leistet an der Spitze ihrer heutigen Ausgabe einen offiziellen Empfangsartikel, der weit abseits von den sonst üblichen politischen Wertungsversuchen dynastischer Festlichkeiten:

„Seine Majestät der König von England trifft heute, begleitet von einem stattlichen Geschwader, an Bord seiner Yacht in den deutschen Gewässern ein und gedenkt durch den Kaiser Wilhelm-Kanal die Fahrt nach Kiel fortzusetzen, wo er als Gast des deutschen Kaisers weilen wird. Vietet dieser Besuch den beiden in enger Verwandtschaft und herzlicher Freundschaft verbundenen Monarchen erwünschte Gelegenheiten, Tage ungewöhnlichen persönlichen Verkehrs mit einander zu verleben, so gewinnt er eine weitere schöne Bedeutung durch den Mahmen, in dem er sich abspielt, und den Schauplay, auf dem er sich abspielt: dem aufblühenden deutschen Segelsport wird eine ausgezeichnete

Anerkennung seiner Leistungen zu teil, indem das Oberhaupt der englischen Nation seinen Veranstaltungen eine sachkundige Aufmerksamkeit zuwendet, und die junge deutsche Marine ist stolz darauf, den Chef der größten Kriegsflotte der Welt an der Hauptstätte ihrer Friedensarbeit zu begrüßen.

Möge es zur Befestigung der allgemeinen friedlichen Tendenzen in den Beziehungen der Nationen dienen, daß die beiden Monarchen sich zu freundschaftlichem Gedankenaustausch begegnen!

Wir entbieten Seiner Majestät dem König Eduard unsern ehrerbietigen Willkommensgruß mit dem Wunsch, daß er von den Kieler Tagen die besten Eindrücke empfangen möge.“

Das ist die völlige Befestigung der politischen Bedeutungslosigkeit der Kieler Woche. Dem ernsthaften Politiker kann darum das Schein- und Schaustück von Kiel nur das Bedauern schärfen für die wirkliche Ungunst der Beziehungen der beiden großen Staaten.

Ran leistet beiden Völkern, dem englischen und dem deutschen, einen schlechten Dienst, wenn man in den Festlären der Sportsolidarität irgendwie einstimmen, wenn man die Klust, die beide Nationen heute spaltet, mit schön beschriebenen Papier überbrücken, wenn man nicht auf die Gefahren aufmerksam machen wollte, denen diese Nationen entgegen eilen.

Auch die englische Presse — und im Unterschied zur deutschen kennt sie auswärtige Politik — ist ganz entfernt, die Fahrt Eduards VII. auch nur als ein Symptom der Verbesserung der deutsch-englischen Beziehungen anzusehen. In ihren äusserst ruhigen Äußerungen spiegelt sich durchaus die Stimmung wieder, die in der englischen Bourgeoisie gegenüber Deutschland vorwiegt. Wie diese Stimmung beschaffen ist, sagt uns gerade aus Anlaß der Kieler Woche unser Londoner Korrespondent:

Der politisch denkende Engländer der leitenden Schichten sagt sich: Deutschland ist seit 8 Jahren und in stets steigendem Maße an dem Ausbau seiner Flotte beschäftigt. Es drängt darauf, sich eine Kriegsflotte zu schaffen, die dem englischen Kanalgeschwader mehr als gewachsen sein soll. England ist kolonialgefäßigt; Deutschland ist kolonialhungrig. Die Briten sind nur noch an der Konsolidierung ihres Reiches beschäftigt; die herrschenden Kreise Deutschlands wollen einen deutschen Imperialismus. England kämpft mit offenem Bistier gegen Rußland, seinen traditionellen Feind; Deutschland buhlt um dessen Freundschaft; in Ostasien stehen wir im selben Gegensatz: England will die Integrität Chinas; Deutschland die Teilung. Wohin wir blicken, sei es auf ökonomischem, sei es auf politischem Gebiete, stehen sich beide Länder feindlich gegenüber. England ist frei, aber desorganisiert, fast ohne Staat und ohne Armee; seine Bürger ohne jede Übung im Gebrauch der Waffen. Und die Flotte? Wer weiß, wie es mit dieser steht! Angesichts der Thatsache, daß wir allen militärischen Geist und alle Organisationsfähigkeit eingebüßt haben, kann auch die Flotte nicht auf der Höhe der Zeit sein. Deutschland dagegen ist unsterk, seine Herrscher haben es in eine gewaltige „fighting machine“ (Kriegsmaschine) verwandelt, die auf den Druck ihrer Führer automatisch gegen uns wirksam werden wird.

So etwa denkt der gebildete, progressiv gesinnte Engländer. Der einfache Engländer macht's kürzer: die Deutschen wollen und unsern Handel und unser Reich nehmen.

Deshalb die Gleichgültigkeit gegenüber dem Kieler Besuch. Wäre Jüngern sagen, der König statte seinem Neffen eine diplomatische Kondolenzvisite ab. . .

Wir sind stets der Ueberszeugung gewesen, daß die kommerzielle und industrielle Rivalität zwischen Deutschland und England keineswegs die politische Verfeindung zur Folge haben muß, die sie zur Folge gehabt hat. Erst die Einleitung einer Ära der Weltpolitik in Deutschland hat die politische Verfeindung herbeigeführt. Die übermäßigen Flottenrüstungen Deutschlands mußten den britischen Argwohn erregen und jeder neue Umsturz des Flottenprogramms mußte ihn verstärken.

Gerade jetzt arbeiten die Interessenten des Kriegsschiffbaues um die Wette mit versteinerten Welpphantasten an den Treibereien zu nochmaligem Umsturz des letzten großen Flottenprogramms. Und man weiß, daß das Reichs-Marineamt neue Plottenvorlagen vorbereitet. So wird durch den Wahnsinn der Kriegsrüstungen der Zwist unter Nationen stets mehr verschärft, deren wahre Aufgabe wäre, in wirtschaftlichem und politischem Wettstreit Kulturziele zu erringen.

Toll sich steigende Kriegsbudgets und Zuspitzung nationaler Gegensätze — das ist die Wirklichkeit der Solidaritätsillusion von Kiel!

Von Kirchenbau und Hofbank.

Die silberne Hochzeits-Mosai.

Es bestätigt sich vollumfänglich die neuere Mirbach-That der Vernichtung des behördlichen Apparats zur frommen und monarchischen Geld-eintreibung. Es war mitgeteilt worden, daß Herr v. Mirbach die Oberpräsidenten ersucht hat, bei den Reichs- und Landes Geldsummen einzuholen — kleinere Beiträge sind „allgemein unbeliebt!“, mit denen eine kunstvolle Mosai der Kaiser Wilhelm-Gedächtnis-Kirche für die silberne Hochzeitsfeier des Kaiserpaars hergestellt werden soll. Der „Berl. Ztg.“ ist jetzt der Wortlaut des Schreibens zur Kenntnis gelangt, das eine untere Behörde zur Erfüllung des Mirbach-Wunsches an die Zahlungsfähigen richtete. Der Landrat des Kreises Teltow Herr v. Stubenrauch erfreut sich, wie bekannt, besonderen Wohlwollens des Kaisers; wie sollte er nicht an einem Werke teilnehmen, das seinem hohen Herrn silberne Hochzeitsfreude zu bereiten bestimmt ist?

Herr v. Stubenrauch schrieb also: „In allen Teilen der Monarchie haben sich Komitees gebildet, um unserm Kaiserpaare als Gabe zu dem Tage seiner silbernen

Hochzeit, den 27. Februar 1906, den Ausbau der Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche als Zeichen des Dankes darzubringen.

Die Fertigstellung des bereits begonnenen Mosaischmudes erfordert aber eine Million Mark, sie wird, da immer nur kleine Teile der Kirche dem Gottesdienst entzogen und für die Mosaisarbeiten abgeschlossen werden können, wenigstens noch zwei Jahre beanspruchen. Es muß daher sofort mit der Ausführung begonnen werden.

Etwaige Ueberschüsse der Sammlung würden zum Ausbau der dem Gedächtnis der Kaiserin Augusta errichteten Gedenkstätte und zur Unterstützung von Wohltätigkeitsanstalten für Arme und Kranke verwendet werden.

Ihren Majestäten dem Kaiser und der Kaiserin soll am 27. Februar 1906 eine künstlerisch ausgestattete Guldigungsadresse aller Geber überreicht werden.

Der glückliche Gedanke, eine Spende zu widmen, die neben ihrer Bestimmung als Gabe zur silbernen Hochzeit Ihrer Majestäten zugleich dem Ausbau der dem Andenken unfres großen Heidenkaisers errichteten Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche, dieses hehren Nationaldenkmals, dient, läßt erhoffen, daß sich niemand von der Förderung dieses Vorhabens abschließen wird, und dem Vernehmen nach sind in anderen Teilen der Monarchie auch schon größere Beträge zusammengebracht worden.

Damit nun unser Kreis Teltow nicht zurücksteht, wo es gilt, unserm Herrscherpaare ein äußeres Zeichen unsrer Verehrung darzubringen, darf ich wohl die Bitte aussprechen, daß Euer Hochwohlgeborenen Ihren Beitrag an mich und zwar unter der Adresse des Direktors Hammemann, Berlin W. 10, Victoriastraße 18, gelangen lassen.

(gez.) v. Stubenrauch, Komiteedelegierter.

Die Aktiengesellschaft, an welche das Schreiben gerichtet war, eilte, 600 M. abzuliefern, worüber der Komiteedelegierte v. Stubenrauch „mit dem Ausdruck verbindlichsten Dankes“ quittierte. Die Leiter der Aktiengesellschaft haben sichtlich mit Hilfe des Eventual-Dolus annehmen dürfen, daß die Aktionäre, deren Geld sie spendeten, mit der patriotischen Gabe einverstanden seien.

Eine Ermüdung darüber, ob die Aktionäre sonst Kirchen besuchen, ob sie zur Gotik oder zum orientalischen Wusstil halten, dürfte Herr v. Stubenrauch ersparen, da nach dem Zeugnis des Freiherrn v. Mirbach, wie des Landrats v. Stubenrauch die Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche ein „nationales Denkmal“ bedeutet. Die nationalen Aktionäre aber haben ihre Gabe gern gestiftet trotz der schmerzlichen Zumutung, daß ihr nationales und frommes Tun, das sie still zu verrichten gedachten, in einer künstlerisch ausgestatteten Guldigungsadresse aller Geber“ offenbar gemacht werden soll.

Hoffen wir, daß die Mosai-Summe bereits aufgebracht und überreicht ist. Der Ueberschuß würde vielleicht Freiherrn v. Mirbach in die frohe Lage setzen, „seinen Vereinen“ das unredliche Pommern-Gut zurückzahlen zu lassen.

Mirbach baut weiter.

Es wird gemeldet: Posen, 24. Juni. Heute wurde in dem früheren Vorort St. Lazarus der Grundstein zu der unter dem Protektorat Ihrer Majestät der Kaiserin zu erbauenden evangelischen Kirche gelegt. Anwesend waren der Oberhofmeister Ihrer Majestät der Kaiserin, Freiherr v. Mirbach, sowie die Spitzen sämtlicher Militär- und Zivilbehörden. Die Weiherede wurde von dem Gemeindegewaltigen, das Schlusßgedet von dem General-Superintendenten Hefelke gesprochen.

Die literarische Hofbank.

Was die Sanden und Schulz an Geldspenden, das leistete für die Werke der Frömmigkeit und des Monarchismus das „Kleine Journal“ literarisch. Wir lesen den Dr. Leo Leipziger von diesen Hoflieferungen, die er einst — als er patriotisch war — leistete, gestern erzählen; es ist jedoch gar ergötzlich, eine jener patriotischen Lieferungen aus der Zeit der Palästina-Reise sich nochmals zu erinnern. Es findet sich an der Spitze des „Kleinen Journal“ vom 6. Februar 1899 dieser tiefstem Wufen entströmende Aufsatz:

„An unsre Leser!

Die Reife des Kaisers und der Kaiserin nach Palästina, drei Vorträge, gehalten vom Oberhofmeister der Kaiserin, Freiherrn v. Mirbach, ist als Broschüre erschienen.

Das in sehr eleganter Ausstattung im Verlage von Mittler u. Sohn hier selbst erschienene Buch ist mit einem Plan von Jerusalem und einer wohlgeleiteten Photographie geschmückt, welche den Kaiser hoch zu Ross im Zeltdlager von Jerusalem darstellt.

Freiherr v. Mirbach giebt in seinem Werke eine lichtvolle Schilderung des Aufenthalts des Kaiserpaars an den heiligen Stätten. Er läßt Land und Leute in greifbare Nähe gerückt an uns vorüberziehen, charakterisiert in trefflicher Weise den Eindruck, welchen das heutige Jerusalem auf den frommen Pilger hervorruft, und findet die Worte, um die gewaltige Begeistigung zu schildern, welche das Erscheinen unfres Herrscherpaars im Orient hervorgerufen hat. Gerade durch seine Stellung war Herr v. Mirbach vornehmlich dazu berufen, als authentischer Dolmetscher die Gefühle wiederzugeben, welche unfren Kaiser befeelten, als er die Palästina-Reise unternahm und dieselbe zu glücklichem Ende führte. Diese schwere und dankbare Aufgabe hat der Herr Verfasser glücklich gelöst und seine literarische Arbeit hat dadurch einen historischen Wert für das gesamte deutsche Volk gewonnen.

Der Ertrag ist für Wohltätigkeitszwecke bestimmt. Zum Preise von 1 M. und zu beziehen durch die Expedition des „Kleinen Journals“, Friedrichstr. 299.

Leider hat das „gesamte deutsche Volk“ so wenig Verständnis für die schriftstellerische Leistung des Freiherrn v. Mirbach und für seine Wohltätigkeit gehabt, daß Dr. Leo Leipziger, da er keinen Ertrag erzielen, den fromm erlogenen Tausendmarktschein aus eigener Tasche dem Freiherrn überreichte. Ohne Zweifel wird Freiherr v. Mirbach solche Entweihung der Palästina-Reise durch als baldige Zurückstattung auch dieses Tausendmarktscheins rächen!

Exzellenz Mirbach vor Gericht.

Die „Zukunft“ hatte Einblick in den stenographischen Bericht des Pommernbank-Prozesses. Daraus ergeben sich noch mancherlei Neuigkeiten, die der gewöhnliche Gerichtsbericht verbergen. Wir geben hier einiges wieder samt Glossen der genannten Zeitschrift.

Das Schreiben des Oberhofmeisters an den Oberstaatsanwalt Dr. Ikenbiel vom 14. d. M. lautet:

„Euer Hochwohlgeboren erlaube ich mir ergebenst zu benachrichtigen, daß ich, mit Rücksicht auf die im Pommernbank-Prozess am achten Juni gemachten Ausführungen, es für wünschenswert halte, meine Vernehmung vor Gericht eintreten zu lassen, und bitte demgemäß, mich baldigst vorladen zu wollen.“

So verlehren große Herren mit der Procuratur; wenn sie es für wünschenswert halten, erbitten sie ihre Vernehmung; und ihr Wunsch wird, auch ohne sachliche Motivierung, „baldigst“ erfüllt.

In der ersten Stunde des Verhandlungstages, an dem Mirbachs Brief verlesen wurde, hatte der Vorsitzende gesagt: „Wir können uns in öffentlicher Sache nicht auf persönliche Dinge einlassen“; und einem Zeugen das Wort abgefragt. Jetzt fand er die Vernehmung des Oberhofmeisters nötig; im Interesse der Sache, versteht sich, nicht etwa der Person. Zur Aufklärung des Sachverhaltes über die Hingabe der Gelder ist die Vernehmung von Wert.“ So sprach er am 15. Juni. Am 9. Juni hatte er, nach Dubbes Aussage, über denselben Gegenstand als Gerichtsbeschluss verurteilt: „Für uns ist der Punkt erledigt“; und weder Mirbach noch die von Dubde genannten Zeugen vorgeladen. Nun war der Punkt nicht mehr erledigt, war die Vernehmung zur Aufklärung des Sachverhaltes von Wert.“ Dann, scheint mir, mußte der Gerichtshof sie auch ohne Mirbachs Brief anordnen.

Außerdem (sagte Freiherr von Mirbach vor Gericht) sollen im Oktober noch 50 000 M. gestiftet worden sein; von dieser Summe ist weder mir noch einem meiner Vereine etwas zugegangen.“ Ganz richtig: diese 50 000 M. hat, auf Mirbachs Empfehlung, im Oktober 1900 das „Kleine Journal“ von den Pommern empfangen; sie wurden, mit gutem Grund, auf das Konto K des Freiherrn geschrieben und Schulz und Koneid erklärten den Klassenbeamten: „Mit dieser Sache haben wir weiter nichts zu thun.“ Schade, daß der Kirchengründer nicht die „Zukunft“ liebt; sonst hätte er sich der Thatjache erinnert und nicht nur gesagt: „Von dieser Summe ist weder mir noch einem meiner Vereine etwas zugegangen.“ Denn sie wurde auf seinen Wunsch ausgehakt.

„Sind sonst noch Fragen an Exzellenz?“ Keine. Am nächsten Tag lasen wir in vielen Zeitungen, die Angelegenheit sei nun zu allgemeiner Befriedigung aufgelöst und nur zu bedauern, daß der Freiherr nicht schon früher gesprochen habe. Ich bedauere noch mehr, daß er nicht gesagt hat, ob er auch Privatgeschäfte mit der Pommernbank machte. Der Preußenbank hatte er sein Godesberger Terrain zum Kauf angeboten; und Sanden sprach über dieses Geschäft nicht gern.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 24. Juni.

Preussisches Herrenhaus.

Das Herrenhaus mußte sich am Freitag nochmals mit dem Wildschon-Gesetz befassen, das das Abgeordnetenhaus in einigen Punkten abgeändert hatte. Es stimmte nach längerer Debatte den vom andern Hause beschlossenen Aenderungen zu und nahm ferner auf Antrag des Grafen Mirbach gegen den Widerspruch der Regierung eine Resolution an, die die Regierung auffordert, Prämien für erlegtes Raubzeug einzuführen. — Ferner nahm das Haus den Gesetzentwurf betr. die Verpflichtung zum Besuch ländlicher Fortbildungsschulen in der Provinz Hessen-Rhassau in der Fassung des Abgeordnetenhauses, d. h. unter Verbot des Fortbildungsschulunterrichts an Sonntagen an. Aus der Debatte ist eine charakteristische Aeußerung des Freiherrn v. Durant zu erwähnen, der das Wissen zwar nicht als Hauptbedingung für das Fortkommen der jungen Leute bezeichnete, aber großmütig genug war, anzuerkennen, daß unter Umständen auch das Wissen sein kann. Allmählich scheint also selbst bei dem Dunkelmann Durant der Gedanke durchzufahren, daß Kenntnisse doch nicht so ganz zu verachten sind.

Unter den Petitionen, mit denen sich das Haus schließlich noch beschäftigte, ist die um Einrichtung eines Vorortverkehrs für die Strecke Breslau—Dt. Lissa zu erwähnen. Das Haus überwies nicht nur die Petition selbst der Regierung zur Erwägung, sondern forderte die Regierung auch zu Erwägungen über die Einrichtung des Vorortverkehrs für Großstädte im allgemeinen auf.

Wie der Präsident am Schluß der Sitzung mitteilte, wird die Vertragung des Landtages am 2. Juli, vielleicht schon am 1. Juli erfolgen.

Sonnabend: Kleinere Vorlagen und Petitionen. —

Saarabien bei Berlin.

Die Öffentlichkeit aller parlamentarischen Verhandlungen und des gerichtlichen Verfahrens gehört zu den Grundlagen des modernen Staates, die selbst in Preußen bisher nicht angefaßt worden sind. Die Öffentlichkeit ist allerdings den Verteidigern und Interessenten des patriarchalischen Systems höchst zuwider, und die herrschende Klasse in Preußen, das von den Junkern als eine Art Familienheimat betrachtet wird, würde am liebsten in Regierung, Verwaltung, Gesetzgebung und Justiz das Wort Brausewelters zur Wahrheit machen, daß es eine Öffentlichkeit nicht gebe. Thatsächlich wird denn auch überall versucht, die Öffentlichkeit auf patriarchalischem Wege einzuschränken oder zu umgehen.

Aber das sollte man nicht für möglich halten, daß einer der höchsten Regierungsbeamten, und zwar nicht etwa jemand an der russischen Grenze, sondern ein Mann aus der unmittelbaren Nähe der Reichshauptstadt sich in einem öffentlichen Aktensitz zu dem Grundsatze bekennet, daß die gesetzlich gewährleistete Öffentlichkeit nicht existiere, sondern daß es vielmehr von dem guten Willen irgend eines Dorfschulzen abhängt, ob sie zugelassen werden solle oder nicht. Dennoch ist diese Unmöglichkeit wirkliche Wirklichkeit, wie der folgende Fall lehrt:

In Drewitz bei Potsdam finden die Gemeindevorsteher-Sitzungen im Hause des Gemeindevorstehers statt. Nach § 109 der Landgemeinde-Ordnung für die östlichen Provinzen sind die Sitzungen der Gemeindevorsteher-Sitzungen öffentlich. Es können als Zuhörer alle zu den Gemeinde-Abgaben herangezogenen männlichen großjährigen Personen beiwohnen, welche sich im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befinden und Gemeinde-Angehörige oder stimmberechtigte Jorensen oder Vertreter von Stimmberechtigten sind.

Der Gemeindevorsteher von Drewitz nun glaubte, daß er Zuhörer nicht zu dulden brauche, weil der Sitzungsraum seine Privatwohnung ist. Ein Gemeinde-Angehöriger wendete sich wegen dieser geschäftswidrigen Eigenmächtigkeit beschwerdeführend an den Landrat des Kreises Zeltow. Herr v. Stubenrauch antwortete unter dem 21. Januar 1904: Die Sitzungen fanden in einem Privaträume statt; ein besonderer Dienstraum sei dem Gemeindevorsteher nicht zur Verfügung gestellt. „Es ist dies“, so führte Herr v. Stubenrauch weiter aus, „bei dem jetzigen Umfange der Landgemeinde

Drewitz nicht erforderlich; wo aber kein Raum vorhanden ist, haben die Zuhörer ihr Recht, den Gemeindevorsteher-Sitzungen beizuwohnen, verloren. Die in Drewitz getroffene Einrichtung besteht übrigens in allen Landgemeinden von gleichem Umfange.“

Der Bescheid des Landrats war insofern unanfechtbar, als nach einer ministeriellen Deklaration des § 109 die Öffentlichkeit nur insoweit stattfindet, als das Versammlungsorte Raum genug bietet, um neben den Mitgliedern der Versammlung noch Zuhörer aufzunehmen. Es ist aber selbstverständlich — sonst wäre es ja möglich die Öffentlichkeit überall auszufächeln — daß die gesetzliche Öffentlichkeit unter allen Umständen dadurch gewährleistet wird, daß wenigstens eine Person als Zuhörer Raum findet. Und auch in dem Zimmer des Gemeindevorstehers von Drewitz wird es keine Naturunmöglichkeit sein, daß noch eine oder ein paar Personen darin Platz finden. Der § 109 verpflichtet natürlich nicht zur Zulassung einer unbefchränkten Anzahl von Zuhörern, aber doch dazu, daß wenigstens eine Person den Begriff der Öffentlichkeit erfüllen kann.

Das hat der Landrat v. Stubenrauch übersehen und seine Bemerkung, daß in Landgemeinden gleichen Umfanges dieselben Einrichtungen wie in Drewitz bestehen, deutet darauf hin, daß auf dem Lande die gesetzliche Öffentlichkeit in der Praxis vielfach oder auch in der Regel nicht existiert.

Der Beschwerdeführer wandte sich nun an den Minister, der die Sache dem Regierungspräsidenten von Potsdam zur Entscheidung übergab. Dieser Herr, ein v. d. Schulenburg, griff das Problem nun von einer andren Seite an, und er hob aus eigener Machtvollkommenheit den § 109 praktisch auf.

Unter dem 11. Juni 1904 erging aus Potsdam eine Verfügung, die in folgenden denkwürdigen Sätzen gipfelt:

„Aber auch bei sachlicher Nachprüfung erscheint sie (die Beschwerde) unbegründet; denn der Gemeindevorsteher hat dadurch, daß er die Abhaltung der Sitzungen der Gemeindevorsteher in seiner Privatwohnung gestattet hat, sich nicht seines Hausrechts begeben und kann daher gegen seinen Willen von Aufsichtswegen nicht veranlaßt werden, zu den Gemeindevorsteher-Sitzungen in seiner Privatwohnung Zuhörer zuzulassen.“

Solange daher die dortige Gemeindevorsteherung für ihre Sitzungen nicht einen besonderen Dienstraum durch Erbauung eines Gemeindehauses oder in sonst geeigneter Weise beschafft, und der Gemeindevorsteher infolge dessen gezwungen ist, die Sitzungen der Gemeindevorsteher in seinem Hause abzuhalten, kann das im § 109 der Landgemeinde-Ordnung vom 3. Juli 1891 vorgesehene Recht, an den Sitzungen der Gemeindevorsteher als Zuhörer teilzunehmen, im Einzelfalle nicht gegen den Willen des Gemeindevorstehers ausgeübt werden.

In Wirtschaften oder Schankwirtschaften soll die Abhaltung von Sitzungen der Gemeindevorsteher nach § 104 a. a. D. in der Regel nicht stattfinden; daher können solche Lokale vorliegenden Falles nicht in Frage kommen.

Die Benutzung des Schulhauses zur Abhaltung von Gemeindevorsteher-Sitzungen ist nach den angestellten Ermittlungen nicht thunlich, da sich daselbst ein geeigneter Raum mit für erwachsenen passenden Subjekten nicht befindet.“

Also Herr von der Schulenburg, Regierungspräsident von Potsdam.

Sein Entscheid eröffnet weite Aussichten, wie die verhasste Öffentlichkeit ebenso geräuschlos wie gründlich beseitigt werden kann. Der Landgerichtsdirektor beraumt die Termine in seiner Privatwohnung an; dann schließt er kraft seines Hausrechts die Öffentlichkeit aus. Der Reichstagspräsident läßt das hohe Haus in seine Privatwohnung ein — der Raum ist ja bei der geringen Frequenz immer vorhanden — und kein Zuhörer wird geduldet. Auch Wahlhandlungen können hinfür kraft des Hausrechts unöffentlich gestaltet werden. Schließlich braucht auch das Hausrecht des Gemeindevorstehers von Drewitz nicht bei dem Ausschluß von Gästen sein Genügen finden; da er sich — nach Herrn v. d. Schulenburg — seines Hausrechts nicht begeben hat, darf er ja auch schließlich ihm unsympathische Gemeindevorsteher aus „seinem“ Zimmer weisen. So läßt sich eines der wichtigsten, modernsten staatsbürgerlichen Rechte, die Öffentlichkeit, mittels des Hausrechts vernichten.

Man beachte auch den zartfümmigen Unterschied in der Regierungspräsidenten-Verordnung: Die nur als Wunsch auftretende Bestimmung der Gemeinde-Ordnung, daß in der Regel die Sitzungen in Wirtschaften nicht stattfinden sollen, ist ihm zwingendes Gebot, während ihm das zwingende Recht der Öffentlichkeit durch das Hausrecht des Gemeindevorstehers ausgeschaltet erscheint.

Es bedarf kaum näherer Ausführungen über die wirkliche Rechtslage; sie ist vollständig klar. Der Gemeindevorsteher kann nicht gezwungen werden, seine Wohnung für die Sitzungen herzugeben. Thut er es aber, so erhält der Raum für die Dauer der Sitzung öffentlichen Charakter, er muß Zuhörer zulassen und sein Hausrecht gilt nur insoweit, als es ihm auch in einem Rathsaussaale zuzufinden würde: er darf Personen, die sich ungebührlich benehmen, ausweisen.

Die Verfügung des Regierungspräsidenten schärft das Verständnis für saarabische Zustände. Warum sollte der Patriarchalismus sich nicht im dunklen Saarrevier, in Ostpreußen oder Oberschlesien die Gesetze so auslegen, wie es ihm gefällt, wenn sogar vor den Thoren der Reichshauptstadt ein Regierungspräsident das staatsbürgerliche Grundrecht der Öffentlichkeit unter Verufung auf das Hausrecht eines Gemeindevorstehers mit einem Federstrich aufhebt. Es scheint uns notwendig, wegen der principuellen Bedeutung dieser an sich lustigen Eingebung einer patriarchalischen Regierung, die Frage zu gerichtlicher Entscheidung zu bringen. Ein Gemeindevorsteher von Drewitz sollte wegen der geschäftswidrigen Abhaltung der Sitzungen auf Ungültigkeit der Gemeindevorsteher-Sitzungen klagen. Dann gelangt der Fall vor das Ober-Verwaltungsgericht. —

Königsberger Justiz.

Der Königsberger Ruffen-Prozess bedeutet bisher eine fortgesetzte Kette juristischer Seltsamkeiten, um von den politischen in diesem Augenblick nicht zu sprechen. Wir mühten wiederholt den unglücklich schleppenden Gang kritisieren, den die Staatsanwaltschaft einschlug, um Belastungsmaterial zu suchen. Diese Langsamkeit wurde auch nicht beeinflusst durch die Thatfache der vielmonatlichen Inhaftaltung unserer angeklagten Genossen.

Jetzt ist plötzlich die entgegengekehrte aber ebenso bedauerliche, ja noch bedauerlichere Seltsamkeit eingetreten. Der Schneidengang der Justiz verwandelt sich in Eilzugstempo; die Angeklagten laufen Gefahr, unter den Nädern einer überhitzten Justizmaschine zu verunglücken.

Sobald ist den Angeklagten die Anklageschrift zugegangen. Binnen fünf Tagen sollen sie ihre Einwendungen machen, Beweisanträge stellen zu ihrer Entlastung. Die Anklageschrift soll über 200 Seiten umfassen. Die Zumutung, daß die Angeklagten, welche tagsüber ihrem Berufe nachgehen müssen, in fünf Tagen auch nur die riesige Arbeitsleistung des Staatsanwalts — der diese Wochen lang an ihr gearbeitet hat — genügend bewundern können, ist unverständlich. Eine gründliche Durcharbeit und Vorbereitung von Entlastungsanträgen ist ganz ausgeschlossen.

Und schon ist der Termin angefeht! Was vor wenigen Tagen schon der Staatsanwalt den Zeugen, deren Ladung er fordert, als „vorausichtlich“ mitteilte, ist nun wirklich anberaumt: Am 11. Juli soll bereits die Hauptverhandlung beginnen.

Wie konnte der Staatsanwalt den Termin schon wissen, ehe noch die Anklage durch das Gericht beschloffen war?

Der durch die Strafprozeß-Ordnung vorgeschriebene übliche Gang des Verfahrens ist dieser: der Staatsanwalt reicht die Anklageschrift dem Gericht ein, dessen Vorsitzender sie den Angeklagten zustellen läßt unter Stellung einer Frist zur Stellung von Anträgen oder Erhebung von Einwendungen. Erst nach Ablauf dieser Frist, unter Mitberücksichtigung der eingelaufenen Anträge und Einwendungen hat das Gericht zu prüfen, ob es nach den Ergebnissen der Voruntersuchung die Angeklagten für „hinreichend verdächtig“ hält, faßt Beschluß über Eröffnung des Hauptverfahrens und übersendet die Akten derjenigen Strafkammer, vor welcher die Hauptverhandlung stattfinden hat. Erst der Vorsitzende dieser Strafkammer beraumt den Termin an und ordnet die Zeugenladung an.

Im Königsberger Verfahren jedoch schrumpft das Verfahren dahin zusammen, daß anscheinend Staatsanwalt und Strafkammer sich schon über den Termin der Verhandlung einigen, ehe noch überhaupt die Anklageschrift den Angeklagten zugestellt ist und ehe noch die Einwendungen der Angeklagten bekannt sind, die möglichst zur Ablehnung der Anklage durch das Gericht führen könnten!

Gegen dieses Verfahren ist durchaus zu protestieren.

Der Staatsanwalt hat in seiner Benachrichtigung an die Zeugen darauf verwiesen, daß er alles thun wolle, um eine Verlegung der Verhandlung zu verhindern, weil ein Angeklagter seit längerer Zeit sich in Untersuchungshaft befinde. Wir würdigen diese plötzliche Rücksichtnahme des Staatsanwalts auf einen Verhafteten um so mehr, als die bisherige, fast drei Vierteljahr dauernde Langsamkeit des Verfahrens nicht beeinflusst worden ist durch die Thatfache, daß vier Personen verhaftet waren! Aber, so sehr das Schicksal der Verhafteten uns berührt, der Staatsanwalt darf nicht annehmen, daß die Angeklagten darum die mindesten und dringendsten Vorbereitungen ihrer Verteidigung hintanzusehen dürfen.

Es kommt noch hinzu, daß selbst nach Abschluß der Voruntersuchung seitens der Staatsanwaltschaft Zeugenvernehmungen veranlaßt worden sind, von denen die Angeklagten erst jetzt Kenntnis erlangen. Da müßt man ihnen zu, in einer Frist von weniger als drei Wochen in die Hauptverhandlung zu gehen.

Wir bedauern, daß die Königsberger Justiz solche Anordnungen trifft. Gerade bei der Eigenart der Anklage, die den russischen Selbstherrschern gegen angebliche Verleumdung und Hochverrat schätzen will, sollte alles auf das peinlichste vermieden werden, was als Benachteiligung der Angeklagten erscheinen kann. —

Deutsches Reich.

Was zu beweisen war!

An der Schrift des Regierungsdirektors v. Brandt über die Saar-Industrie zeigte mir neulich, wie man heutzutage unter dem Schein lauterster Thatsachenswissenschaft reaktionäre Utopien zu „beweisen“ unternimmt. In die Vorarbeiten solcher Forscher- und Denkerthätigkeit leuchtet ein Rundschreiben, das im „Hamburger Echo“ veröffentlicht wird. Ein Mitglied des Staatswissenschaftlich-statistischen Seminars in Berlin hat an verschiedene Großindustrielle das folgende Schriftstück verandt:

Berlin N., den 31. Mai 1904.

Königl. Staatswissenschaftl. Statistisches Seminar,

Dorotheenstr. 95/96.

Sehr geehrter Herr!

Ew. Hochwohlgeboren mögen gütigst entschuldigen, wenn ich Sie mit einem Anliegen belästige, bei dessen Ausführung ich ganz ergebenst um Ihre Unterstützung bitte. Gestatten Sie, daß ich Ihnen in Kürze mein Anliegen vortrage.

Als Mitglied des Königl. staatswissenschaftlich-statistischen Seminars habe ich durch Herrn Dr. Jahn, kaiserl. Regierungsrat am kaiserl. statistischen Amt, die Anregung zur Behandlung des Themas: „Die Belastung der Industrie durch die Reichsversicherungs-Gesetzgebung“ empfangen. Da eine derartige Abhandlung mangels Vorhandenseins genauer statistisch abgeschlossener Materials sich aufbauen muß auf Grund statistischer Angaben nach dieser Richtung hin seitens einer Anzahl typischer Großbetriebe, so bitte ich Ew. Hochwohlgeboren ganz ergebenst, unter Verufung auf obige Stelle, mir, soweit möglich, statistisches Material zur Verfügung stellen zu wollen, welche Belastung Ihrem Betriebe durch die einzelnen Zweige der Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung bereits entstanden ist. In der Hauptsache wird es sich handeln um Angaben von Zahl und Lohnung der versicherungspflichtigen Personen und der von Ihnen gezahlten Versicherungsbeiträge, wobei, wenn irgend möglich, die einzelnen Lohnklassen der Invaliden- und Altersversicherung berücksichtigt werden müßten. Es würde mir lieb sein, wenn sich die Zahlenangaben über die ganze Zeit von dem Inkrafttreten der einzelnen Gesetze an bis zur Gegenwart erstrecken würden, würde mich aber schließlich wohl auch mit der Zusammenstellung für die Jahre 1889, 90, 91, 96, 1901, 02, 03 begnügen. Beispielsweise würde sich das Schema für das Jahr 1903 folgendermaßen ausnehmen:

Zahl der versicherungspflichtigen Arbeiter

Gesamtlöhnung

Beiträge des Unternehmers:

für die Krankenversicherung, unter Berücksichtigung der einzelnen Lohnklassen

für die Unfallversicherungsgesetzgebung

für die Invalidenversicherung, unter Berücksichtigung der einzelnen Lohnklassen

Ich darf dabei wohl bemerken, daß ich an die Abhandlung durchaus nicht von einem einseitigen arbeiterfreundlichen Standpunkte herantrete, sondern daß es mir in der Hauptsache darauf ankommt, die hohe Belastung der industriellen Unternehmerschaft hervorzuheben. Ich glaube wohl annehmen zu dürfen, daß durch eine solche Abhandlung eine Lücke in der Literatur ausgefüllt werden wird, die vielleicht geeignet sein wird, dem allzu raschen Tempo der sozialpolitischen Gesetzgebung etwas Einhalt zu thun. Daher habe bei Berliner Großindustriellen viel Entgegenkommen gefunden, muß aber, um zu einem Ziel zu gelangen, meine Wünsche in weiteren Kreisen äußern.

Discretion ist dabei selbstverständlich.

Ich bitte nochmals ganz ergebenst um Ihre geschätzte Unterstützung und darf wohl hoffen, daß Sie mir recht bald entsprechende Mitteilungen, wenn irgend möglich noch vor Ende Juni, zugehen lassen werden.

In ausgezeichnetester Hochachtung

anz ergebener

(gez.) Fritz Veyhols.

Dieser wissenschaftsbestaffte junge Mann geht mustergültig zu Werke. Noch bevor er nur eine statistische Ziffer hat, weiß er schon, was er beweisen will. Er ist nicht „einseitig arbeiterfreundlich“, sondern er will „die hohe Belastung der industriellen Unternehmerr-

„Schaff“ nachweisen, um „dem allzu raschen Tempo der sozialpolitischen Gesetzgebung etwas Einhalt zu thun“. Darum hat der Mann auch vorwiegend die wichtigste Frage in sein Schema nicht aufgenommen, wie hoch nämlich der Produktionswert und der Gewinn der unter- suchten Industriebetriebe ist; erst dann läßt sich doch ein Bild von der Belastung erzielen, wenn man weiß, welchen Prozentsatz des aus den Arbeitern herausgehenden Mehrwerts „in sozialer Wohlfahrt“ vergütet wird. Aber der Wissenschaftler weiß eben genau, was er beweisen will, und darum fragt er nicht erst nach Dingen, die seinen Beweis erschweren könnten. Wer nun noch daran zweifelt, daß die Jünger der empirischen Wissenschaft erst geduldsam die Tatsachen sammeln, um dann vorurteilslos und unabhängig, nur im Dienst der strengen und lauterer Wahrheit, die Schlüsse zu ziehen!

Gespant darf man freilich auf die Kunststücke sein, die der „zielbewußte“ Herr anwenden wird, um die unangenehme, aus jeder amtlichen Statistik sofort ohne „Umfrage“ zu berechnende Tatsache aus der Welt zu schaffen, daß die „hohe Belastung“ der Unternehmer darin besteht, daß sie etwa fünf Pfennig für jeden Arbeiter und Arbeitstag zu bezahlen haben. Die ganze „sozialpolitische Belastung“ beträgt zwei Prozent des von den Arbeitern erzeugten Produktionswertes. —

Ein Gegenstück zum Trierer Schulstreit. Die sterbliche Taktik, städtische Schulen ohne konfessionellen Charakter mittels der Zuchtmittel der Kirche zu Gunsten rein katholischer Schulen zu schädigen, hat nicht nur in Trier Triumph gefeiert. Auch in Wesel ist dieselbe Erscheinung zu beobachten, die dadurch noch besonders auffällig wird, daß das preussische Kultusministerium die konfessionelle Schule finanziell unterstützt.

Ein Privattelegramm aus Köln meldet uns: Seit 1877 besitzt Wesel eine zehnklassige paritätische höhere Mädchenschule, deren Lehrpersonal konfessionell gemischt ist. Als 1888 eine vierklassige katholische Privatschule gegründet wurde, entzog später der Bischof von Münster der städtischen Schule die katholischen Religionslehrer. Der Religionsunterricht wurde nun von Seiten der Stadt zwei katholischen Lehrerinnen übertragen. Auch diesen wurde seitens der Kirche, wie die „Kölnische Zeitung“ berichtet, die Erteilung von Religionsunterricht verboten. Die städtische paritätische Schule verlor darauf fast alle katholischen Schülerinnen. Die Erregung über den Kampf der Geistlichkeit ist gestiegen, seitdem bekannt geworden, daß die preussische Staatsregierung die katholische Privatschule erheblich finanziell unterstützt. Dem Kultusminister ist nunmehr mitgeteilt worden, daß das Kuratorium der städtischen Schule den Religionsunterricht in jeder Höhe bezahlen wolle.

Dieser Konkurrenzkampf um das Seelenheil der höheren Töchter von Wesel ist ja an sich höchst drollig. Es ist lustig, wie die Väter der Stadt den Kirchenbau durch die Höhe der Gehälter zu bezwingen suchen; vielleicht daß sich doch noch ein Katholik findet, der für gutes Geld dem Bannstrahl des Bischofs von Münster trotzt. Aber für die Schulpolitik der Regierung ist der Fall doch bedeutungsvoll genug. Als der Bischof von Trier den Besucherinnen der städtischen Schule die Verweigerung der Absolution androhte, erklärte Graf Bülow im Abgeordnetenhaus mit hohem Pathos, daß dieser Uebergriff des Bischofs zurückgewiesen sei. Wir wiesen damals auf die Richtigkeit dieser Abwehr hin. Jetzt erfahren wir nun, daß das Kultusministerium eine katholisch-konfessionelle Schule sogar finanziell unterstützt, die sich die in Trier gelagerten „Uebergriffe“ in verschärfter Form zu Schulden kommen läßt; die preussische Regierung fördert eine sterbliche Gründung, deren Zweck und Tätigkeit ist, mit allen Mitteln eine paritätische Schule in ihrer Existenz zu vernichten. Man ermahnt jetzt, wie ernst es dem Grafen Bülow mit seiner Zurückweisung des Bischofs Korum gewesen sein muß!

Der Liberalismus wird sich nun wieder eine Zeitlang über die Akeralisierung des höheren Schulwesens aufregen. Inzwischen rüstet sich die Regierung, um die Volksschule nicht nur tatsächlich, sondern auch gesetzlich der Pfaffenherrschaft vollständig auszuliefern. Für das Proletariat wird der Kampf gegen die Konfessionsschule zu einer Lebensfrage der Bildung und Aufklärung des heranwachsenden Geschlechts. —

„Amliches“ vom Zechenlegen.

Die Interpellation des Zentrums im preussischen Abgeordnetenhaus über das Zechenlegen im Ruhrrevier und die denselben Gegenstand behandelnde Interpellation unfruchtbar im Reichstage, die zwar nicht beantwortet aber desto gründlicher besprochen wurde, haben die preussische Regierung denn endlich zu dem aufgeschrien, wozu sie von amts- und rechtswegen ohne jeden Antriebe hätte kommen müssen: zu einer amtlichen Untersuchung der gemein- schaftlichen Maßnahmen des Kohlenindustrials und seiner Hinter- männer, unter denen im Ruhrrevier ganze Bevölkerungsschichten und Gemeinden leiden und in Zukunft noch erst recht zu leiden haben werden.

Zu diesen Untersuchungen ist am 28. April eine besondere Ministerialkommission nach dem Ruhrgebiet gereist, hat in Dortmund mit den beteiligten Behörden, mit Vertretern des Kohlen- syndikats und den in Frage kommenden Zechenberatungen gepflogen und im Anschluß daran weitere Erhebungen auf verschiedenen Zechen vorgenommen. Das so gewonnene Material wurde noch ergänzt und zuerst der in dieser Angelegenheit im Abgeordnetenhaus niedergesetzten Kommission mündlich unterbreitet. Die Kommission verlangte die Ermittlungen und Urteile schwarz und weiß in einem gedruckten Bericht. Dieser liegt nun in der „Denkschrift, betreffend die Stilllegung verschiedener Steinkohlenzechen des Ruhrreviers“, vor, die uns bisher nur aus Auszügen der bürgerlichen Presse bekannt war.

Danach enthält die Denkschrift zunächst die Feststellung der in der letzten Zeit im Ruhrrevier tatsächlich vollzogenen Zechenverkäufe und Angaben darüber, in welchem Umfange Stilllegungen beabsichtigt sind. Sie bespricht dann die Gründe für die Zechenfusionen und bringt im Anschluß daran eine Darstellung der Verhältnisse der einzelnen in Betracht kommenden Zechen. Ein Schlusskapitel giebt eine zusammenfassende Betrachtung der Sachlage. Als Anhang sind die von der Ministerialkommission in Dortmund gepflogenen Beratungen und Verhandlungen im Wortlaute wiedergegeben. Die einzelnen Teile scheinen höchst ungleich zu sein, und besonders scheint die Kommission, wie die „Germania“ schon feststellte, mit das wichtigste ziemlich außer Betracht zu lassen, nämlich, wie sie sollte, Angaben darüber zu machen, welche Maßnahmen getroffen oder geplant sind: a) um das willkürliche Stilllegen der noch nachweislich rentablen Zechen zu verhindern, b) um die schädlichen Folgen der erfolgten Stilllegungen zu beseitigen oder zu mildern, insbesondere hinsichtlich der Arbeiterverhältnisse.

An positiven Feststellungen bringt die Denkschrift zunächst die Thatsache, daß die Zahl der Zechen, deren Verkauf an andre Bergwerke in der letzten Zeit erfolgt oder doch dem- nächst mit Sicherheit zu erwarten ist, sich auf zwölf be- läuft. Die Denkschrift muß auch zugeben, daß die Käufer der Zechen bei dem Ankauf von dem Bestreben geleitet ge- wesen, die Beteiligung der angelaufenen Zechen beim Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikat zu erwerben und, wenn auch nur allmählich, auf ihre eignen Zechen zu über- tragen. Dieses Bestreben sei vornehmlich durch die Bestimmungen des neuen, am 1. Januar 1904 in Kraft getretenen Syndikats- vertrages hervorgerufen worden. Dann aber scheint die Denkschrift ganz in die Beweisführung des Kohlenyndikats zu verfallen, mit schon lange bestehender Unproduktivität der stillgelegten Zechen und dergleichen zu operieren. Ueberhaupt scheint sie im wesentlichen, soweit sie urteilt, nach bekanntem Muster „beruhigen“ zu sollen, und man wird sich nun auch über die von uns am Mittwoch an anderer Stelle eingehend gezeigten Resolution des bekannten Unternehmers

vereins im Ober-Bergamtsbezirk Dortmund nicht mehr zu wundern brauchen. Die Herren, die diese Resolution verfaßten, sind sicher zumeist auch die Inspiratoren der Geheimräte der Herren Köller und Hammerstein gewesen und haben den Ton und die Tendenz des amtlichen Berichtes deshalb gut voraussagen können. Uebrigens wäre es ja auch ein Wunder, wenn es anders wäre, denn wieder sind gerade auch bei dieser Erhebung Arbeiter und Arbeiter-Organisationen weder gehört noch gefragt worden! Dadurch kennzeichnet sich die Methode und das Ergebnis, zu dem sie dadurch kommen muß, schon völlig hinlänglich klar. Es ist daher auch selbstverständlich, daß, so die Denkschrift in ihrem Schluß überhaupt etwas gegen die Kohlenbarone zugeht, die Arbeiter von allen Betroffenen in ihrem Wohl und Wehe am geringsten be- wertet werden. Der Schluß, zu dem die Geheimräte kommen, lautet nämlich wörtlich:

„Die zum Teil schon erfolgte, zum Teil mehr oder minder nahe bevorstehende Stilllegung der zur Erörterung gezogenen Zechen bedeutet hiernach bei einer Reihe von Gemeinden, wie schon jetzt mit Sicherheit behauptet werden kann, eine nicht un- erhebliche, finanzielle Schädigung der Gemeinden und ihrer Angehörigen, insbesondere der Gewerbe- treibenden und Hausbesitzer. Demgegenüber treten die Schädigungen der Arbeiter insofern zurück, als bei weitem die meisten auf benachbarten Zechen, zum Teil unter Bei- behaltung ihres bisherigen Wohnsitzes, Arbeit gefunden haben oder voraussichtlich finden werden. Sollten indessen außer den genannten Zechen noch andre in derselben Gegend stillgelegt werden, so würden sich auch die Verhältnisse für die Arbeiter wesentlich ungünstiger gestalten, und die Schädigungen der Gemeinden und ihrer Angehörigen einen erheblich weiteren Umfang annehmen.“

Das Syndikatsorgan, die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, hat denn auch kein Wort der Kritik, es ist befriedigt. Soviel für heute nach den Berichten der bürgerlichen Presse, sobald auch uns die Denkschrift vorliegt, werden wir, wie gesagt, auf sie zurückkommen. —

„Dem Reichskanzler vorzulegen“. Die „Zukunft“ antwortet auf die abermalige Ablehnung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, daß Graf Bülow die gegen die Entsendung Trothas nach Südwest- afrika intrigierende Depesche des „Lokal-Anzeiger“ vor der Ver- öffentlichung gelesen habe, u. a.:

„Wegen der winzigsten Dinge lassen Scherls Staatssekretäre bei den Wahgebenden anfragen; es ist vorgekommen, daß harmlose Klau- derien aus der Diktatur der Censur unterbreitet und dann, als nicht opportun, trotzdem sie schon gelesen und honoriert waren, zurückgelegt wurden. Nichts, was oben anstößt, darf ins Blatt. Dafür erhält der „Lokal-Anzeiger“ aber auch alle Nachrichten, die von höchsten oder amtlichen Stellen bezogen werden, vor den andern Zeitungen. Und nun sollte eine Klaunderdepesche unzensuriert gedruckt worden sein? . . . Trogden hätte ich meinen Zweifel unterdrückt; denn seine Berechtigung war nicht zu erweisen. Da erhielt ich einen Rohrschreibbrief, in dem stand: „Das Dementi der „Norddeutschen“ ist dreist (sic) milder den Ausdruck); die Depesche ist hier im Amt vor- gelegt und mit dem tolerari potest (kann aufgenommen werden) ver- sehen worden. Der Absender selbst hatte drübergeschrieben: „Dem Reichskanzler vorzulegen!“ Und so was wird abgefristet!“ . . . Gleich danach belam ich aus Südwestafrika — von einem Interessierten — die Mitteilung: „Ich habe Danthauers Depesche gesehen. Die ersten Worte waren: „Dem Reichskanzler vorzulegen!“ Lassen Sie auf, was daraus wird.“ Die Depesche war also mit der Weisung, sie dem Kanzler zur Censur vorzulegen, abgegangen und angelangt. Beide Nachrichten stimmten wörtlich überein. Das genügt mir noch nicht. Der Zufall brachte mich mit einem Redakteur des „Lokal- Anzeiger“ zusammen. Der konnte Bescheid wissen. Ohne Einleitung fragte ich ihn: „Warum ist bei Ihnen denn geäußert worden, daß Bülow die Depesche vor dem Druck gelesen hat? Er hat sie ja gelesen.“ „Woher wissen Sie das?“ „Die Depesche trug ja den Vermerk: Dem Reichskanzler vorzulegen.“ Er wurde rot, kam ins Stottern und sagte schließlich, ich müsse begreifen, daß er über Interna der Redaktion nicht reden dürfe. Ich begriff; wäre meiner Sache nun aber sicher gewesen, selbst wenn nicht noch ein Viertel, der Kenntnis haben konnte und Glauben verdiente, mir gesagt hätte: Die Geschichte ist mit Bülows Genehmigung in den „Lokal-Anzeiger“ gekommen. . . .“

Vorschuß des Lustmordes. Die Wiedereinführung des Prangers hat der Superintendent Feldhahn in Lettschin angeregt und die letzte Kreisynode beschlossen. Es sollen nämlich von jetzt ab die Namen der „gefallenen Mädchen“ von der Kanzel aus bekannt ge- macht werden.

Kein Zweifel, daß dieser Bekanntgabe die Absicht der Beleidigung inne wohnt, und deshalb den Beleidigten durch den Staatsanwalt Genugthuung verschafft werden muß. Wenn aber die Mädchen von Lettschin nun kontraktbrüchig werden, um dem Schimpf einer solchen Anprangerung zu entgehen, dann muß solcher Landstucht gesteuert werden — durch Kontraktbruch-Gelände. Uebrigens verfährt der fromme und strenge Herr Feldhahn höchst ungerecht. Warum ver- ändert er nicht auch die Namen der gefallenen Männer, insonderheit der „Verführer“ der Mädchen. Sollte er sich von den Ergebnissen fürchten?

Der „Reichsbote“ ist mit dieser Ehrenkränkung armer Mädchen ganz einverstanden. Er sieht in dem „Fall“, daß ein Mädchen vor der Ehe dem Liebsten in die Arme sinkt, die erste Stufe auf der Bahn zum — — — Lustmord. Er jammert:

„Wenn man sieht, wie gerade die Sünden gegen das sechste Gebot überhandnehmen und bis zu den Quellen der Lustmorde ausarten, so muß man es bedauern, daß die Presse so wenig Verständnis dafür hat, wenn die Kirche in ihren Gemeinden sit- tliche Zucht ausübt, und das sogar als undrisslich bezeichnet. Ist es etwa drisslich, vor diesen Sünden die Augen zu schließen, zu thun, als sähe man sie nicht und sie so ungerügt bis zur sittlichen Verwilderung fortwuchern zu lassen? Welches Unheil wird durch solche Sünden auf die Mädchen und ihre Familien herabgezogen! Wozu wäre denn die Kirche noch da, wenn sie nicht mehr den Mut hätte, in ihren Ge- meinden sittlich-erzieherische Zucht zu üben!“

Mit Verlaub: Wenn der vorerwähnte Geschlechtsungang, der namentlich auf dem Lande allgemein Sitte ist, eine Vorschuß des Lustmordes ist, wozu müssen dann erst die Eheschließungen hoher Persönlichkeiten führen, wozu die Anstößigkeiten von Offizieren, deren „Fälle“ man offenbar nur deshalb nicht von den Kanzeln der Garnisonkirchen mit Namen anspricht, weil man dann nicht mehr von der Kanzel herunterkäme, so lang wäre die Liste! Es giebt keine Steigerung komplizierter Lustmordes mehr, die die Folge derartiger Sünden sein müßte, wenn schon die ländlich-sittliche Liebelei geradentweg zum Lustmord führt. Uebrigens pflegen auch nicht Frauen, sondern Männer Lustmorde zu üben, und die Männer gerade sind ja Gnade und Discretion vor der „Kirchen- zucht“. Ist es drisslich, die Mädchen für die möglichen Verbrechen der Männer zu bestrafen? —

Der deutsch-französische Krieg vor Gericht. Zur Verhandlung gegen die „Mainz Volksztg.“ wegen Veröffentlichung der Kretsch- mannsbrieve, betreffend die Plünderungen von Sens durch die Hessen, ist für Montag, 4. Juli, vor der ersten Strafkammer des Mainzer Landgerichts ein neuer Termin anberaumt worden.

Neuer und seltsamer Zeugniszwang. Aus Halle wird uns telegraphisch berichtet: Der Verleumdeter Genosse Ebeling wurde in einer heutigen Strafkammer-Sitzung vom Landgerichts-Direktor Fromme aufgefordert, in das Beratungszimmer zu kommen, und dort im Beisein sämtlicher Richter gebeten, den Namen eines Herrn zu nennen, mit dem er am Montag nach dem Prozeß des Redakteurs Däumig den Gerichtssoal verlassen habe. Als Ebeling die Namensnennung verweigerte, wurde ein Zeugniszwangsverfahren gegen ihn angekündigt.

Jüdisches Leberproletariat. Wir hatten jüngst das Gesuch in der Zeitschrift „Der Israelit“ verzeichnet und kritisiert, wonach für

enen Ort der Rheinpfalz ein Lehrer gesucht wurde, dem ganze 700—800 M. Einnahmen in Aussicht gestellt wurden. Die genannte Zeitschrift sagt jetzt dazu:

„. . . Zur Sache selbst sei bemerkt, daß keiner besser die „er- schütternde Sprache“ einer solchen Annonce zu würdigen und zu verstehen vermag, als wir selbst, und zwar gerade vom orthodox-jüdischen Standpunkte aus! Seit mehr als vier Jahrzehnten kämpfen wir für eine Besserstellung der israelitischen Lehrer mit allen zu Gebote stehenden Mitteln ernstlicher Mahnung, würdevoller Aufmunterung und Belehrung. . . . Vieles hat sich seitdem zum Besseren gewendet. . . . Man hat sich noch nicht an Ziele gewagt, behandelte freilich solcherlei Stellenangebote, die übrigens nicht nur auf die traurig geringe Einschätzung der jüdischen Religion und ihrer Lehrer ein Schlag- licht werfen, sondern auch auf unsern Regierungen. Die Re- gierungen sind's, die von jüdischen Religionslehrern semina- ristische Bildung, Konferenzbesuch, Konferenzarbeiten und zweite Staatsprüfung verlangen, die Regierungen sind's, die von den Gemeinden die Anstellung geprüfter Lehrer verlangen und dennoch — weder einen Pfennig zum Lehrergehalt beitragen, noch für die Restkostenverforgung was thun. Man verlangt Pflichten ohne Rechte zu gewähren. Ist ein solches Stellenangebot dann ein Wunder? Ist nicht unser staatsbürgerliches Verhältnis damit am treffendsten gekennzeichnet?“

So groß sicherlich das Unrecht des Staates ist, so behalten die vielfach wohlhabenden Juden den vollen Teil der Schuld, daß ihre Lehrer jämmerlich darben müssen. Die „würdevolle Aufmunterung und Belehrung“, deren die jüdische Zeitschrift sich rühmt, scheint bei manchem ihrer Glaubensgenossen so wenig genügt zu haben, daß sie vorziehen, ihren Reichthumsüberfluß — zu Mr b a c h zu tragen. —

Husland.

Schweiz.

Ein Urteil über Socialdemokraten aus gegnerischem Lager. Der schweizerische konservative Nationalrat Ring schreibt im Obwaldener „Volkstribüne“ über die socialdemokratische Gruppe im schweizerischen Nationalrat folgendes:

„Wir überschätzen diese an Zahl nicht hervorragende Partei kaum, wenn wir behaupten, daß sie im Parlamente nicht bloß die regalaute ist, sondern daß sie verhältnismäßig am meisten bedeutende Köpfe und ganz gewiß von den unermüdblichsten Arbeitern unter ihren Mitgliedern zählt. In der geistigen Ueberlegenheit, die sie sich dadurch über die vielfach träge gewordenen Politiker der alten Parteien erringen und in der Ueberzeugungstreue, mit welcher mancher sich wider eigenes materielles Interesse und Bequemlichkeit für die Ideen opfert, die er als richtig und dem Gemeinwohl förderlich erlangt hat, liegt das Geheimnis der socialdemokratischen Partei- führung. So lange die akademische Jugend der alten Parteien alles, was über Vierhundert hinausgeht, als „Strebertum“ verhöhnt, wird sie keine Feldherren gegen die täglich wachsende Armee der Socialdemokratie ins Feld stellen. Die einstigen Vuchbindergesellen Jakob Vogelsänger und Hermann Greulich wiegen ein ganzes Duzend solcher Couleurbrüder auf an Wissen und geistiger Ge- wandigkeit und vielleicht auch an Ueberzeugungstreue.“

Italien.

Das Goethe-Denkmal, das der deutsche Kaiser schon vor längerer Zeit der Stadt Rom zum Geschenk gemacht hatte, ist nun endlich in der Villa Borghese aufgestellt worden. Bei der feierlichen Enthüllung, der eine Anzahl Deputierter und die Spitzen der Behörden beiwohnten, wurden von dem deutschen Bot- schafter und dem Bürgermeister von Rom kurze Ansprachen gehalten. Wilhelm II. sandte zwei Telegramme nach Rom, worin er die Hoffnung ausdrückte, daß das Denkmal dazu beitragen werde, die Bande der Freundschaft und Achtung, die beide Länder verbänden, enger zu schließen.

Die italienische Presse hat den Enthüllungsfest sehr kühl be- handelt. Das bekanntlich von Eberlein stammende Denkmal hält man allgemein für eine sehr mittelmäßige Arbeit. —

Spanien.

Spanische Schlagschiffwirtschaft. Die schamlos jeder Ver- such der spanischen Landarbeiter, ihre Lage zu verbessern, von den Behörden, der Gendarmerie und den Grundbesitzern niedergestampelt wird, darüber entnehmen wir dem „Socialist“ folgende Darstellung: Die Arbeiter von Alcala (Provinz Toledo), die in harter Land- arbeit den enormen Lohn von ca. 50 Pf. pro Tag verdienen, ver- langten eine Zulage von 15 Pf. Kaum hörte dies der Bürger- meister, verammelte er die Grundbesitzer und jeder mußte sich durch seine Unterschrift verpflichten, die Forderungen der Arbeiter nicht zu bewilligen; alle Zuwiderhandlungen würden eine empfindliche Geldstrafe nach sich ziehen. Die Arbeiter Alcala's luden darauf sämtliche Genossen der Provinz Toledo zu einer Versammlung ein, doch als dieselben anlangten, wurden sie von der Polizei in Empfang genommen und ihnen bedeutet, sie möchten sofort wieder dahin gehen, wo sie hergekommen wären, ohne ihnen zu gestatten, sich auszuruhen, geschweige denn mit ihren bedrängten Genossen zu verhandeln. Als die Genossen dennoch versuchten, eine Versammlung abzuhalten, wurden die Wortführer in der schimpflichsten Weise gefesselt und von der Polizei unter Schmähungen und Beleidigungen ins Ge- fängnis abgeführt. Darauf führte man die Gefangenen 30 Kilo- meter weit durch das Land, damit den Landarbeitern die Lust zu allen weiteren Demonstrationen vergehen sollte. Nachdem der Bürgermeister dieses Heldenthat vollbracht hatte, ging er in Begleitung des Stadtrichters und zweier Civilpersonen in die Häuser der Genossen, ließ diese notieren, ihnen die Waffen abnehmen und bedrohte sie mit barbarischen Strafen, falls sie nicht von ihrem Vor- haben Abstand nehmen wollten. Ein Arbeiter, der hiergegen pro- testierte, wurde sofort gefesselt, nach dem Rathaus abgeführt und dort längere Zeit gefangen gehalten. Den Krämerinnen und Wädern des Ortes wurde anbefohlen, den auswärtigen Arbeitern nichts zu verabfolgen.

Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, wenn die spanischen Arbeiter den anarchischen Ideen leicht zugänglich sind und in ihrer Verzweiflung gelegentlich zu dem Mittel der Gewalt greifen. —

Schweden.

Neue Laksdienste für Ausland. Die vom 22. Juni aus Norretelje gemeldet wird, erschien am selben Tage vormittags der Bürgermeister der Stadt auf Befehl des Justizministers im Comptoir der „Norretelje Tidning“, um die in der vorigen Woche erschienenen Nummern 72 und 73 des Blattes, die Betrachtungen über den Tod des finnländischen Generalgouverneurs Bobrikow enthielten, in Be- schlag zu nehmen. Es wurde jedoch kein Exemplar gefunden; die ganze Auflage war ausverkauft.

Vom selben Tage wird gemeldet, daß der Justizminister gegen den Herausgeber des Blattes Anklage wegen Verleumdung des russischen Jaren erhoben hat. Es handelt sich hier um ein konservatives Blatt, dessen Redakteur als Socialisten- freier bekannt ist, was auch darin zum Ausdruck kommt, daß er eine Parallele konstruiert zwischen Bobrikow, der „Revolution von oben“ machte, und den Socialisten, die „Revolution von unten an- ordnen wollen“, und verlangt, daß Strafe treffe: „alle Revolutionäre, ob sie nun Orden auf der Brust, oder rote Fahnen in den Händen tragen“. Diese Worte sind es vermutlich nicht, die die Anklage ver- anlassen, sondern vielmehr wohl das kleine Wort, „Reineidiger“, das in Beziehung auf die Verfassungsbrüche in Finnland gebraucht wird, und für das auch der Herausgeber des Stockholmer Blattes „Bedans Agheter“ angeklagt und schließlich verurteilt worden ist. —

Rußland.

Ueber den Streik in Warschau liegen jetzt ausführlichere Nachrichten vor. Der offizielle russische „Warschawski Dnevnik“ suchte zuerst den Vorkall ganz totzuschweigen, dann brachte er eine kurze Notiz, in der er über die „Excesse“ von „Gaffern“ und dem „Janhagel der Vorstadt Wola“ berichtet. Die

Politische Seite der Ereignisse wird natürlich wieder — wie bei dem Bericht über den bewaffneten Widerstand in der Parteidruckerei — sorgsam verschwiegen.

Bürgerliche Blätter — wir entnehmen Nachstehendes dem „Gornolazag“ — melden folgende Einzelheiten:

„Nach ist das Echo des blutigen Ereignisses in der Druckerei der sozialdemokratischen Partei in der Vorstadt Wola nicht verhallt, als Barfschau schon wieder Zeuge eines blutigen Zusammenstoßes zwischen den Regierungsorganen und der Arbeiterschaft wurde. Am Montag, den 13. d. M., brach etwa 8^{1/2} Uhr abends in der Fabrik von Ludwig Spieß u. Sohn in der Orznowolskastraße Feuer aus. Da die Gegend hauptsächlich von Arbeitern bewohnt ist, so sammelte sich alsbald eine Anzahl Arbeiter um die brennende Fabrik. Die Schulleute, die in der letzten Zeit besonders die Arbeiterbevölkerung direkt probolatorisch behandeln, offenbar in der Annahme, daß ihnen dies ungestraft hingehen würde, konnte nicht umhin, auch diesmal ihre „Macht“ zur Schau zu tragen. Ohne jeden Grund und Zweck fingen sie an, den Menschenhaufen auseinander zu jagen. Einer der Schulleute trieb es sogar so weit, daß er einem Arbeiter mit dem Säbel einen heftigen Stoß versetzte, worauf der Angegriffene auf die Erde fiel. Dies war der unmittelbare Anlaß der weiteren Vorgänge, die sich zu einer förmlichen Straßen-schlacht gestalteten. Die Arbeiter, durch den Anblick des fallenden Kameraden außer sich geraten, stürzten sich im Au auf den brutalen Polizeiergen und richteten ihn so zu, daß er bereits im Sanitätswagen auf dem Wege nach der Unfallstation verstarb. Dem bedrängten Polizisten eilten andre Schulleute zur Hilfe, gleichzeitig sprengten 50 Kosaken herbei. Die Arbeiterschaft zog sich aber nicht zurück, sondern geriet noch mehr in Aufregung. Unzufällig lag in der Nähe ein Haufen Steine, die zum Pflastern der Straße bestimmt waren. Im Augenblick wurden sie von den Arbeitern als Waffe ergriffen, die Kosaken wurden mit den Aufen: Fort mit dem Jarentum! Es lebe die politische Freiheit! Es lebe die Sozialdemokratie! und mit einem Steinhaufen begrüßt. So verwandelte sich der zufällige Straßenvorfall in eine regierungsfeindliche politische Demonstration. Die Steinwürfe der Arbeiter waren so zielficher, daß einige Kosaken vom Pferd fielen und das ganze Detachement eiligt den Rückzug antreten mußte. Der am Ort anwesende Polizeikommissar des VII. Stadtbezirks, Jurin, ergriff die Flucht. Desgleichen that der Ober-Polizeihauptmann, der, wie man sagt, mit einem Stein an den Kopf getroffen wurde.“

Man telegraphierte nach Militär. Dieses eilte herbei um 11^{1/2} Uhr nachts und gab zwei Salven. Nach der ersten Salve war im Fenster eines der benachbarten Häuser eine Greisin mit ihrem Sohn erschienen, um auf die Straße hinauszulaufen. Beide wurden von Kugeln getroffen. Die Greisin ist schwer verwundet. Das schließliche Resultat der Straßen-schlacht läßt sich noch nicht definitiv feststellen. Nach dem, was bis jetzt bekannt geworden ist, sollen acht Arbeiter — tot oder verwundet — gefallen sein. Auf Seiten der Polizei und des Militärs sind acht Tote und mehr als 30 Verwundete.“

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Die Japaner setzen ihren Vormarsch gegen Haitscheng und Liauang energisch, aber mit Beobachtung aller Vorsichtsmaßregeln fort. Die Armeen Kuroki und Oluo scheinen zwischen Haitscheng und Kaiping bereits Fühlung mit einander gewonnen zu haben und drängen die Russen allmählich auf die russische Hauptlinie Haitscheng—Liauang zurück. Auch ihren rechten Flügel, der sich im Norden bis Saimatzi ausdehnt, sichern die Japaner durch Anlage von Verschanzungen, um gegen eine Umgehung von Nordwesten her sicher zu sein.

Von der Armee Stakelbergs hört man noch immer nichts. Wenn ihr nicht noch in letzter Minute der Durchbruch nach Haitscheng gelungen ist, dürfte sie umzingelt worden und damit der Gefahr der völligen Vernichtung ausgesetzt sein.

Die seltsame Strategie Kuropatkins erklärt man sich jetzt so, daß Kuropatkin Stadelberg nach Süden habe vorstoßen lassen, nicht etwa um einen ernstlichen Versuch zum Entsatz Port Arthur zu machen, sondern lediglich deshalb, um Zeit für den Rückzug der Hauptarmee von Liauang nach Mukden zu gewinnen. Stadelberg hat sich weiter nach Süden vorgewagt, als rasam gewesen. Als nun Stadelberg die schwere Niederlage erlitt und in Gefahr geriet, mit seinen 40 000 Mann abgeschnitten zu werden, habe sich Kuropatkin gegen seine ursprüngliche Absicht genötigt gesehen, Stadelberg zu Hilfe zu eilen. Damit habe er freilich das gethan, was die Japaner gewollt hätten. Aller Voraussicht nach würden Kuroki und Oluo alles aufbieten, um nunmehr die am Entweichen verhinderte Hauptmacht des Feindes entscheidend aufs Haupt zu schlagen. In der That scheint die mit allgemeiner Spannung erwartete Schlacht in den nächsten Tagen bevorzustehen.

Die neuesten Nachrichten

lauten:

Petersburg, 23. Juni. Die General Sacharow dem Generalstab von gestern meldet, sind nach den Berichten russischer Streitmächten und den Aussagen der Ortsbewohner bedeutende Streifen des Gegners, mehr als eine Division, im Süden vom Tschanpaulinpaß bei Tschandiadian und Londi-adion vereinigt. Vom Tschanpaulinpaß in der Richtung nach Tanschi waren die Japaner am Morgen des 22. Juni nicht weiter vorgedrungen.

Die russische Streitmächten berichten, ist eine bedeutende, aus den drei Waffengattungen bestehende Abteilung aus Sujan nach Chanzy vorgezogen. Am Morgen des 22. Juni beabsichtigte der Gegner in einer Stärke von etwa einem Bataillon unter dem Schutze des dichten Nebels die Stellung der russischen Vorhut bei Wand-siapudsa zu überrumpeln. Die russischen Infanteriepatrouillen stellten sein Vorgehen auf dem Wege von Sujan nach Haitscheng rechtzeitig fest und die Japaner zogen sich unter den Salven der russischen Vorhutcompagnien mit einzigem Verlust nach Sujan hin zurück. Auf russischer Seite wurde ein Schütze verwundet. — Am Abend des 19. Juni nahmen die Japaner mit einer Abteilung, die etwa ein Bataillon Infanterie mit einer Eskadron Kavallerie stark war, Wafantun auf der großen Straße nach Liauang ein. Eine ebenso starke Abteilung des Gegners besetzte Tschanlingzi im Thale des Tschoe etwa 10 Werst nördlich von Hingwangtschong.

Ein Zusammenstoß.

Tslio, 24. Juni. („Bureau Reuter.“) Am Dienstag griff eine 4000 Mann starke, aus Infanterie, Kavallerie und Artillerie bestehende russische Streitmacht in Yangpiemen an, wurde aber zurückgeschlagen und ging bei Sonnenuntergang gegen Schin-Failing zu rück. Die Russen verloren fünf Tote und zwanzig Verwundete; die japanischen Verluste sind noch nicht bekannt.

Von Rintschwang.

Rintschwang, 24. Juni. („Bureau Reuter.“) Seit gestern werden östlich vom Kiaufusse neue Verschanzungen aufgeworfen. Chinesen müssen ihre Häuser verlassen, welche für russische Truppen verwendet werden. Es ist eine neue Proklamation erlassen worden, welche die Ausfuhr von Lebensmitteln nordwärts von Rintschwang untersagt. Große Truppenkörper sollen unter General Kuropatkin acht Meilen von hier stehen, und wie man annimmt, nach Haitschau zu marschieren.

Von Port Arthur.

Tschifu, 24. Juni. („Bureau Reuter.“) Gestern nacht und heute früh wurde mehrere Stunden anhaltendes schweres Geschützfeuer in der Richtung von Port Arthur vernommen.

Die Krankenkassenfrage auf dem Arztetage.

Mosk., 24. Juni.

Der erste Referent Dr. Meyer-Jürich legt an der Hand von 180 Berichten aus ärztlichen Vereinen dar, daß der Zusammenschluß im Augenblick noch nicht überall bereit sei, um die weiteren Forderungen der deutschen Ärzteschaft, vor allem die freie Arztwahl, durchzuführen. In diesem Kampfe, so führt der Redner weiter aus, sollte man nicht so sehr die politischen Momente in den Vordergrund schieben, weil der Kampf sich ja nicht immer gegen eine bestimmte Richtung richte, sondern daß eine Mal gegen die Sozialdemokratie, zum andernmal gegen Staatskassen, und daß die Kämpfe sich danach richten müßten. Weiterhin betonte der Redner, daß der Sieg durch das unergiebliche Verhalten und treue Zusammenstehen der Leipziger Ärzteschaft unter dem gleichzeitigen warmen Eintreten der übrigen deutschen Ärzteschaft und deren Opferwilligkeit erreicht worden sei. Durch den Leipziger Erfolg seien die andern Kassen-vorstände so eingeschüchtern, daß jetzt allseits ein leichteres Verhandeln mit den Vorständen und eine Nachgiebigkeit gegenüber den berechtigten Forderungen der Ärzte zu konstatieren sei.

Der zweite Referent Dr. Pfeiffer verbreitet sich speziell über die Arbeitslosen-Versicherung der Ärzteschaft.

In der Debatte über die Krankenkassenfrage fordert Sanitätsrat Dr. Alexander-Berlin, im Gegensatz zu dem Referenten Dr. Meyer, die gesetzliche Regelung der Krankenkassenfrage. Dr. Staecher-Leipzig und Geheimrat Sanitätsrat Dr. Pfeiffer sowie Dr. Wagen-Breslau traten energisch für die freie Arztwahl und für die Unabhängigkeit nach oben wie nach unten ein. Nicht nur gegenüber den Sozialdemokraten, sondern auch gegenüber den Behörden sei Unabhängigkeit im Krankenkassenkampf durchaus am Platze. Alle Redner traten ferner für Forderung auf Abschaffung der Karenzzeit ein.

Die politische Seite der Sache streifte sehr scharf Dr. Berger-Frankfurt a. M., indem er äußerte: Die politische Stellung von Krankenkassenvorständen hat nichts zu thun mit ihrer Stellung in den Kassen selbst, vielmehr werden sie häufig durch ihre gewerkschaftliche Stellung beeinflusst, und wenn man mit sozialdemokratischen Kassenvorständen im Kampfe liegt, so sind es die Kassen-vorstände und nicht die Sozialdemokraten, die man zu bekämpfen hat. Daß die meisten Kassenvorstände Sozialdemokraten sind, liegt eben an unrenn ganzen politischen Verhältnissen, wahrscheinlich würden die Anwesenden, wenn sie statt Ärzte Arbeiter wären, auch Sozialdemokraten sein. (Stürmische Unruhe und entrüstete Zurufe: Schlaß! Maus! Psi!)

Dr. Köhler-Podum: Ich muß diese Ausführung und ihre Verallgemeinerung entschieden zurückweisen.

Der Redner kann nicht weiterreden und muß abtreten.

Dr. Korman-Leipzig schildert, wie die sozialdemokratischen Gewerkschaften die behördlich eingeführte freie Arztwahl zu umgehen suchen, indem sie eine ärztliche Vorkommission aufstellen, auf der neben den Streikbrechern nur 60 von den 250 Leipziger Ärzten empfohlen werden. Ferner habe man einen Sanitätsverein gegründet, damit dadurch den alten Leipziger Ärzten das Honorar für die Familienbehandlung der Kassenmitglieder entzogen werde. Jedoch hätten die Leipziger Ärzte Mittel und Wege gefunden, um die Wirkung dieser Vorkommission illusorisch zu machen. (Lebhafter Beifall.)

Dr. Hacker-Berlin (früher München) ist ebenfalls für die Ausschaltung der Politik aus der Kassenfrage. Die freie Arztwahl müsse bei den staatlichen Kassen ohne jede Einschränkung gefördert werden.

Geheimer Sanitätsrat Meyer: Die Forderung auf freie Arztwahl sei durchaus kein Umding, wie von manchen Seiten heute noch hingestellt werde, sie sei durchzuführen und in Berlin habe man sie bereits durchgeführt. (Zurufe: Aber unter welchen Schwierigkeiten!) Wir Ärzte wollen nicht Politik treiben; wir wollen nicht vergehen, daß die Kassenvorstände vielfach Sozialdemokraten, in vielen Fällen aber auch Nationalliberale sind. (Lebhafter Beifall.) Den Heißspornen unter den Ärzten sage er, daß in den ersten vier Monaten seiner Berliner Wirksamkeit nicht ein Mensch krank geworden sei (Geisterzeit), das heißt, er sei zu keinem gerufen worden, nur einmal, als ein Maurer vom Gerüst gefallen sei, habe man seine Hilfe in Anspruch genommen, er sei aber damals nicht zu Hause gewesen.

Munter-Berlin: Nicht nur die Sozialdemokraten allein seien es, die gegen die freie Arztwahl wütheten, er kenne in Berlin eine ganze Reihe freistündiger Arbeiter, die dasselbe thäten; andererseits sei es auch Thatsache, daß von den Berliner Sozialdemokraten eine ganze Reihe für die freie Arztwahl seien, auch Vollmar's Ansicht zu dieser Frage sei ja bekannt. In Berlin würde es sich schon in den nächsten Tagen entscheiden, ob einige hunderttausend Arbeiter neuerdings wieder monopolistischen Ärzten ausgeliefert werden sollten. Das Wichtigste sei seines Erachtens, daß der anständige Arzt anständig bleibe, auch wenn er Sozialdemokrat sei. (Großer Beifall.)

Nach einem kurzen Schlußwort des Referenten begannen die Specialdebatten, in deren Verlauf sich Dr. Wanschan gegen den ganzen Antrag wandte. Man sollte es den lokalen Landesorganisationen überlassen, in welcher Form der Privatkontrakt abgeschlossen werden solle.

Kerberger-Frankfurt a. M. sagt, an Stelle der These 4 den Rannheimer Antrag anzunehmen.

Insgesamt gingen über 20 Änderungsanträge ein.

Bei der Abstimmung wurden die Leitsätze der Referenten mit einer vom Kreise Düsseldorf beantragten Einschränkung angenommen. Ferner gelangte der Antrag des Vereins Leipzig-Stadt und der Düsseldorf'er Antrag zur Annahme. An Stelle des Münchener Antrages wurde folgendem Antrage Hacker zugestimmt: „Der 22. deutsche Arztetage beauftragt seinen geschäftsführenden Ausschuss, eine für alle Ärzte Deutschlands gültige Verpflichtung auszuarbeiten.“ Schließlich wurde noch ein Antrag des Dr. Scherer angenommen, in welchem erklärt wird, daß der Abschluß von mehr als einjährigem Verträge ohne freie Arztwahl als gegen das Prinzip der freien Arztwahl verstößend, angesehen werden solle und solche Verträge seien deshalb zu vermeiden.

Verfammlungen.

Der Centralverband der Schuhmacher (Zentrale Berlin) hatte am 22. Juni in den Residenz-Sälen, Landbergerstr. 31, eine außerordentliche Generalversammlung, um den Bericht der Delegierten von der Generalversammlung des Verbandes entgegenzunehmen. Den Bericht erläuterten Karl Herrmann und Christensen. Ramentlich Herrmann gab ein umfassendes Bild von den Verhandlungen auf dem Verbandstag, über den der „Vorwärts“ bereits berichtet hat. In der Debatte sprach sich Billner sehr abfällig über das Resultat der Generalversammlung aus. Er befürchtet, daß aus der Anstellung der beschlossenen Gaubeamten dem Verband große Kosten erwachsen werden, ohne die Aktionsfähigkeit des Verbandes zu heben. Dem Unterstufungswesen steht Redner skeptisch gegenüber. Er vernicht Verhandlungen der Generalversammlung darüber, wie die Lage der Kollegenchaft zu verbessern sei. Die Berichterstattung des „Vorwärts“ über die Generalversammlung des Verbandes erschien ihm „erbärmlich mangelhaft“. Auch über die persönlichen Angelegenheiten (Darlehenssache des Vorsitzenden u.) hätte berichtet werden müssen. Wätter nahm eine ähnliche Stellung ein wie der Vordredner, und auch Ulrich hatte manches auszusprechen an der Generalversammlung und ihren Beschlüssen. Alle drei erstarkten unter andern die beschlossenen Gehaltsätze für die Vorstandsmittelglieder des Verbandes angesichts der Lage der Schuhmacher für zu hoch. Ferner stimmten sie überein in der Beurteilung der Thatsache, daß der Vorsitzende Simon ein Darlehen vom Verbandslieferer erbeuten und erhalten habe und dies jahrelang den Mitgliedern verheimlicht worden sei. — Herrmann berichtete einiges und trat andern Ausführungen der Vordredner entgegen.

Besonders wandte er sich gegen Billner, indem er hervor hob, daß die Generalversammlung sehr wohl im Interesse der Mitglieder thätig gewesen. Der Ausbau des Unterstufungswesens diene doch dem Wohle der Mitglieder. Und auch die Anstellung von Gaubeamten komme, durch Stärkung der Agitation und Kräftigung der ganzen Bewegung, den Mitgliedern zu gute. Das sei ja ihr einziger Zweck. Wegen vorgerückter Zeit wurde die Fortsetzung der Debatte vertagt. Von der Verhandlung des zweiten Punktes der Tagesordnung wurde ebenfalls Abstand genommen. Es soll alsbald eine neue Versammlung stattfinden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Trothas Bericht

über die Lage auf dem südwestafrikanischen Kriegsschauplatz.
Berlin, 24. Juni. (B. Z. V.) Generalleutnant v. Trotha telegraphiert unterm 22. Juni aus Olanhonda:

Erste, zweite, vierte Compagnie Feldregiments 1, dritte Batterie, Maschinengewehr-Abteilung Sauma-Jeliff, Postabteilung unter v. Estorf verhinderte die Hereros am Ausweichen nach Korboiten, wird nach Oudouma gehen, Verbindung mit Oberleutnant Vollmann herstellen.

Die fünfte und siebente Compagnie Feldregiments 1, die vierte Batterie unter Heide marschieren nach Olofouduru; hier treten unter seinem Befehl die sechste Compagnie Feldregiments 1 und die zweite Batterie.

Das Bataillon Wählenfeld, und zwar zehnte und elfte Compagnie Feldregiments Nr. 1, fünfte und sechste Batterie, Maschinengewehr-Abteilung Dürr, Witbois, unter Major v. Glafenapp, geht gegen den Omwambosfluß über Lijine vor, so daß Verbindung mit Heide gesichert. Nach beendeter Mobilmachung in wenigen Tagen folgen die neunte Compagnie und zwei Maschinengewehre Dürr.

In Gegend Otavi-Minen bleiben Oberleutnant Volkmann mit jeztiger dritter Compagnie Feldregiments 1 von Pälou, Maschinengewehr-Abteilung Hoffboto und halbe Batterie Kadai und Klären gegen Waterberg und den Omwambos auf.

Hauptmann Franke, der durch die halbe erste Batterie verstärkt wird, mit jeztiger achter Compagnie Feldregiments 1 behält seine bisherige Aufgabe, Säuberung des Bezirks Omatuarn. Bei Epulivo verbleibt vorläufig Oberleutnant v. Winkler, der dem Oberleutnant Streittwolf in Gobabis postiert.

Erstes Bataillon Feldregiments 2 auf Outjo, zweites Bataillon nebst neu eintreffender Batterie nach Karibib vorzuschieben beabsichtigt. Zehnte Feldbatterie eventuell zur Verstärkung heran. 7. Compagnie wird vom 8. Bataillon Feldregiments Nr. 2 in Swakopmund belassen, befehlt die Eisenbahntappen nach Afriden der Truppen, bis Ersatztruppen eintreffen. Später geht sie über Windhof nach Süden. Nach Laderigbucht gehen Stab, 8. Compagnie und Batterie Kradner.

Eine geringe Zahl Hereros, deren drei gefallen, wurde von Witbois überbracht, die über Otjive-Oujjiva-Shamandumba auf Ewindi-Otjilubave ritten und nach dem Omwambosfluß und zu Major von Estorf zurückgekehrt sind. Im Süden vom Omwambosfluß befindet sich dichtes Gebüsch; lange Dunsirreden, sehr schwierige Aufklärung. Weitere Erkundungen von Ewindi-Otjilubave parallel zum Omwambosfluß, bis Ewindi-Kohatjougwa; große verlassene Werften hier und bei Ewindi-Otjipipa. Werften noch bis Olorongoho. Alles in Gegend Okahitua-Ewindi-Otjilubave und nördlich davon von Samuel Maharero zusammengezogen.

Berufsgeossenschafts-Tag.

Eisenach, 24. Juni. Heute wurde hier der 18. Berufsgeossenschafts-Tag eröffnet. Nach der Erstattung des Jahresberichts durch den Vorsitzenden referierte Direktor Max Schlemmer über die Ergebnisse des Zusammenwirkens der Berufsgeossenschaften mit den Vereinen vom Roten Kreuz. Zur Referatsfrage berichtete Direktor Wenzel-Berlin und wies darauf hin, daß jezt auch die Regierung einer Abänderung der von den Berufsgeossenschaften beklagten Zustände nicht mehr ablehnend gegenüberstehe.

Kaldenkirchen, 24. Juni. (B. Z.) Im benachbarten Pracht brach in der vorletzten Nacht in den Westdeutschen Kontoren Feuer aus, welches das Fabrikgebäude vollständig zerstörte. Durch den Brand sind etwa 100 Arbeiter beschäftigungslos.

Märzschlag, 24. Juni. (B. Z.) Der Bezirkshauptmann Herbach von Kirchberg, dessen Frau bekanntlich unter dem Verdacht der Bigamie und des Betruges verhaftet worden ist, hat sich heute vormittag erschossen.

Röttgräß, 24. Juni. (B. Z.) Im Gebiet des mächtigen Gefenles ist gestern Schnee gefallen.

Frangösische Deputiertenkammer.

Paris, 24. Juni. (B. Z. V.) Die Deputiertenkammer nahm in ihrer heutigen Sitzung einstimmig einen Gesetzentwurf an, in welchem die von der Internationalen Telegraphen-Konferenz in London am 10. Juli 1903 festgelegten Bestimmungen und Tarife genehmigt werden. Darauf setzte das Haus die am vorigen Freitag abgebrochene Besprechung der Interpellation über die Freimaurerei fort. Laffers (radikaler Sozialist) fährt in seiner Rede fort und vermahnt sich gegen die Beschuldigung, daß die frangösische Freimaurerei sich ihre Parole vom Auslande hole; sie habe jede Beziehung zur italienischen Freimaurerei seit der für Frankreich beleidigenden Rede Lemmis abgebrochen und unterhalte keine Beziehungen zur deutschen Freimaurerei. Archdeacon (Nationalist) greift die Freimaurerei an. Nachdem der Justizminister Ballu ausgeführt hatte, daß die Steuererlese sowie das Vereinsgesetz auf die Freimaurerei anwendbar seien, wird die Weiterberatung der Interpellation auf nächsten Freitag vertagt.

Die Rathhäuser-Angelegenheit.

Paris, 24. Juni. (B. Z. V.) In der Untersuchungskommission in der Rathhäuser-Angelegenheit fand heute nachmittag die Verlesung der von verschiedenen Zeugen seit der Eröffnung des Untersuchungsverfahrens in der Angelegenheit Verdoort gemachten Aussagen statt.

Paris, 24. Juni. (B. Z. V.) Senat. Ministerpräsident Combes tritt für die Vorlage betreffend Abschaffung des Interdichts durch Kongregationen ein und erklärt, die Kongreganisten könnten die Schüler nicht zu guten Bürgern erziehen.

Nantes, 24. Juni. (B. Z.) Die frangösischen Grenzbehörden haben einen deutschen Kaufmann aus Baden verhaftet, welcher in einem Koffer mit doppeltem Boden kostbare Spitzen und Cigarren verborgen hatte, um sie durchzuschmuggeln.

Esterhazy will nicht aufgeben.

London, 24. Juni. (B. Z.) Esterhazy hat es abgelehnt, sich auf kommissarischem Wege in der Dreyfus-Affäre vernehmen zu lassen. Er erklärt, er kenne die Affäre und alle dabei verübten Verbrechen ganz genau, wolle aber vorläufig keinerlei Mitteilung machen.

New York, 24. Juni. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Nach einem Telegramm aus Port-au-Prince erhielt der frangösische Gesandte Deprez, gegen dessen Wagen bei einer Ausfahrt mit dem deutschen Gesandten ein Stein von einem Palastwächter geschleudert wurde, durch den der Gesandte getroffen wurde, ein Entschuldigungs-schreiben. Der Zwischenfall, so heißt es in dem Telegramm weiter, sei damit als erledigt anzusehen.

Das Erfurter Programm.

Jüngst ist im Verlage von J. G. W. Dietz in Stuttgart die fünfte Auflage des Buches erschienen, in der vor circa 12 Jahren A. Kautsky zum erstenmal eine ausführliche populäre Erläuterung zu den knappen Sätzen des Erfurter Programms gab.

Kautsky erwähnt die Einwendungen, die gegen den Gedankengang des Erfurter Programms erhoben worden sind und schreibt dann:

Ich habe auch daraufhin die vorliegende Schrift genau geprüft, aber nichts von Belang zu ändern gefunden, außer in einem Punkte, auf den ich noch zu sprechen kommen werde.

Gerade zur Zeit der Entstehung des Erfurter Programms war die Wahrscheinlichkeit, daß das Proletariat ohne Katastrophe in manchen Ländern, zum Beispiel England, die politische Macht erobere, größer als heute.

Da meine Schrift nur die principiellen Grundloggen der Anschauungen der Sozialdemokratie, nicht die Grundlagen ihrer Taktik für bestimmte Fälle entwickelt, hatte ich gar keine Ursache, hier irgend eine Katastrophentheorie aufzustellen und zu verfechten.

Und ebensowenig hatte ich eine Theorie der Verelendung zu entwickeln. Zur Zeit der Abfassung des Erfurter Programms waren die konsequenten Marxisten schon längst einig darüber, daß die Emanzipation des Proletariats nicht durch das steigende Elend, sondern durch den wachsenden Klassengegensatz und den daraus entspringenden Klassenkampf des Proletariats herbeigeführt werde.

Neben diesen beiden Theorien wurde noch lebhaft angezweifelt eine Theorie, die Marx wirklich aufgestellt, seine Krisentheorie.

Rur in einem Punkte mußte ich das in den früheren Auflagen Gesagte etwas einschränken: in den Erwartungen über den Rückgang des Kleinbetriebes in der Landwirtschaft.

Das ist aber auch alles. Es liegt nicht der geringste Grund vor, an Stelle der alten eine neue, gegensätzliche Tendenz auf Verdrängung des Großbetriebes durch den Kleinbetrieb in der Landwirtschaft anzuerkennen.

Endlich aber muß bemerkt werden, daß mit der Konzentration des Kapitals, wie sie Marx aufskizziert, nicht nur das Weiterbestehen, sondern sogar eine gewisse Zunahme des Kleinbetriebes in einzelnen Produktionszweigen vereinbar ist, und zwar nicht bloß in der Landwirtschaft, sondern auch in der Industrie und im Handel.

Jede Tendenz erzeugt Gegen Tendenzen, die danach trachten, jene aufzuheben. Aber auch dort, wo ihnen das gelingt, bewirken sie damit nicht eine bloße Rückkehr zu dem Zustande, wie er vor der Herrschaft der aufgehobenen Tendenz bestand, sondern erzeugen sie etwas wesentlich Neues.

dem einzelnen Lohnarbeiter und dem einzelnen Unternehmer wiederhergestellt zu sein. Indes ist in Wirklichkeit das neue Machtverhältnis doch ein ganz anderes. Wie kraftvoll auch die Kapitalisten durch ihre Organisationen werden können, so wie der einzelne Kapitalist mit dem isolierten Arbeiter darf eine Unternehmerorganisation mit der proletarischen Organisation doch nicht mehr umspringen.

Ein gleicher dialektischer Prozeß bewirkt auch, daß aus der Konzentration des Kapitals selbst wieder unter Umständen eine Vernehmung des Kleinbetriebes entspringt. Aber der neue Kleinbetrieb ist ein ganz anderer als der alte, hat mit diesem nur Neuhäutchen gemein und spielt ökonomisch wie politisch eine ganz andere Rolle.

Die Konzentration des Kapitals führt bekanntlich nach Marx'scher Anschauung nicht bloß zu einer Auflösung des überkommenen selbständigen, im wesentlichen ohne dauernde Lohnarbeit im Gange gehaltenen Kleinbetriebes, sondern auch zu einer Vermehrung der Reserve-Armee von Arbeitskräften.

Die Konzentration des Kapitals befähigt heute in Deutschland den Kleinbetrieb am raschesten in der Industrie der Leichtstoffe, wo von 1882 bis 1895 die Kleinbetriebe um 25 Proz. abnahmen, der Industrie der Steine und Erden (Abnahme 24 Proz.), Bergbau und Hüttenwesen (Abnahme 34 Proz.), Textilindustrie (Abnahme 42 Proz.).

Die Konzentration des Kapitals befähigt heute in Deutschland den Kleinbetrieb am raschesten in der Industrie der Leichtstoffe, wo von 1882 bis 1895 die Kleinbetriebe um 25 Proz. abnahmen, der Industrie der Steine und Erden (Abnahme 24 Proz.), Bergbau und Hüttenwesen (Abnahme 34 Proz.), Textilindustrie (Abnahme 42 Proz.).

Aber dieselbe Entwicklung vermehrt die Kleinbetriebe im Handelsgewerbe um 39 Proz., im Versicherungsgewerbe um 60 Proz., im Gewerbe der Beherbergung und Erquickung um 35 Proz. Bei der Herstellung von Tabak und Cigarren vermehrten sich die Kleinbetriebe von 5485 auf 9708, um 78 Proz., im Hausierhandel von 202 709 auf 312 059, das sind 54 Proz.

Die neuen Kleinbetriebe, die aus der Konzentration des Kapitals hervorgehen — Heimarbeiter, Hausierer, Ibergbauern und so weiter —, sind eben ganz anderer Natur als die durch die Konzentration des Kapitals befähigten. Diese beruhen auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln, die das freie Eigentum ihrer Besitzer waren; der neue Kleinbetrieb erhält die wichtigsten seiner Produktionsmittel vom Kapital vorgeschossen, dem er dafür dienstpflichtig wird — der Kleinbauer auf dem gepachteten oder verpachteten Boden nicht minder als der Heimarbeiter, dem das Rohmaterial vom Verleger übergeben wird, oder der Schankwirt, der nur der Beauftragte der Brauerei ist, ebenso wie der Hausierer oder Kleinräumer, der die Waren, die er vertreibt, auf Kredit bezieht.

Der alte Kleinbetrieb bildete einen Mittelstand — sein Besitzer, halb Kapitalist, halb Lohnarbeiter, stand zwischen beiden. Der Besitzer des neuen Kleinbetriebes steht unter dem Lohnarbeiter; er ist viel wehrloser als dieser, seine Lebenshaltung steht oft tiefer, seine Arbeitszeit wird länger ausgedehnt, Weib und Kind viel mehr ausgebeutet. Der neue Kleinbetrieb bildet nicht eine Position, in die der Lohnarbeiter aufsteigt, sondern eine, in die er herabsinkt — neben den zu ihr herabkommenden, selbständigen Besitzern von Kleinbetrieben.

Der alte Kleinbetrieb, der durch die Konzentration des Kapitals befeitigt wird, bildet einen Konkurrenten des letzteren; er stand dem einzelnen Kapitalisten feindlich gegenüber als Mitglied der gleichen Klasse selbständiger Produzenten. Der neue Kleinbetrieb bildet ein Ausbeutungsojekt des Kapitals und als Reserve von Arbeitskräften des Großbetriebes eine Voraussetzung für dessen Gedeihen; er steht dem Kapitalisten feindlich gegenüber nicht als Mitglied der gleichen Klasse, sondern als Mitglied einer anderen, von ihm unterdrückten und ausgebeuteten Klasse, des Proletariats.

Der kapitalistische Großbetrieb kann sich nicht entwickeln, wenn ihm nicht eine Reserve von Arbeitskräften zu Gebote steht, die einerseits auf den Lohn der beschäftigten Lohnarbeiter drückt, andererseits dem Kapital gestattet, jede Konjunktur auszunützen und die Produktion zeitweise sprunghaft durch rasche Einstellung neuer Arbeitskräfte zu erweitern.

Diese Reserve bietet ihm weniger die Schar der Arbeitslosen als die neue Sorte von, man kann sagen, proletarisierten Kleinbetrieben. Nur in verhältnismäßig wenigen Arbeitszweigen ist bisher eine ausreichende längere Arbeitslosen-Unterführung möglich gewesen. Die Masse der eine größere Zeilung Arbeitslosen verlornt, entdöhnt sich der Arbeit, wird für die Ausbeutung durch das Kapital unbrauchbar. Ganz anders die Arbeiter und Besitzer der proletarisierten Kleinbetriebe. Sie sind stets geneigt, der Großindustrie zuzuströmen, sobald dort lohnende Arbeit vorhanden ist, und sie kommen zu ihr mit aller der Arbeitswilligkeit, Geschäftlichkeit und Unterwürfigkeit, die der proletarisierte Kleinbetrieb erzeugt.

Sobald eine länger dauernde Aera der Prosperität sich fühlbar macht, verlassen zahlreiche Arbeiter von ländlichen und städtischen Kleinbetrieben ihre bisherige Arbeitsgelegenheit, um sich dem Großbetrieb zuzuwenden. Der Besitzer des Kleinbetriebes selbst ist, namentlich in der Landwirtschaft, meist zu sehr an ihn gefesselt, um ebenfalls ohne weiteres seine Arbeitskraft dem Großbetrieb zuzuwenden zu können. Aber er sendet ihm die energiestärksten und intelligentesten seiner Familienmitglieder zu, so daß der Kleinbetrieb oft nur noch von Weibern und Kindern betrieben wird, so am deutlichsten seine neue Funktion in der kapitalistischen Aera bezeugend, die, als Produktionsstätte von neuen Arbeitern und Depot für überflüssig gewordene Arbeiter zu dienen.

Nicht bloß der industrielle, auch der landwirtschaftliche Großbetrieb bedarf immer mehr dieser vom Kleinbetrieb gelieferten Reserve-Armee; ja der landwirtschaftliche Großbetrieb noch mehr als der industrielle. Denn einer der Umstände, die ihn im Gegensatz zum letzteren bedrängen, rührt daher, daß die neue Technik, namentlich die Arbeitsteilung und das Maschinenwesen, die Landwirtschaft dort, wo sie kapitalistisch betrieben wird, immer mehr zu einem Soffongewerbe machen, das zeitweise großer Arbeitermassen, in der Zwischenzeit aber nur weniger Arbeitskräfte bedarf. Daher die Arbeiternot der Großgrundbesitzer, die noch viel ärger wäre, ohne die Reserven des Kleinbauernums, namentlich im Osten Deutschlands und jenseits seiner Grenzen, die jahraus, jahrein als Wanderarbeiter den Großbetrieben die schließlich erarbeiteten Arbeitskräfte liefern. Ohne diesen von den kleinen Bauern gelieferten Uberschuß an Arbeitskräften wäre der landwirtschaftliche Großbetrieb in

Deutschland in noch viel größerer Bedrängnis als er ist. Insofern ist also bei der heutigen Organisation der Produktion der Kleinbetrieb für den Fortgang der Landwirtschaft unentbehrlich; nicht als technisch überlegener Konkurrent des Großbetriebes, sondern als der sicherste und ausgiebigste Lieferant von Proletariern für den Großgrundbesitz. Dieser sucht denn auch selbst Kleinbetriebe künstlich zu schaffen, um mehr Proletarier geliefert zu bekommen.

So sehen wir, daß die Konzentration des Kapitals selbst wieder ein Bedürfnis nach einer Vermehrung von Kleinbetrieben erzeugt und sie fördert.

Ist aber damit das Erfurter Programm ad absurdum geführt das von der Naturnotwendigkeit des Unterganges des Kleinbetriebes spricht? Mit nichten. Es handelt nur von dem Untergang jenes Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet.

Das gilt, wie wir gesehen haben, nicht für den neuen Kleinbetrieb, dessen wichtigste Produktionsmittel das Kapital besitzt. Der neue Kleinbetrieb ist ein ganz proletarisches Gebilde, dessen Angehörige immer mehr alles Interesse am Privateigentum, an den Produktionsmitteln verlieren, immer mehr zum gleichen Klassengegensaß wie das Lohnarbeitende Proletariat kommen. Bildete der alte Kleinbetrieb das feste Bollwerk des Privateigentums an den Produktionsmitteln und damit des Kapitalismus, so bildet der neue ein Element des proletarischen Gegenesages gegen dies Privateigentum und damit gegen das Kapital. Da die in ihm Tätigen isolierter, gedrückter, überarbeiteter sind als die Arbeiter der Großbetriebe, ihre ökonomische Stellung auch nicht so einfach und klar wie die der eigentlichen Lohnarbeiter, sind sie weit schwerer zu organisieren und zum Bewußtsein ihrer Lage zu bringen, als diese, sie können unter Umständen als Streikbrecher und konservativer Wähler den Emanzipationskampf des Proletariats verlangsamen oder nirgends mehr bilden sie ein Element, auf dem das Kapital seine Herrschaft dauernd begründen könnte. Früher oder später treiben sie ihre Klasseninteressen stets an die Seite der kämpfenden Lohnarbeiterschaft.

Der alte, aus der Blütezeit des Handwerks überlieferte Kleinbetrieb bildete eine der festesten und unentbehrlichsten ökonomischen Grundlagen der Gesellschaft seiner Zeit. Der neue, proletarisierte Kleinbetrieb bildet eines ihrer Abfallprodukte, das unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen ebenso unvermeidlich ist wie etwa Verdröhen und Prostitution, das aber ebensowenig wie diese eine gesunde Grundlage der Gesellschaft sein kann. Der neue Kleinbetrieb wird immer mehr ein parasitisches Gebilde, ein Rohschäufel, der die Gesellschaft nur belastet und dessen sich die von ihm Lebenden leicht und gern entledigen, sobald die Not aufhört. Heute schon sehen wir, wie während jeder Prosperitätsperiode die Kleinbetriebe in Stadt und Land scharenweise verlassen werden. Würde erst einmal das Proletariat die politische Macht und damit die Möglichkeit erobern, die ganze Produktion seinen Interessen gemäß einzurichten, so müßte es vor allem dahin trachten, die industrielle Reserve-Armee aufzuheben. Das würde aber zu einer raschen Verdröhung der Kleinbetriebe in den meisten Zweigen der Industrie, des Handels, der Landwirtschaft führen.

Nichts irriger als die Auffassung, sozialistische Produktion werde erst dann möglich, wenn alle Kleinbetriebe aufgefaugt seien. Sie würde dann nie möglich, weil die Konzentration des Kapitals den Kleinbetrieb nicht völlig verschwinden läßt, sondern vielfach nur einen neuen an Stelle des alten setzt. Die Aufsaugung dieser neuen, parasitisch-proletarischen Kleinbetriebe wird erst durch die Einführung sozialistischer Produktion ermöglicht. Letztere ist die Vorbedingung, nicht die Folge des völligen Verschwindens des Kleinbetriebes aus allen Wirtschaftsgebieten, auf denen er technisch überflüssig geworden ist.

Nicht das völlige Verschwinden des Kleinbetriebes aus der Betriebsstatistik, sondern seine Aufschaltung aus den das gesellschaftliche Leben beherrschenden Produktionsprozessen, deren Unterwerfung unter das Kapital, das die Produktionsmittel und alle Vorteile ihrer steigenden Vervollkommenung monopolisiert, das sind die Vorbedingungen des Sozialismus. Daß sie aufs rascheste wachsen, kann heute selbst ein sozial und politisch Blindes mit den Händen greifen.

Aus Industrie und Handel.

Vom Petroleummarkt. Herr Rodefeller hat schwere Tage von allen Seiten konzentriert sich seine Konkurrenz, und die früher auch unter sich uneinigen Gegner scheinen je länger je mehr gemeinsame Sache gegen den bisher so übermächtigen Feind machen zu wollen. Herr Rodefeller ist zwar mit seiner Standard Oil Co natürlich noch immer der Beherrscher des Petroleummarktes, aber schon allein die Art, wie er jetzt fortgesetzt mit Preis herabsetzungen seine Gegner lähmungslos trachtete, ließ berechtigt Schlüsse zu, wie sehr er sich in seiner Kleinherrschaft auf dem Petroleummarkt doch bedrängt fühlt. Seit Januar dieses Jahres, genau vom dem Zeitpunkt ab, wo unter Führung des Deutschen Bank und unter Mitwirkung des Wiener Bankvereins der Truß bedeutender Delinteressen in Oesterreich, Rumänien und Galizien zu stande kam, hat Herr Rodefeller nach und nach, ganz unauffällig die Preise fallen lassen. Die Notierungen sind seit jener Zeit von 8,10 M. pro 50 Kilogramm auf gegenwärtig 6,60 M. heruntergegangen. Wenn auch richtig ist, wie vielfach aber fälschlich als ausschlaggebender Grund ausgeführt wird, daß die wärmere Jahreszeit, die einen Rückgang des Konsums mit sich führt, eine Preisherabsetzung rechtfertigt, und daß dieser Preisherabsetzung im Detailhandel schon eine gleiche, aber sechs bis acht Wochen früher einsetzende im Großhandel vorangeht, so erimerierte die „Vossische Zeitung“ doch schon vor Wochen daran, daß in den Jahren 1899 bis 1901 geringere Preisnachlässe in derselben Vergleichszeit stattgefunden haben, daß 1902 die Preise von Januar bis Mai keine Verschiebung, im Vorjahre sogar eine geringe Erhöhung erfahren haben. Jetzt haben wir bereits ein Nachlassen um 1,50 M. zu verzeichnen. Diese Differenz durch die Verhältnisse der Jahreszeit erklären zu wollen, erscheint in der That völlig unzulässig, zumal noch der Rückgang der amerikanischen Produktion, der notorisch ist, viel eher zu einer Preissteigerung Veranlassung geben müßte. Es handelt sich fast ausschließlich um ein Kampfmittel der Standard Oil Co. des Herrn Rodefeller gegen das kontinentale Kapital, im Besonderen gegen das deutsche.

Jetzt aber scheint Herr Rodefeller, wohl aus naheliegenden Gründen, dieses Kampfmittel aufgeben zu wollen oder zu müssen und auf kapitalistisch-friedlichem Wege den Kampf austragen zu wollen. Wenigstens, wenn sich die sensationelle Meldung eines Telegramms der „Vossischen Zeitung“ vom gestrigen Freitag aus Hamburg bestätigt, wonach die Standard Oil Company den Inhabern von Genusscheinen der Deutsch-Amerikanischen Petroleum-Gesellschaft, der syndizierten Gründung der Deutschen Bank, eine Offerte machte, dahingehend, 27 Prozent in bar oder in Shares der Standard Oil Company anzunehmen, und wonach das Geschäft größtenteils per seil wurde. Damit scheint Herr Rodefeller wieder einmal einen Feind durch Kauf zu todmachen zu wollen.

Aber noch andre Feinde bedrohen bekanntlich seine Welt Herrschaft, von denen er schon 1901 einen mächtigen hatts aufkaufen wollen, was sich damals zerbrach. Es handelte sich um die Gründungen und Syndizierungen des früheren Lordmayors von London, des Sir Marcus Samuel, Gründungen, die jetzt durch das Niesenunternehmen der Londoner Shell Comp. aus mit der Deutschen Petroleum-Aktiengesellschaft verwaschen sind, indem beide mit einigen andern Gesellschaften, hauptsächlich zur Regelung des Absatzes des rumänischen Petroleum, die General-Petroleum-Company gründeten. Als zweiter mächtiger Feind Rodockellers neben der Shell Comp. kommen nur noch die Syndizierungen in Ruß-

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Sonnabend, den 25. Juni.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Neues Opern-Theater. Das süße Mädel.
Deutsch. Der Meister.
Lesung. Japsenreich.
Velle-Alliance. Dr. Jangerts Jagd-abenteuer.
Anfang 8 Uhr.
Schiller O. (Ballner-Theater.) Die Fledermaus.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt.) Ein unbeschriebenes Blatt.
Berliner. Der jüngste Leutnant.
Werten. Alt-Heidelberg.
Neues. Einen Jux will er sich machen.
Kleines. Nachtschl.
Residenz. Die 300 Tage.
Central. Dufel Bräutig.
Carl Welch. Der Weg zum Herzen.
Metropol. Ein tolles Jahr.
Winter-Garten. Spezialitäten.
Apollo. Liebesgötter. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Vossage-Theater. Spezialitäten.
Urania. Taubenstr. 48/49.
Die Insel Rügen.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.
Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Neues Theater.
Schiffbauerdamm 4a-5.
Einen Jux will er sich machen.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Einen Jux will er sich machen.
Central-Theater.
8 Uhr:
Gastspiel Josefine Dora und Emil Richard, Igl. Hofkapellmeister.
Dufel Bräutig.
Lustspiel in 4 Akten von Fritz Reuter.
Sonnabend und Sonntag: Dieselbe Vorstellung.

Residenz-Theater
Heute und folgende Tage:
Abends 8 Uhr:
Die 300 Tage.
Schauspiel in 3 Akten von Paul Gerault und Robert Gardey.
Deutsch von Alfred Halm.

Apollo-Theater.
1/4 Uhr: Garten-Konzert.
8-9 1/2 Uhr: Das große Juni-Spezialitäten-Programm.
Hierauf:
Liebesgötter.
Neu! Das große Aktuell!
Gordon Bennett-Automobil-Rennen.
Metropol-Theater
Der grösste Erfolg dieses Jahres:
Ein tolles Jahr.
Gr. dramatisch-satirische Revue in 5 Bildern von Julius Freund.
Musik von Victor Holländer.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Carl Weiss-Theater.
Große Frankfurterstr. 132.
Abends 8 Uhr:
Der Weg zum Herzen.
Schauspiel in 1 Vorspiel u. 6 Bildern.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonntag: 3 Uhr: Ilsa Römer.
Im Garten: Sommerfest.
Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang 5 Uhr.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Sommerfest
des Rauchklubs „Atmosphäre“.
Konzert, Theater, Spezialitäten, Ball.
Anfang 6 Uhr. Kaffeelösche v. 3 Uhr ab.
Bei schlechtem Wetter: Vorstellung im Saal.

Passage-Theater.
Anf. Sonntags 3. Wochentags 5 Uhr, Anfang der Abendvorstellung 8 Uhr.
Jim und Jam.
14 erstklassige Nummern.

Fröbels Allerlei-Theater
fr. Pahlmann, Schönhauser Allee 148.
Heute: Großes Sommerfest.
Konzert, Theater, Spezialitäten.
Schmidt, Hawkins, The Ours.
The Beltraths.
Das Seni-Balls.
Haf von R. Koch.
Sommerfestball.
Anfang 4 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf.

Victoria-Brauerei
Lützowstr. 111/112.
Täglich im Garten oder Saal:
Korsts Norddeutsche Humoristen
und **Quartett-Sänger.**
Anf.: Woche 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Bons haben Gültigkeit.

Centralverein für alle in der Hutbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.
(Filiale Berlin.)
Todes-Anzeige.
Am Mittwoch, den 22. d. M., verstarb nach kurzem Krankenlager unser Kollege
Georg Blumberg.
Die Beerdigung findet Sonntag, den 26. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Bethemann-Kirchhofes (Nieder-Schönhausen) aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Passage-Theater.
Anf. Sonntags 3. Wochentags 5 Uhr, Anfang der Abendvorstellung 8 Uhr.
Jim und Jam.
14 erstklassige Nummern.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Ballner-Theater.) Wortsch-Oper. Sonnabendabend 8 Uhr: **Die Fledermaus.**
Sonntagnachmittag 3 Uhr: **Oberon, König der Elfen.**
Sonntagabend 8 Uhr: **Gastspiel Heinrich Büchel.**
Der Postillon von Loujumeau.
Montagabend 8 Uhr: **Das Nachtlager in Granada.**
Der Sommergarten ist eröffnet.
Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater) Sonnabendabend 8 Uhr: **Ein unbeschriebenes Blatt.**
Sonntagnachmittag 3 Uhr: **Die Wildente.**
Sonntagabend 8 Uhr: **Ein unbeschriebenes Blatt.**
Montagabend 8 Uhr: **Ein unbeschriebenes Blatt.**
Im Garten täglich gr. Militär-Konzert.

Max Klem's Sommer-Theater
Hasenheide 13-15. — Vertikale Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: Gr. Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Kinderfeste. — Jeden Donnerstag: Elite-Tag.
Die Kaffeelösche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.
2 hochdelegante Regeldamen, Würfelbuden, Konfiserie, Blumenstand etc.
In den Sälen:
Grosser Ball.

Urania.
Taubenstr. 48/49.
Um 8 Uhr im Theater:
Die Insel Rügen.
Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

P. CASTAN'S PANOPTICUM.
Friedrichstr. 165.
Die vielbewunderten zusammengewachsenen **Schwestern Rosa und Josefa: !! einzig dastehend in der Welt !!**

Passage-Panoptikum.
Der lange Josef 16 Jahre alt, 217 cm gross. **Der Leichenfund** in Charlottenburg.
Originalgruppe nach Aufnahmen an Ort und Stelle naturgetreu dargestellt, ohne Extra-Entree.

ZOOLOGISCHER ZGARTEN
Täglich nachmittags ab 5 Uhr:
Militär-Doppel-Konzert
Eintritt 1 R., ab 6 Uhr 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Kleines Theater.
Unter den Linden 44.
Nachtschl.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Märtyrer. Liebesträume. Kollogon. Seronissimus - Zwischen-spiele.

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen. Badstr. 58.
Heute: Großes Sommerfest verbunden mit Garten-Konzert und Theater-Vorstellung.
Kaffeeleinrichtungen, Spezialitäten, u. a.:
Paul Coradini.
Im Saal: Sommerfestball.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.
Voranzeige. Dienstag, den 28. Juni:
Großes Rosen-Fest.

Diez' Spezialitäten-Theater.
Landsberger Allee 78/79.
Direkt Ringbahnstation.
Täglich: **Die Regen!**
Im herrlichen Garten od. gr. Saal:
Das neue konfurrenzlose Programm, ca. 36 erstklassige Nummern u. a. mit hübschem Dressal: die besten Akrobaten der Welt.
4 Vulkanos. bester Schlingenspieler.
Die Berliner Lieblinge.
Orig.: Mita Roselli, Lang-Coubrette.
Orig.: Fritz Brand, Quinorist.
Orig.: Marco et Tatjana. Orig.: The 3 Schönbrunn usw.
Kaffeelösche. Volksbelustigungen.
Sonntag, Montag und Sonnabend bis 2 Uhr: **Ball.** Entree 20 Pf.

Gossmanns Konzert-Garten.
SW., Kreuzbergstr. 48.
Jeden Sonntag:
Frei-Konzert und **Ball.**
Montag: **Eichlers Quartett-Sänger.**
Mittwoch: **Militär-Konzert.**

Berliner Präter-Theater
Kastanien-Allee 7-9
Täglich: **Goldene Herzen.**
Bantou: Im Nachtschl. Harris, Kaffeejangleur. The Jarrey. — Ulpis. — Langes. Ball, Konzert, Spezialität.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf. Rum. Pl. 50 Pf.

Establishment Guggenhagen
Moritzplatz.
Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch.
Im großen herrlichen Naturgarten jeden Abend 8 Uhr:
Konzert.
Dienstag, Donnerstag, Sonntag: **Fährmann-Horst-Wald-Sänger.**
Sonnabends im Kaiser-saal:
Tanz.

Centralverein für alle in der Hutbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.
(Filiale Berlin.)
Todes-Anzeige.
Am Donnerstag, den 23. Juni, entschlief nach schwerem Leiden meine gute Frau, unsere liebe Mutter
Johanna Lippke
geb. Schulz
im 43. Lebensjahre.
Dies zeigen, um ihres Besseren willen, allen Freunden und Bekannten tiefbetruert an
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 26. d. M., nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Heilig Kreuz-Kirchhofes, Mariendorf, aus statt.
22076

Ostbahn-Park.
Am Küstrinerplatz. Rüdorsdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.

Kinderwagen
neul hochlegant! unverwundlich und beispiellos billig, weil direkt v. der Fabrik, größten österreichischen Kinderwagenfabrik J. Treiber, Grinma 134 Meinkatalog-Dein-Bauger. Sage beim Katalogbestellungen, ob gegen Bar mit 10% Rabatt, od. bequemere Teilzahl. gewünscht.

Grosse Freiburger Domhan-Lotterie.
Ziehung 6. - 9. Juli 1904.
Hauptpr.: 100 000, 40 000, 20 000, 10 000 usw. 5344 L.
Orig.-Lose 3. Liste 30 Pf.
J. Rachor, Kollektor, Mainz.

Josef Fischer
Kohlen-Großhandlung
Berlin O. 34, Brombergerstr. 19/20.
Preise ab Platz von 10 Ctr. an:
In Hse, Selen-Brille 7 p. Ctr. 85 Pf.
In Henckels Werke, do. 6 u. 7 " 80
In Senftenberger, do. 6 u. 7 " 70
Anna, Adler, Marie, " 70
Industrie-Brille, Halbstele 65
Bruch-Brille, " 60
frei Keller pr. Ctr. 10 Pf. mehr.
Steinbohlen, Gascocks, Antbrach, Holz zu billigsten Sommerpreisen.
60 Handwagen verteihe zu Kohlen.

Gelegenheitskauf
Soweit der Vorrat reicht, verkaufen wir
gr. Partie-Posten
Teppiche, Gardinen, Portieren etc.
auch einzeln zu
fabelhaft billigen Preisen.
Jede Hausfrau benütze diese günstige Gelegenheit!
Teppichhaus
B. Adler & Co.
Königstr. 20-21, an der Judenstrasse,
im altbekannten Lokal beim Rathaus.

Ueber Land und Meer
herrscht frei das Auge, wenn es durch ein gutes Fernglas unterstützt wird. Jedermann, der sich ein solches anschaffen will, sollte nicht versäumen, die grosse Auswahl von Perspektiven für Reise u. Theater in dem Institut für Präzisions-Optik
von **Carl Buttendorff**
Berlin N., Weinbergsweg 15b,
zu besichtigen. Das lange Bestehen dieses Geschäftes bürgt für die Güte seiner Fabrikate.
Bitte genau auf Firma und Haus-No. 15b zu achten.

Triumph: Reiseglas, mittelgross, mit Etui u. Doppelriemen M. 8.—
Herkules: Reiseglas, gross, mit Leder-Etui, Riemen u. Fangschnur M. 10.—
Mercur: Reiseglas, gross, mit acht Gläsern, Kompass, Leder-Etui, 2 Riemen, elegant, 12. vernickelt, extra scharf, M. 12.—
Meine Serien **Monopol** und **Rapid** zeichnen sich durch grosse Lichtstärke und Reinheit der Gläser aus.
Monopol: M. 12.—, mittel M. 14.—, gross M. 16.—
Rapid, extra scharf: No. 1, für Theater und Reise M. 18.—
No. 2, Spezialglas für grosse Entfernungen M. 22.—
No. 3, dasselbe grösser M. 28.—
6. Laden vom Rosenthaler Thor.

Brennabor-Räder.
Weltmeisterschaft für Berufsfahrer
Meisterschaft von Holland
Kaiserspreis-Fahren
Rheingold-Pokal.
und viele andere große Rennen wurden 1903 auf dem sieg-reichen Brennabor gewonnen.
Filiale: Berlin W., Kronen-Strasse 11.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den Bezirk Lichtenberg
Abteilung Wilhelmshagen.
Den Parteigenossen zur Nachricht, am Mittwoch, den 22. d. M., verstarb unser Mitglied, der Brauer **Hermann Sternberg.**
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Sonntag, den 26. Juni, nachmittags 1 Uhr, vom Trauerhause in Hohen-Schönhausen, Becklerstrasse (Herfahles Haus), aus nach dem Guttschloffe statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Central-Verband deutscher Brauerei-Arbeiter
Zweigverein Berlin, Sektion I. (Brauer.)
Am 23. Juni starb unser Mitglied, Kollege
Hermann Sternberg.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 26. Juni cr., mittags 1 Uhr, vom Trauerhause, Neu-Hohen-Schönhausen, Becklerstrasse (Herfahles Haus) aus statt.
Die Mitglieder versammeln sich im Lokale von August Gänther, Neu-Hohen-Schönhausen (bei den Felehdhöfen), mittags 12 1/2 Uhr.
Der Vorstand.
J. H. Fritz Schwedler.

Danksagung.
Für die rege Beteiligung und die grossen Kranzpenden bei der Beerdigung unseres Sohnes **Paul Krause** sagen wir hiermit unseren besten Dank, insbesondere dem Gelandereim, Entelider sowie seinen Kollegen und den Vertretern der Firma Pfeister u. Eid.
Die trauernden Eltern.

Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, das mein lieber Mann
Georg Blumberg
nach kurzem, schwerem Leiden verstorben ist.
Die Beerdigung findet Sonntagnachmittag 4 Uhr von der Leichenhalle des Bethemann-Kirchhofes, Nieder-Schönhausen, aus statt.
Die trauernde Witwe
Auguste Blumberg.

Centralverein für alle in der Hutbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.
(Filiale Berlin.)
Todes-Anzeige.
Am Mittwoch, den 22. d. M., verstarb nach kurzem Krankenlager unser Kollege
Georg Blumberg.
Die Beerdigung findet Sonntag, nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle des Bethemann-Kirchhofes (Nieder-Schönhausen) aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Danksagung.
Für die Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes, Bruders und Schwagers **Gustav Weiss** sowie für die zahlreichen Kranzpenden sagen wir allen unseren Freunden und Bekannten sowie der weiten Diktion der Norddeutschen Gummiverke, den Schlauchmachern, dem Unterstützungsberein der Norddeutschen Gummiverke und dem Verband der Fabrik, Land- u. Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands (Hilfsstelle Berlin) unsern herzlichsten Dank.
Rigobert, den 23. Juni 1904.
Die trauernden Hinterbliebenen
Familie Weiss. 56278

Danksagung.
Dem Lokalverband der Konfektionsbranche sagen hiermit unsern herzlichsten Dank für die Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes **Arthur Kadelik.**
Die trauernden Hinterbliebenen.
Sammelt Kohlenreste!
Diese aus Bogenlichtlampen her-rührenden benutzt gewesenen Kohlen-stücke kaufen per Kasse
Cramer & Koch,
Wilhelmshagen-Berlin.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 4. Berl. Reichstags-Wahlkreises (Osten).
Stadtbezirk 170.
Todes-Anzeige.
Am 22. d. M. starb unser lang-jähriges Mitglied, der Putzer
Heinrich Schmidt.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 26. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Rarkus-Andreas-Friedhofes (Wilhelmshagen-Hohen-Schönhausen) aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung bittet
243/14 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den Bezirk Lichtenberg
Abteilung Wilhelmshagen.
Den Parteigenossen zur Nachricht, am Mittwoch, den 22. d. M., verstarb unser Mitglied, der Brauer **Hermann Sternberg.**
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Sonntag, den 26. Juni, nachmittags 1 Uhr, vom Trauerhause in Hohen-Schönhausen, Becklerstrasse (Herfahles Haus), aus nach dem Guttschloffe statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 4. Berl. Reichstags-Wahlkreises (Osten).
Stadtbezirk 170.
Todes-Anzeige.
Am 22. d. M. starb unser lang-jähriges Mitglied, der Putzer
Heinrich Schmidt.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 26. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Rarkus-Andreas-Friedhofes (Wilhelmshagen-Hohen-Schönhausen) aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung bittet
243/14 Der Vorstand.

Partei-Nachrichten.

„Die Zukunft der Sozialdemokratie“ von J. Diehgen hat die Buchhandlung Vorwärts wieder neu aufgelegt. Die Schrift ist eine treffende Antwort auf die Frage: Wie wird es im Zukunftsstaat aussehen? Sie legt dar, daß und wie die Sozialdemokratie ihre Zukunft schafft. Die Broschüre ist für 10 Pf. in allen Parteibuchhandlungen, in Berlin bei den Parteispeditoren zu haben und wird von jedem Kolporteur und Zeitungsbedienten besorgt.

Die Taktik der belgischen Arbeiterpartei bildete den Gegenstand einer Beratung, welche der Generalrat der Partei am 22. d. M. im Maison du Peuple zu Brüssel abhielt. Nach langer eingehender Diskussion wurde eine Resolution angenommen, welche beginnt: „Der Generalrat erinnert die Arbeiterklasse daran, daß die demokratischen und sozialen Reformen nur erreicht werden können durch mächtige und beharrliche Anstrengungen sozialistischer Propaganda und Organisation.“ Es wird in der Resolution sodann weiter zum Ausdruck gebracht, daß die Arbeiterpartei ausschließlich sozialistische Propaganda zu betreiben habe, indem sie sich der Organisation und der Erziehung der Arbeiterklasse widme. Sicher würden die Kreisverbände den richtigen Moment auszumitteln wissen, an dem es gilt, die Bewegung für das allgemeine und gleiche Wahlrecht und den Sturz der klerikalen Regierung, der Gegner der politischen Gleichheit und der demokratischen Reformen, zu beschleunigen.

Dolizeiliches, Gerichtliches usw.

Nach achtwöchiger Untersuchungshaft ist der Vertrauensmann unserer Partei, der Genosse Apel aus Ellrich aus dem Gefängnis zu Nordhausen entlassen worden. Der Genosse Apel wurde beschuldigt, gelegentlich des Streiks der Ellricher Cementarbeiter bei einigen Arbeitgebern Fenstersteine eingeworfen zu haben. Nunmehr scheint man sich von der Schuldlosigkeit unseres Genossen überzeugt zu haben und setzte ihn auf freien Fuß. In einer Verammlung der Ellricher Arbeiterschaft wurde Genosse Apel mit brausendem Beifall begrüßt.

Acht Wochen Untersuchungshaft wegen des grundlosen Verdachts, eine Fenstersteine eingeworfen zu haben — für einen Sozialdemokraten! Dankgebend, die nach gründlicher Verhandlung unter einem staatsanwaltlichen Strafmandat von sechs und acht Jahren Gefängnis freigegeben und ungehindert die Anklagebank!

Soziales.

Ärzte und Krankenkassen.

In Moskau tagt gegenwärtig wieder der deutsche Kerztage. Der Verhandlung über die Stellung der Kerze zu den Krankenkassen legten die Referenten Meher-Fürth, Pfeiffer und Hartmann aus Leipzig folgende Leitfäden unter:

1. Die wirtschaftliche Organisation der Kerze des deutschen Reichs hat seit 1902 große Fortschritte gemacht und viele Erfolge zu verzeichnen; ist aber noch lange nicht so durchgeführt, wie es möglich und notwendig wäre.

2. Der Abschluß von Schutz- und Trugbündnissen und der Beitritt zum Leipziger Verband sind die Hauptfaktoren der Organisation. Hierbei wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß die ärztlichen Standesgenossen, entsprechend der bezüglichen Vorschläge der vom geschäftsführenden Ausschuss des deutschen Kerzervereinsbundes ausgestellten Direktiven verpflichtet sind, sowohl vor Ausbruch eines Streites mit Krankenkassen, wie vor Beendigung eines solchen, dem geschäftlichen Ausschuss des Kerzervereinsbundes bezw. der wirtschaftlichen Abteilung derselben, Mitteilung zugehen zu lassen und deren Zustimmung abzuwarten, falls Anspruch erhoben werden soll auf materielle Unterstützung.

3. Die mit der Ausführung der Beschlüsse des Königsberger Kerztages betrauten Vertragskommissionen werden veranlaßt: ihren Formularen für den Abschluß der Schutz- und Trugbündnisse eine solche Fassung zu geben, daß sie verbindlich sind für das Gebiet des Deutschen Reichs.

4. Einführung und Beibehaltung von Karenzzeiten ist zu verwerfen. Im übrigen erklärt der 32. deutsche Kerztage a) daß er an den Königsberger Beschlüssen und Forderungen unverbrüchlich festhält; b) daß er eine gesetzliche Regelung der Stellung der Kerze zu den Krankenkassen für notwendig hält, unbeschadet des im Krankenversicherungs-Gesetz durchgeführten Grundgesetzes der Selbstverwaltung der Kassen; c) daß die Organisation der Selbsthilfe überall unverzüglich weiter angebahnt und vollendet werden muß.

Ferner liegen hierzu folgende Anträge vor: 1. Antrag des ärztlichen Kreisvereins Mannheim-Heidelberg:

Der 32. deutsche Kerztage möge beschließen, daß die Karenzzeit für ganz Deutschland einheitlich aufgehoben oder doch erheblich (auf höchstens 1/2 Jahr) herabgemindert werden soll.

2. Antrag aus dem Arztvereinsverband des Regierungsbezirks Düsseldorf:

Der 32. deutsche Kerztage möge durch möglichst einmütige Aushandlung seine Ansicht aussprechen, daß die Einführung langdauernder Karenzzeiten dem Wohlbefinden des Kerzestandes zuwiderläuft. Ist die Einführung derselben während der jetzigen Zweiteilung der gleichmäßigen Verteilung des Nachwuchses auch nicht überall zu ermöglichen, so solle sie doch niemals mit Vertrag mit Dritten (Krankenkassen, Behörden usw.) festgelegt, sondern als innere Angelegenheit der Kerzerschaft von der Organisation in verschiedener Dauer für organisierte und nichtorganisierte befestigt werden.

3. Antrag des ärztlichen Bezirksvereins München: Der Kerztage möge eine für sämtliche Kerze Deutschlands nötige Verpflichtung festmachen, welche im wesentlichen eine hohe Konventionalstrafe und ehrenrührliche Verpflichtung enthält.

4. Antrag des ärztlichen Bezirksvereins Leipzig-Stadt:

Der 32. deutsche Kerztage erklärt die neuerdings auftauchenden Bestrebungen von Kassenvorständen, festbesoldeten Kassenärzten Ansprüche auf Pensionen, Fürsorge für ihre Hinterbliebenen und dergleichen einzuräumen, lediglich für ein neues Mittel, die Kassenärzte noch weiter in Abhängigkeit von den Krankenkassen zu bringen und fordert deshalb die deutschen Kerze auf, allen derartigen Bestrebungen entschieden entgegenzutreten und vielmehr nachdrücklich für standeswürdige Anstellung und Honorarbedingungen Sorge zu tragen.

In den Begründungsvreden, die von Dr. Söbker-Vochum und von Professor Martius als Vertreter der Universität Rostock gehalten wurden, war wieder von nichts als der Notlage die Rede, in welche die Kerze durch die sozialpolitische Gesetzgebung geraten sein sollen. Die Herren reden von der sozialpolitischen Gesetzgebung wie der Blinde von der Farbe. Wenn wir nicht abschließliche Unterstützung der Thesen annehmen dürfen, dann bleibt nur die Annahme vollständiger Unkenntnis der Verhältnisse und Tatsachen, auf die es ankommt. Die deutschen Krankenkassen zahlten im Jahre 1902 87 1/2 Millionen Mark ärztliches Honorar für ihre 9888 000 Mitglieder. Die Kerze behandelten zwar dafür auch bei einer kleinen Anzahl Kassen die Familienangehörigen mit, indessen kann man diese im Verhältnis nicht erhebliche Zahl wahrscheinlich als kompensiert betrachten durch die Summe, die in den für Anstaltsverwaltung aufgeführten Aufwendungen noch auf ärztliches Honorar entfallen. Die in den Krankenkassen versicherten Personen bilden ungefähr den sechsten Teil der Einwohner Deutschlands. Geht man von der Annahme aus, daß die Kerze von den Krankenkassen zu schlecht bezahlt werden, dann kann man es nicht als unbillig bezeichnen, wenn wir unterstellen, daß für alle übrigen Reichsbürger mindestens ebensolche für ärztliche Hilfeleistung aufgewendet werden soll, wie

von den Kassenmitgliedern. Denn die Krankenkassen-Mitglieder gehören den ärmsten Volksschichten an. Wir würden also unter dieser Voraussetzung zu einer Gesamtaufwendung für ärztliche Behandlung im Deutschen Reich von fünfmal 87 1/2 Millionen oder 187 1/2 Millionen Mark kommen. Im Jahre 1902 gab es im Deutschen Reich 30 000 Kerze und Zahnärzte, so daß ein einfaches Rechenexempel für jeden dieser Kerze ein Durchschnittseinkommen von mehr als 6000 M. ergibt. Das ist eine Summe, die als Durchschnitt für ganze Reich sehr erheblich ist, denn dieser Durchschnitt schließt dann auch alle die jungen Kerze ein, die jetzt als Assistenzärzte für freie Station und ein bis zwei Mark pro Tag in Krankenhäusern und bei älteren Kerzen arbeiten und das gar nicht standesunwürdig finden. Es sind außerdem in der Zahl der Kerze alle Hochschullehrer und Amtsärzte inbegriffen, die aus ihrer amtlichen oder Lehrthätigkeit ein zum Teil erhebliches Einkommen beziehen, so daß das Gesamteinkommen der Kerze noch erheblich höher anzulegen wäre. Wenn also die Gesamtbevölkerung nur so viel für ärztliches Honorar aufwendete, wie für die Mitglieder der Krankenkassen aufgewendet wird, dann könnte doch unmöglich von einer Notlage des ärztlichen Standes geredet werden. Wir geben ohne weiteres zu, daß außerhalb der Krankenversicherung solche hohen Aufwendungen für ärztliches Honorar nicht gemacht werden. Daraus ergibt sich aber, daß die Krankenversicherung den Kerzen mehr bietet, als sie von der außerhalb der Versicherung stehenden Bevölkerung haben. Die Versicherung hat demnach nicht eine Notlage bei den Kerzen verursacht, sondern sie hat ihr Gesamteinkommen erheblich gesteigert. Ohne die Krankenversicherung wäre die Notlage des Kerzestandes, wenn man von einer solchen schon reden will, erheblich größer, als sie jetzt ist.

Es geht aber aus dieser Betrachtung noch ein weiteres hervor. Man wird uns beifügen, wenn wir den oben unter den gemachten Voraussetzungen errechneten Durchschnitt von mehr als 6000 Mark für vollkommen ausreichend erachten als Bezahlung für die ärztliche Hilfeleistung, als eine mindestens angemessene Honorierung der erforderlichen ärztlichen Arbeit. Dies hat sich auf dem im Jahre 1902 erreichten Durchschnitt von 8,80 M. pro Kopf des Versicherten. Wir ziehen daraus den Schluß, daß jede Kerze, die für durchschnittliche ärztliche Hilfeleistung mehr als 3,80 M. pro Kopf ihrer Mitglieder ausgiebt, ihr Geld unnütz weggiebt.

Eine Verbesserung der Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung wollen sich die Berufsgenossenschaften angelegen sein lassen. Sie haben auf ihrer Tagung in Eisenach unter Teilnahme des Geheimrats Hoffmann und des Präsidenten Gaebel darüber beraten und einen Ausschuss mit der Ausarbeitung einer Denkschrift dazu beauftragt. Ueber das Ziel dieser Verbesserung erfährt man nichts, doch kann man gewiß sein: wenn bei uns Unternehmer und Behörden eine sozialpolitische Institution „verbessern“ wollen, dann kommt allemal ein reaktionärer Wechselbalg heraus.

Witlosh als moderner Industrieherr.

Die „Witlosh“, unser Parteiblatt in Budapest, veröffentlicht eine Eingabe des Verbandes der ungarischen Eisenwerke und Maschinenfabriken an den ungarischen Handelsminister. Diese Eingabe ist eine lange, im Witloshstil gehaltene Schimpfepistel gegen die Fachvereine und fordert nach Aufzählung einer Unmenge von Schlichtigkeiten der Fachvereine allerlei Maßregeln zu deren Beseitigung. Da heißt es z. B.:

„I. soll verfügt werden, daß die Funktionäre dieser Fachvereine nur tatsächliche Arbeiter sein können, nicht aber außer den Kreisen der Arbeiter stehende bezahlte Individuen. Wenn die Fachvereine sich nur auf den in ihren Statuten umschriebenen Wirkungskreis beschränken möchten, dann würden diese verhältnismäßig wenig Zeit und Arbeit beanspruchenden Funktionen auch die aus dem Kreise der Arbeiter gewählten Funktionäre in ihrer freien Zeit besorgen können.“

Und da man diese Funktionäre ja immer wieder entlassen kann, so wären die Fachvereine auf die bequemste Art fastgestellt.

Dann sollen die „Aufwiegler“ unschädlich gemacht werden. Die „Fremden“ sollen abgeschoben werden. Dann aber sei es notwendig, daß jene, welche sich etwa die Zuständigkeit in der Hauptstadt erworben haben und durch die Fabriksdirektion bei einer Aufreizung ertappt werden, auf Anzeige der Fabrik, unter Vermeidung aller erschwerenden Formalitäten, welche das radikale Vorgehen hindern könnten, auf persönliche Verantwortung des betreffenden Fabrikeigentümers oder Direktors polizeilich verhaftet und gegen dieselben das Strafverfahren eingeleitet wird.“

Es ist noch etwas natürlicher Wutgeschrei in dieser nativen Frechheit. Wie ein alt-magyarischer Obergespan möchte so ein Industrieherr den Arbeiter eigenhändig beim Stragen nehmen und in sein Verließ werfen dürfen, den Ratten zum Fraße. Da können sogar unsere Unternehmer noch dran lernen.

Gewerkschaftliches.

Die Tarifgemeinschaft der Buchdrucker.

Das Tarifamt der deutschen Buchdrucker verhandelt ein neues, am 30. April 1904 abgeschlossenes Verzeichnis der Tarifanerkennungen. Es haben nach demselben in 1352 Städten 4559 Firmen mit 41 483 Gehilfen den Tarif bewilligt. Seit dem Erscheinen des letzten Verzeichnisses, am 30. April 1903, sind 500 Firmen mit 2800 Gehilfen hinzugekommen, wegen Nichtannahme des Tarifs wurden im Laufe des Jahres nur 20 Firmen mit 98 Gehilfen gestrichen; es ist also unzweifelhaft ein Fortschreiten des Tarifgebodens zu konstatieren.

Dies tritt noch deutlicher zu Tage, wenn man mit den Vergleichen noch etwas weiter zurückgeht.

Table with 4 columns: Im Jahre, Inaktive Firmen, Beschäftigte Gehilfen, Städte. Data rows from 1897 to 1904.

Leider fehlt der Veröffentlichung (vielleicht wegen der Schwierigkeit der Beschaffung) eine Gegenüberstellung der Gesamtzahl der Firmen und Gehilfen, die allein ein absolut sicheres Bild davon gäbe, welche Bedeutung die Tarifgemeinschaft im Buchdruckerberuf hat. Da in dem in obiger Tabelle enthaltenen Zeitraum zweifellos auch die Zahl der Firmen und Gehilfen im allgemeinen zugenommen hat, haben sich die Verhältniszahlen zwischen tarifreuen und tariffeindlichen Firmen vielleicht nicht ganz so schnell zu Gunsten des Tarifs entwickelt, wie obige Zahlen vermuten lassen; an dem Bilde fortschreitender Entwicklung ändert das jedoch nichts.

Inzwischen, vielleicht unterzieht sich das Tarifamt im Interesse der Sache auch einmal der Ausgabe, die Zahl der Firmen zu ermitteln, die den Tarif noch nicht bewilligt haben.

Der „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker“ knüpft an die Veröffentlichung u. a. folgende Bemerkungen:

„Bei dieser Gelegenheit wollen wir auf einen Umstand verweisen, der in Zukunft im Interesse der Tarifgemeinschaft zu be-

achten ist. Wir haben nämlich in Deutschland eine vorläufig unkontrollierbare Zahl parteipolitisch erblätter und periodischer Druckeisen, in denen warm für das Volk- und Arbeiterwohl warm theoretisiert wird, während in der Praxis die Herausgeber oft die größten Lohnrücker und Feinde geregelter gewerblicher Verhältnisse sind. Da ist es nun notwendig, aus allen Parteien diese Blätter und Druckereien kennen zu lernen, um die geeigneten Schritte thun zu können, Theorie und Praxis in den betreffenden politischen Parteien in ein etwas harmonischeres Verhältnis zu bringen. Dazu bedürfen wir jedoch der entsprechenden tatsächlichen Unterlagen. Wir richten deshalb an unsere Leser das Ersuchen, im Interesse der Ausbreitung des Tarifs uns genaue Angaben darüber zugehen zu lassen, welche Blätter und periodische Druckeisen parteipolitischer Tendenz in tarifunreuen Druckereien hergestellt werden. Aber nicht nur dieses. Eine bedauerliche Tatsache ist es, daß auch diverse Gewerkschaftsblätter in nichttarifreuen Druckereien hergestellt werden. Es handelt sich dabei um solche Blätter fast aller Gewerkschaften.“

Soweit die sozialistische Parteipresse in Betracht kommt, sind in derselben ja, wie bekannt, überall die tariflichen Forderungen der Buchdrucker bewilligt. Die größeren sozialdemokratischen Unternehmungen haben darüber hinaus sogar den Kostentendenz unter entsprechenden Zuschlägen zu den den Tariffragen sowie Ferien bewilligt. Daß es aber Gewerkschaftsblätter geben soll, die nichttarifreuen Druckereien hergestellt werden, setzt uns das in Erstaunen. — Vielleicht lernt aus diesem Vorkommnis mancher Kur-Gewerkschaftler, der sich der sozialdemokratischen Partei gegenüber hier oder da zu dem Wortwort berechtigt glaubte, daß diese den Gegenwärtigen Forderungen der Arbeiterschaft ein geringeres Entgegenkommen bewiese, als dies die Gewerkschaften thun. Sollten sich jedoch unter dem „Correspondent“ gemeinten Gewerkschaftsblättern solche der freien Gewerkschaften finden, so genügt hoffentlich die Klage des Buchdrucker-Zachblatts, sie an ihre Pflicht zu erinnern.

Berlin und Umgegend.

Der Streit in der Cigarettenfabrik „Manoli“

Beschäftigte am Donnerstag eine bei Drüfel abgehaltene, stark beachtete öffentliche Tabakarbeiter-Verammlung. Ueber die Ursachen des Streiks gab der Referent Schmidt folgende Sachdarstellung: Die Firma „Manoli“ verwendet zur Herstellung von Cigarettenhilfen schon seit längerer Zeit Maschinen und Berechnete für die Hilfen der Arbeiter und Arbeiterinnen einen Preis von 25 Pf. pro Tausend, wie das auch in anderen Fabriken üblich ist. Vor ungefähr 14 Tagen verfiel der Inhaber der Firma, ein Herr Wandelbaum, auf den Gedanken, die Hilfen für alle Sorten einzuführen und mit 30 Pf. in Anrechnung zu bringen. Dieser willkürliche Ausschlag von 5 Pf. war für die Arbeiter gleichbedeutend mit einem Verdienstaussfall von 2-3 M. pro Woche, dem je teurer sie die Hilfen bezahlen müssen, desto geringer wird bei gleichbleibenden Herstellungspreisen für Cigaretten der Verdienst. Die Lohnnahme des Fabrikanten qualifizierte sich also als ein indirekter Lohnabzug. Was aber ein Mindererwerb von 2-3 M. pro Woche für Cigarettenarbeiter und -Arbeiterinnen bedeutet, ist am besten aus der Tatsache zu ersehen, daß der durchschnittliche Wochenlohn nur 20-21 M. beträgt bei einer Gesamtarbeitszeit von etwa 15 Stunden täglich, wovon 10 1/2 Stunden auf Fabrik- und 4-5 Stunden auf Hausarbeit entfallen.

Wiederholte Gesuche, die Hilfen wieder zu dem bisherigen Preise von 25 Pf. zu liefern, lehnte die Firma ab. Als dann, nachdem sich die hiesige Filiale des Tabakarbeiter-Verbandes mit der Angelegenheit befaßt, eine Kommission bei Herrn Wandelbaum vorstellig wurde, bestamm sich dieser Herr in einer für Arbeiter geradezu empörenden Weise. Er stellte sich, als könne er es überhaupt nicht fassen, daß eine Kommission „seiner“ Arbeiter mit ihm verhandeln wolle; es sei das einfach eine „Frechheit“. Damit war die Kommission hinausgewiesen. Kaum daß sie wieder in der Fabrik angelangt war, kam schon Herr Wandelbaum mit seinem Geschäftsführer nachgelassen und begann nun wie ein Mohrspatz zu schimpfen. Zunächst erklärte er zwei Kommissionsmitglieder, einen Arbeiter und eine Arbeiterin, als sofort entlassen, weil sie angeblich ihre Arbeitsplätze ohne Erlaubnis des Geschäftsführers verlassen hätten. Dabei war der Kommission von dem Geschäftsführer gerade der Zeitpunkt angegeben worden, an dem der gestrenge Chef für sie zu sprechen sei. Auf diesen Umstand von den Entlassenen aufmerksam gemacht, vollerte Herr Wandelbaum los: Das sei ganz egal; er stelle ein und entlasse wen er wolle, auch zahlte er was er wolle. Und wenn „seine“ Leute es noch weiter so machen und sich seinen Bestimmungen nicht unbedingt fügen würden, dann würde er die Cigarettenarbeiter einfach aushungern und seine Fabrik nach Dresden verlegen.

Es ist daraufhin nochmals eine Verbandskommission bei dem Herrn vorstellig geworden, die nunmehr kategorisch die Berechnung der Hilfen zum alten Preise und die Wiedereinstellung der beiden Gemahregelerten forderte, widrigenfalls die Arbeit niedergelegt würde. Herr Wandelbaum wies auch diese Kommission brüsk ab, indem er erklärte, er habe mit niemandem zu verhandeln; die Arbeiter sollten nur streiken; es käme ihm gar nicht darauf an, die Fabrik eine Zeitlang still stehen zu lassen. Nach dieser Antwort legten am Mittwoch sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der Fabrik bis auf zwei die Arbeit nieder. In den Ausfall sind getreten 113 Personen, 47 Männer und 66 Frauen, davon sind 49 verheiratet und haben 48 Kinder.

Die Diskussion, an der sich auch mehrere Arbeiterinnen beteiligten, war eine sehr rege. Allgemein wurde das Verhalten des Inhabers der Firma „Manoli“ als ein nur von nachstehenden Herrenstandpunkte diktiert bezeichnet, denn keine Konkurrenzfirma bringe für die Hilfen mehr wie 25 Pf. in Abzug. Es scheint, als wolle die „Manoli“ auf diese Art die erheblichen Kosten für ihre abendliche Lichterflamme herauszuschlagen. Besonders wurden die Anwesenenden an ihre Solidaritätspflicht erinnert, alles daran zu setzen, daß die Fabrik keine Arbeitswilligen weder von Berlin noch von auswärts bekommt. Auch alle Arbeiter, die bisher „Manoli“-Cigaretten geraucht haben, wurden gebeten, von dem Streik in der „Manoli“-Fabrik entsprechend Notiz zu nehmen.

Wider Manoli!

Nach der Verlesung eines Sympathie-Telegramms von den Arbeitern der Firma „Jovetti“ gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: Die Verammlung erklärt, die bei der Cigarettenfabrik „Manoli“ streikenden Arbeiter und Arbeiterinnen moralisch sowohl als auch durch Geldmittel reichlich zu unterstützen und beauftragt die Streikleitung, Sammellisten in Umlauf zu setzen.

Von der Streikleitung wird uns noch mitgeteilt, daß die Situation für die Streikenden durchaus günstig liegt. Bis jetzt sind nur vier Arbeiter ihren kämpfenden Arbeitsbrüdern und Schwestern in den Rücken gefallen, um für die Firma Manufakturdienste zu leisten. Von diesen waren jedoch nur zwei bei Ausbruch des Streiks in der Fabrik beschäftigt. Die Geschäftsleitung ist deshalb schon jetzt nicht in der Lage, die einlaufenden Orders glatt zu erledigen und sah sich daher gezwungen, einen für sie tätigen Hausarbeiter für eine eilige Bestellung eine Mark mehr zu bewilligen, als sie ihm sonst zu zahlen pflegt.

Der hochmütige Fabrikantenhof, der von einer friedlichen Beilegung des Streikes nichts wissen wollte und die Arbeiter auszuhungern drohte, scheint sich inzwischen etwas gelegt zu haben.

Dafür spricht die per Telefon an die anderen Berliner Fabriken gerichtete Anfrage, ob etwa von den Streikenden schon jemand um Arbeit vorgesprochen habe und die besorgte Bitte, doch ja niemanden einzustellen, da der Herr Mandelbaum nur beabsichtige, die Leute eine Woche spazieren gehen zu lassen, um sie dann wieder einzustellen. Diese für die Streikenden gewiß sehr tröstliche Aussicht wurde noch verstärkt durch den Umstand, daß der alle Verhandlungen schroff ablehnende Arbeitgeber einer der Streikenden erfuhr, ihm doch vier bis fünf verunsicherte (!) Leute hinzuzufügen, damit er ihnen klar machen könne, wie sehr die Streikenden im Unrecht seien.

Infolgedessen wurde die Streikkommission beauftragt, einen erneuten Versuch zu Verhandlungen zu machen.

Die Stimmung unter den Streikenden ist eine zuversichtliche.

Von der Firma selbst erhalten wir folgende angebliche Verächtigung:

An die Hbl. Redaktion des „Vorwärts“,
SW. 68, Lindenstr. 60.

Mit Bezug auf die Mitteilung Ihres geschätzten Blattes in der heutigen Nr. 145, erlaube ich mir berichtigend folgendes anzuführen:

1. Es ist unklar, daß die Cigarettenarbeiter in meiner Fabrik die Arbeit wegen Lohnreduzierung niederlegten, denn von einer solchen ist bei mir keine Rede. Es handelt sich bloß um Einführung fertiger Hälften, bei welcher den Arbeitern noch Vorteile erwachsen.
2. Von einer Maßregelung zweier Arbeiter kann keine Rede sein. Die zwei Arbeiter wurden wegen Uebertretung der Fabrikordnung am 20. d. Mts. entlassen, Tags darauf aber wieder aufgenommen.

Erzucht um baldgefällige Aufnahme dieser Verächtigung.

Hochachtungsvoll
Manoel Cigarettenfabrik
J. Mandelbaum.

Diese „Verächtigung“ kann sich getrost neben den Veröffentlichungen der Vätermeister sehen lassen. Herr Mandelbaum hat keine Lohnreduktion vorgenommen — er hat nämlich nur den Preis für von ihm geliefertes Material erhöht und seine Leute dadurch in ihrem Einkommen beschränkt. Er hat keine Maßregelung vorgenommen — er hat nämlich die Leute, welche mit ihm verhandelten, nur entlassen, weil sie ihre Klage zu diesem Zwecke verließen. Wichtig ist nur, daß er sie am anderen Tage wieder einstellen wollte; sie verzichteten aber auf die Wiederaufnahme der Arbeit, ehe nicht auch die übrigen Forderungen der Arbeiter bewilligt würden. Die Parole heißt jetzt eben:

Meidet Manoel!

Deutsches Reich.

Die Lohnbewegung der Schmiede in Hannover hat auf dem Wege der Unterhandlungen zu einem schönen Erfolge der Gesellen geführt. Es wurde ein bis zum 1. Juli 1906 gültiger Vertrag abgeschlossen, dem wir folgendes entnehmen: Sämtliche Gesellen werden außer Kost und Logis beschäftigt. Soweit Ausgelernte bei ihrem Lehrmeister nach Beendigung der Lehrzeit ein weiteres Jahr verbleiben, sind für dieses Jahr Ausnahmen zulässig. Die tägliche Arbeitszeit beträgt nicht über 10 Stunden. Gesellen bis zum 21. Lebensjahre erhalten mindestens 30 bis 35 Pf. die Stunde. Gesellen über 21 Jahre als Beschlagschmiede, Feilwäcker oder teilweise Feuerschmiede erhalten von 35 bis 38 Pf. an Feuerschmiede erhalten nicht unter 40 Pf. die Stunde. Für den Fall, daß durch irgend eine der Vertragsbestimmungen Streitigkeiten zwischen Meistern und Gesellen entstehen, so sind diese Streitfälle einer Schlichtungskommission zu unterbreiten, die aus je drei Mitgliedern des Innungsvorstandes und des Gesellenausschusses unter dem Vorsitz des Obermeisters zu bestehen hat. Sofern der Vertrag nicht spätestens acht Wochen vor Ablauf der Vertragszeit gekündigt wird, gilt derselbe als auf ein weiteres Jahr geschlossen. Bemerkt muß dabei werden, daß ca. 33 Proz. der Betriebe noch Kost und Logis hatten bei Wochenlöhnen von durchschnittlich 7 M., daß die Arbeitszeit in 11 Betrieben noch über 10 Stunden betrug und in der Entlohnung bössige Mangelhaftigkeit herrschte.

Wenn die Meister in Linden diesen Tarif nicht acceptieren, wird dort in den Streik getreten, deshalb ist Zugang von Schmieden sofort noch fernzuhalten.

Der Streikposten in Ketten.

Die Breslauer Behörden haben zu ihren Aufschreibern ein neues Gefüge. Am Donnerstagnachmittag spazierte ein Streikposten dreimal um ein Stadtviertel, in welchem sich ein gesperrter Bau befand. Er wurde von einem Schutzmännchen aufgefordert wegzugehen. Auf die bloße Bemerkung, daß er zu dieser Wegweisung kein Recht habe und als der Maurer sich erst die Nummer des Schutzmännchens ansehen wollte, kamen zwei Schutzeleute herbei, legten dem Maurer eine Fessel an und führten ihn auf die Wache, wo die Personalkarte festgesetzt wurden. Die Beschwerde des Maurers über die Fesselung wurde mit den Worten erwidert: Wir kennen Euch Radfahrer schon! — Unse Rechtsgarantien!

Die Aussperrung der Rieter auf der Kochschen Schiffswerft in Lübeck hat nach 70-tägiger Dauer ein Ende erreicht, nachdem die Direktion Zugeständnisse gemacht hat. Die Rieter haben am Freitag die Arbeit wieder aufgenommen. Erreicht haben die Rieter durch ihre treuen Zusammenstehen u. a. für die Außenbauarbeiter einen zehnprozentigen, für die Innenaufbauarbeiter einen fünfprozentigen Lohnzuschlag, sowie die Abschaffung verschiedener Mißstände.

Achtung, Metallarbeiter! Bei der Firma August Schilder, Lampenfabrik in Liegnitz in Schlesien, drohen Lohnunterschieden auszubrechen. Wir ersuchen den Zugang streng fernzuhalten.

Die Bezirksleitung
des deutschen Metallarbeiter-Verbandes.
Dr. Schlegel.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Schäfer Wahlkreis. Die Generalversammlung findet Ende Juli statt. Anträge der Mitglieder, welche in dieser Versammlung zur Verhandlung kommen sollen, müssen rechtzeitig beim Vorstande eingereicht sein.

Adlershof. Am Sonntagvormittag 8 Uhr findet am Lokale des Herrn Lau, Widmarstr. 10, eine Flugblattverbreitung statt. Die Parteigenossen werden ersucht, sich zahlreich zu beteiligen.

Rudow. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet heute Abend 8 1/2 Uhr bei Heime, Wendastraße, statt.

Tegel. Der Wahlverein hält am Dienstagabend 8 Uhr bei Schmidt, Schillerstraße 65, seine Versammlung ab. Den Vortrag hält Herr Schütte-Vorlin. Montagabend findet von Krause, Verlimerstr. 92, ein Handzettelverteilung statt.

Lokales.

Kirchenbau und Terrainspekulation.

Daß im Zeitalter des Kapitalismus auch die Frömmigkeit in Soll und Haben aufgeht und zum Objekt nächster Spekulation degradiert wird, hat der Pommeraner-Prozess in diesen Tagen mit einer wenigstens für wahrhaft christliche Gemüter erschreckenden Deutlichkeit offenbart. Ein kleines Seitenstück zu dem in Mosbit

erörterten Thema war es, mit dem die Gemeindevertretung von Mariendorf sich in ihrer letzten Sitzung zu befassen hatte. Gerade der Umstand, daß der Mariendorfer Fall ohne jeden kriminellen Beigeschmack war, macht die Sache um so pikanter. Es wurde nämlich vom Gemeindevorsteher ein Schreiben der Terrainspekulation Sündende verlesen, worin die Gemeindevertretung ersucht wird, doch ja den Kirchenbau im Sündender Ortsteil zu beschleunigen. Schwierig würde die Terrainspekulation zur Eile gedrängt haben, wenn die Sorge um das Seelenheil der in ihrem Spekulationsgebiet wohnenden Christen mit Unkosten verknüpft wäre; im Gegenteil wird anzunehmen sein, daß das Besitztum der Gesellschaft nach Vollendung des Kirchenbaues erheblich an Wert gewinnt, und daß es nur der Heißhunger nach möglichst hohem Profit ist, der in ihr die Sehnsucht nach einem neuen Gotteshaus weckt. Es ist ja nicht unsere Sache, den moralischen Schaden zu beklagen, der dem Christentum aus einer derart naiv betriebenen Spekulation auf die moderne Kirchenbaukunst erwachsen muß; immerhin aber möchten wir wissen, ob unter den in evangelischen Religionsangelegenheiten kompetenten Persönlichkeiten nicht wenigstens ein Mann den moralischen Mut hat, laut in die Welt hinauszurufen, daß es für die Hüter der Religion hohe Zeit wäre, zwischen dem auf Achtung Anspruch machenden Christentum und dem Christentum profitlästernden Terrainspekulanten mit aller erdenklichen Deutlichkeit die Grenzen zu markieren. Denn was sind die von Christus zum Tempel hinausgejagten Geldwechsler für harmlose Wesen im Vergleich zu den Förderern der Religion, die am Comptoirisch andrechnen, daß die Quadratur Grund und Boden, die heute X M. wert ist, nach Vollendung des Gotteshauses das dreifache wert sein wird und die wahrscheinlich Kirchenbau Kirchenbau sein liehen, wenn sie vermuteten, daß die Nachbarschaft eines mit allem Komfort der Neuzeit eingerichteten Tanzlokals der Grundstückspekulation noch ein paar Prozent mehr in den Schoß werfen würde!

Zur Ehre der Mariendorfer Gemeindevertretung muß gesagt werden, daß sie das Gesuch der Spekulant mit der Begründung zu den Akten legte, die Terrainspekulation möge sich gefälligst selber um die Förderung ihrer Interessen bemühen und das Ortsparlament ungeschoren lassen. Sollte aber, wir wiederholen unsere Frage, nicht auch einmal ein Geistlicher die Courage haben, zu erklären, daß im Interesse der Religion der Mißbrauch des Christentums als Spekulationsobjekt aufhören muß?

Aus der Magistratsabteilung vom Freitag. Zum leitenden Arzt der neu einzurichtenden Abteilung für Geschlechtskrankheiten im ehemaligen Erziehungsheim am Urban wurde Dr. Buschle-Berlin gewählt. Buschle ist Privatdocent und war längere Zeit Assistenzarzt des Prof. Reiser in Breslau. — Zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse auf dem Potsdamer Platz ist vom Magistrat nach einem Vortrage des Stadtbaurats Krause beschlossen worden, den breiten Bürgersteig vor Café Josty etwas zu verkleinern und in seiner Form so zu verändern, daß die Wagen, die den Platz kreuzen, direkte Fahrt haben. Versuchsweise soll auch ein neuer Insektengitter in der Nähe des Schreibershauses errichtet werden. — Der Rektor Treutin von der städtischen Fortbildungsschule in der Danzigerstraße (Mädchen) hat nach langjähriger Tätigkeit sein Amt als Leiter dieser Anstalt niedergelegt. An seiner Stelle ist der Lehrer Paul Krüger vom Magistrat gewählt worden. — Der Lehrer R. Preußel an der 167. Gemeindefschule soll als Vertreter der Stadt nach Worms zum Kongress des Deutschen Vereins für Knabenhandarbeit gefandt werden. — Der Magistrat hat dem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung, dem Stadtbaurat Krause zum Besuch der Ausstellung in St. Louis (Amerika) einen jüngeren Begleiter beizugeben, zugestimmt und dazu den bei der Abteilung für Tiefbau beschäftigten Regierungsbaumeister Schubert gewählt, dem 4000 M. bewilligt wurden. In der Antieprobstraße sollen neue Schulpavillons errichtet werden.

Von der illustrierten Wochenchrift „In freien Stunden“ ist soeben das 26. Heft des achten Jahrganges erschienen. Die Zeitschrift bringt in dieser Nummer den Schluß des gewaltigen Romans „Die Flugspiraten des Mississippi“. Das Heft enthält ferner eine Erzählung von Moritz Reich „Der Truxian“. Mit dem nächsten Heft beginnt mit dem Quartalswechsel ein neuer Roman: „Der Jesuit“ von C. Spindler. Mit dieser billigen und guten Romanbibliothek hat unser Parteiverlag den Kampf gegen die Schundliteratur aufgenommen. Im Hause des aufgeklärten Proletariats, der vernünftigen Poetarierin darf kein Platz sein für das traurige Zeug jener Kolportageromane, die Geist und Gemüt verderben, in durchaus verlogener Weise das Leben schildern und oft genug darauf berechnet sind, den Geist des Volkes einzuschläfern, sein Klassenbewußtsein zu ersticken, seine Kampfesfreude zu lähmen. In ununterbrochenem Kampfe strebt die Arbeiterklasse nach Verbesserung des Daseins. Es ist aber auch die Pflicht des Proletariats, für gute geistige Nahrung zu ringen, die Verderbnis des geistigen Geschmacks zu bekämpfen.

Der Verlag rechnet daher auch jetzt wieder darauf, daß unsre Parteigenossen das Unternehmen durch eifrige Agitation, durch Werbung neuer Leser nachhaltig unterstützen werden. In jeder Woche erscheint ein Heft zu 10 Pfennig, das in allen Partei-Verhandlungen, in Berlin bei den Parteipredigern zu haben ist und von jedem Kolporteur oder Zeitungsanstreicher besorgt wird. Abonnenten können jederzeit eintreten. Parteigenossen, die in Versammlungen, Fabriken usw. für die Ausbreitung unsrer Zeitschrift agitieren wollen, liefert der Verlag das nötige Sammelmaterial.

Eine freundliche Einladung. Graf Päckers neueste Rede wird nach altem Brauch auf den Straßen als Flugblatt verteilt. Sie enthält die folgende lebenswürdige Einladung zu einem Sektfrühstück:

Kurzum, mit den Asiaten seid Ihr Socialdemokraten gründlich hereingefallen. Drum fort mit den Kerls. Eure germanischen Führer, die könnt ihr jedoch behalten, wie zum Beispiel den Ebel, meinen Freund, das ist ja ein ganz hervorragender Genosse; grüßt mir nur alle den Ebel recht schön von mir und sagt ihm, daß ich mich sehr freuen würde, wenn er ebenfalls tüchtig und energisch gegen das Judenvolk zu Felde zöge; wenn wir die Schlacht gewonnen haben, dann lade ich den Ebel zu einer Flasche Sekt ein, dann wollen wir mal sehen, daß die Bände krachen und die Tische sich biegen, dann wollen wir alle einmal so recht vergnügt und lustig sein, und dann kann die Sache auch mal einen Thaler und acht Groschen kosten, das ist ganz egal.

Leider kann aus diesem gemeinschaftlichen Sturm auf die Sektflaschen nichts werden, da Ebel in dem vom Grafen Packer ins Auge gefassten Kampf mit geistigen Waffen ohne weiteres die Ueberlegenheit des Antisemitismus anerkennt.

Vom Berliner Grundbesitz. Am 1. Oktober 1903 wurden in Berlin ohne Vorort 25 008 Grundstücke gezählt, die mit Baufähigkeit besetzt waren. Diese waren mit rund 4310 Millionen Mark bei der städtischen Feuerkasse versichert. Die Zahl der versicherten Grundstücke hat im vergangenen Jahre um 357 und der Versicherungswert um 110 Millionen Mark zugenommen. Noch ist eine größere Zunahme in Berlin nicht beobachtet worden. Sie wäre noch bedeutender, wenn nicht acht Gebäude mit 1 656 300 M. Versicherungswert auf Antrag königl. Behörden ausgeschrieben und 32 Grundstücke mit 16 1/2 Millionen Mark Versicherungswert zum Abbruch genommen wären. Im Jahre 1902 betrug die Zunahme 250 Bauten, 1901: 202, 1900: 155 und 1899: 218 Bauten. Entsprechend der Zunahme der Gebäude ist auch der Versicherungswert gestiegen. Im laufenden Geschäftsjahre verspricht die Zunahme nicht geringer zu werden.

Aber warum denn nur? Aus Anlaß eines Specialfalles wird amtlich darauf hingewiesen, daß es den Viechleuten streng verboten ist, nach Beendigung des Leerens eines Viechleutens von Straßenpassanten noch Viechleutungen anzunehmen oder nachträglich in die Tasche stecken zu lassen. Die Viechleuten dürfen ihre Tasche nur beim Einfliegen in den Kasten öffnen. Wer den Viechleuter anhält, noch nachträglich einen Viech anzunehmen, läuft Gefahr, wegen Verleitung zu einer Dienstpflichtwidrigkeit gerichtlich in Anspruch genommen zu werden. Was ist denn Großes dabei, wenn der Beante einen eiligen Viech noch in seinen Sack aufnimmt?

Eine Mädchenhändlergesellschaft verheftet. Eine aus fünf Köpfen bestehende Mädchenhändlerbande, die es sogar verstand, sich das Jahrgeld von wohlthätigen Vereinen zu erschwindeln, ist durch die Mitwirkung des Hilfsvereins der deutschen Juden verhaftet worden. Vor einiger Zeit erschien in dem Berliner Bureau des Vereins in der Potsdamerstraße eine angebliche Frau Golda, die angab, mit ihrem Manne und drei Töchtern aus Südamerika flüchtig zu sein. Sie wollte mit ihrer Familie zu ihrem in Buenos Aires wohnenden Bruder fahren, sei jedoch jeglicher Geldmittel barm. Seitens des Hilfsvereins in Genua wären ihnen 2000 Franc für die Ueberfahrt bewilligt worden; doch besäßen sie nicht die Mittel, um nach Genua zu gelangen. Den Behauptungen der G. brachte die Verwaltung des Hilfsvereins ein gewisses Mißtrauen entgegen, doch ergaben die telegraphischen Anfragen sowohl bei dem angeblichen Bruder der G. wie auch bei dem Hilfsverein in Genua die Richtigkeit der von der Frau gegebenen Darstellung. Dennoch wurde die ganze Familie nach dem Bureau bestellt, weil die Pässe der Familienmitglieder nicht gleichlautend waren; doch besaßen die Mädchen, Töchter der G. zu sein, und erklärten die Differenz in den Pässen mit den Schwierigkeiten bei Ueberreichung der Grenze. Der hiesige Hilfsverein behauptete demnach für die Familie die Kosten des Aufenthaltes in Berlin und der Weiterfahrt nach Genua. Inzwischen traf von dem Hilfsverein des letzteren Ortes ein Schreiben hier ein, durch das bei dem hiesigen Hilfsverein der Verdacht erweckt wurde, daß die angebliche Familie Golda eine Mädchenhändlerbande sei. Der Vorstand übergab die Sache zur weiteren Verfolgung dem Bureau des deutschen Nationalkomitees zur Bekämpfung des Mädchenhandels. Dieses benachrichtigte sofort die Komitees in Genua und Argentinien, und es wurde nun festgestellt, daß die Goldas thätlich in Genua abgeführt seien. Ob sie noch einen Mädchentransport verladen hatten, konnte nicht ermittelt werden. Jetzt ist aus Buenos Aires eine Mitteilung eingetroffen, daß die avisierte Bande aus schon längst gesuchten Mädchenhändlern bestehe und sofort bei ihrer Ankunft verhaftet worden sei. Die angeblichen Goldas reisen unter falschem Namen und stammen in Wirklichkeit aus Odessa. Die drei angeblichen Töchter seien gar keine Verwandten des gefährlichen Ehepaars. In der Meldung über die erfolgte Festnahme sind die richtigen Namen leider nicht enthalten, ebensowenig Angaben darüber, ob und wieviel Mädchen der Bande entrißen worden sind.

Der alte Droschkenschiffer. Eine verkrüppelte Leiche wurde in Stralau gefandet. Sie war ganz nackt, und es fehlten der Kopf, die Arme und das linke Bein. Das rechte Bein trug einen Schaftstiefel. Später fand man den Kopf, den eines alten Mannes, und am nächsten Tage das linke Bein und einen Arm, während der andere Arm auch bis jetzt noch nicht zum Vorschein gekommen ist. Schon die Beschäftigung zeigte, daß Dampfermaschinen die Leiche zerriß und verkrüppelt haben mußten. Die weiteren Ermittlungen bestätigten diese Annahme und stärten den Fund vollständig auf. Es handelte sich um den 68 Jahre alten Droschkenschiffer Gottlob Schupke aus der Liebigstr. 33, der seit 32 Jahren in seinem Verufe thätig war und zuletzt für den Fuhrherrn Lieburg des Nachts fuhr. Der alte Mann war am Dienstag vor acht Tagen abends um 6 1/2 Uhr ausgefahren und am Mittwoch früh zurückgekommen. Am demselben Morgen kam ein Schutzmännchen nach dem Fuhrhof und überbrachte für Schupke eine Vorladung vor die Revierpolizei. Es wurde ihm zur Last gelegt, daß er auf dem Waltenplatz ein Kind überfahren habe, ohne sich weiter um den Unfall zu kümmern. Der alte Mann geriet in große Aufregung. Er wollte von dem Unglück nichts wissen. Er habe zwar gesehen, daß ein kleiner Junge hinter einem Straßenbahnwagen hervorgekommen sei, wisse aber nicht, daß er unter seine Droschke geraten sein sollte. Der Fuhrherr riet dem Alten, den er als einen besonnenen Menschen kennt, der Vorladung zu folgen und seine Angaben zu machen. Dazu war er aber nicht zu bewegen. Er beteuerte seine Unschuld und versicherte, daß er lieber ins Wasser gehe, als sich nach einer so langen Dienzeit im öffentlichen Aufsehen auf seine alten Tage noch einsperren zu lassen. Dabei blieb er auch. Nach Hause kehrte er nicht wieder zurück. Nachdem er abgerechnet hatte, nahm er sich für sein Geld eine andre Droschke, machte mit dem Kutscher im Galgenhumor eine Bierreise, die bis nach Stralau führte, und ging dort in die Spree.

Ein Dyer der Straßenbahn wurde gestern vormittag der 41 Jahre alte Kutscher Hermann Ploch aus der Rauscherstr. 9, als er in der Schloßstraße zu Steglitz mit dem Abladen von Seltenerwasserflaschen beschäftigt war. Beim Uebersteigen der seitwärts liegenden Geleise wurde er vom Straßenbahnwagen erfasst und eine Strecke mitgeschleift. Nicht erlitt einen Bruch der beiden Schulterblätter und außerdem schwere Verletzungen am Kopfe. Nachdem man ihn auf der Polizeiwache verbunden hatte, wurde er nach dem Kreiskrankenhause in Lichterfelde gebracht.

Eine Kindesleiche ist Freitagmittag um 1 Uhr auf dem Boden des Hauses Dieffenbachstraße 64 gefunden worden. Ein Bewohner des Hauses sah dort ein Paket von braunem Papier liegen, in welchem er beim Öffnen die Leiche eines neugeborenen Knaben fand. Eine herbeigeholte Hebamme stellte fest, daß das Kind höchstens einen Tag gelebt haben kann. Da kurz vorher von Personen, die auf dem Boden zu ihm hatten, das Paket nicht bemerkt worden war, so wird angenommen, daß es erst in der Mittagsstunde dort niedergelegt worden ist. Die Kriminalpolizei beschlagnahmte die Leiche.

Straßensperrung. Der in nordwestlicher Richtung vom Königsplatz nach der Herthastraße führende Straßenzug wird behufs Asphaltierung vom 27. d. Mts. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt, ebenso die Saarbrückerstraße von Strahburgerstraße bis Prenzlauer Allee.

Ein Mitgliedsbücher des Gasarbeiter-Verbandes sind auf dem Wege von der Steinmehlsstraße in Rixdorf nach der Sebastianstraße in Berlin am Montag verloren worden. Der Finder wird gebeten, die Bücher im Gewerkschaftsbureau, Engel-Allee 16, oder im Restaurant Dieberstein, Adalbertstr. 61, abzugeben.

Feuersalam vom Kaufhause Rudolph Herzog in der Breitestraße erging gestern (Freitag) nachmittags gegen 3 Uhr an die Feuerwehr. Da solche Meldungen von Kaufhäusern von vornherein als „Mittelfeuer“ gelten, so eilten die Feuerwehr sofort ein halb Duzend Löschzüge herbei. Wie sich herausstellte, war durch Kurzschluss in dem Maschinenhause ein Brand entstanden, an dessen Bekämpfung sich sofort die Angestellten des Hauses machten. Bei Anbruch der Wehr war es ihnen aber noch nicht gelungen, die Flammen zu ersticken und so legte diese unergütlich zwei Schlauchleitungen in Tätigkeit und ging von der Charrenstraße aus vor. Binnen weniger Minuten war nun die Gefahr beseitigt und die Löschzüge konnten nach kurzem Aufenthalt wieder abziehen. Der entstandene Schaden ist nicht erheblich. Eine Betriebsstörung findet nicht statt. — Im übrigen konnte sich die Feuerwehr in den letzten Tagen einer großen Ruhe erfreuen. Nur ganz vereinzelt liefen Alarmierungen ein, ja am Donnerstag erfolgte deren nicht eine einzige, Berlin war also feuerfrei, was zu den großen Seltenheiten gehört.

Vertraute Krankenkasse. Der Polizeipräsident teilt mit: Ich bringe hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß der „Katholische Krankenunterstützungs- und Begräbnis-Verein Sanitas“, den ich mittels Verfügung vom 15. Oktober d. V. veranlaßt hatte, seine Zulassung gemäß den Vorschriften des Reichsgesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen vom 12. Mai 1901 nachzusuchen, durch

Beschluß der Generalversammlung vom 21. April d. J. aufgelöst worden ist.

Nach neuntägiger Untersuchungshaft entlassen wurde am Dienstag nachmittag gegen 1/2 5 Uhr der des Mordes an der Lucie Berlin verdächtige Agent Otto Lenz. Die Vernehmung von ungefähr dreißig von ihm angegebenen Entlastungszeugen muß die Verdachtsmomente derartig zerstreut haben, daß der Untersuchungsrichter seine Entlassung anordnete. Lenz bestritt auf das entschiedenste, den wegen Verdachts des Mordes in Haft befindlichen Berger zu kennen; ebenso bestritt er die von verschiedenen Wägern aufgestellte Behauptung, daß er Zuhälter sei.

Feuer in der „Mailfaserkaserne“. In einer Schreibstube der dritten Compagnie der Garde-Regimenter in der Chausseest. 90 war gestern vormittag 9 Uhr auf noch nicht ermittelte Weise ein Schrank, der mit Papieren und Akten angefüllt war, in Brand geraten. Als die alarmierte Feuerwehr eintraf, hatten die Mannschaften das Feuer bereits gelöscht und so konnten die Völkchen ohne weiteres wieder in ihre Depots zurückkehren. Papiere von Bedeutung sind nicht mit verbrannt und ist der entstandene Schaden daher nur unbedeutend.

Der falsche Gendarm, von dem schon wiederholt berichtet wurde, treibt in der Wahlzeit immer noch sein Unwesen. Es ist ein Bursche, der sich in bürgerlicher Kleidung mit irgend einer Dienstmagd umhertreibt. Zunächst gab er sich für einen Förster aus, dann für einen „Gendarm in Civil“. Er wendet einen Kniff an, mit dem vor Jahren einmal Erpreßer im Tiergarten eine Zeitlang Erfolg hatten. Sieht er auf abgelegenen Waldwegen ein einzelnes Paar, so beschuldigt er es eines Vergehens und verlangt, daß es ihm nach dem Amt folge. Unterwegs weicht er es dann so einzurichten, daß die Angehaltenen ihm gegen Quittung diesen oder jenen Betrag geben, um die Sache aus der Welt zu schaffen und keine Kaufereien mehr zu haben. Zuletzt fiel auf diesen alten Kniff ein Berliner Magistratsbeamter herein, der mit seiner Frau im Walde spazieren ging. Der „Gendarm“ merkte, daß der Frau der Weg nach dem Amte schwer fiel und „kam ihr entgegen“, indem er sich von ihrem Manne gleich an Ort und Stelle die „Strafe“ von 10 M. gegen Quittung zahlen ließ. Es ist kaum zu begreifen, daß das Publikum sich immer wieder von dem Schwindler prellen läßt, statt ihn beim Bidel zu nehmen und unschädlich zu machen. In einem Falle ließ ein junger Mann sogar ein Mädchen, mit dem er spazieren ging, im Stich, nachdem der falsche Beamte ihn entlassen hatte und erklärte, daß nur seine Begleiterin ihm folgen müsse. Diese Feigheit verschaffte dem Unhold die Gelegenheit, das Mädchen zu vergewaltigen. Der Kerl muß in der Nähe irgendwo einen Unterschlupf haben, von dem aus er leicht feststellen kann, ob und wann gegen ihn etwas unternommen wird. Daher bleiben alle Streifen erfolglos. Das einzige Mittel, ihn unschädlich zu machen, ist, daß die Beschuldigten den Spieß umkehren und den Burschen selbst nach dem Amte bringen.

Das alkoholfreie Sommerfest, das der Deutsche Abstinenzbund heute im Lokal „Zum Kurfürsten“, Berlinerstr. 102 in Pantow veranstaltet, beginnt um 4 Uhr. Eintrittskarten sind bei H. Straßewitz in Pantow, Florastr. 51, zu haben.

Die Kinderspiele, welche für dieses Jahr vom Turnverein „Fichte“ an sechs Sonntagen veranstaltet werden, nehmen morgen, als am 26. Juni, ihren Anfang; sie fallen in die Tageszeit von 8—11 1/2 Uhr. Der Abmarsch von den einzelnen Sammelplätzen ist pünktlich 8 1/2 Uhr. Die Kinderspiele sind für die einzelnen Stadtteile wie folgt angeordnet: Süden und Süd-Ost: Großer Spielplatz im Trepptorpark. Sammelplatz: Ober-Friedrichsbrücke (Schief-Rusch). Nord-Ost: Spielplatz im Friedrichshain. Sammelplatz: Strieger-Denkmal am Landsberger Platz. Norden: Sportplatz Wehmstraße. Sammelplatz: Bahnhof Gellendamm und Bahnhof Schönhauser Allee. Nord-West: Spielplatz Gabsburger Ufer. Sammelplatz: Bahnhof Weußelstraße. Nach beendeter Spiel werden die Kinder wieder zu den Sammelplätzen zurückgeführt. — Da der Spielplatz im Friedrichshain nur unter Voraussetzung der Uebung größter Sorgfalt und Ordnung von der Pardeputation bewilligt und in Nichtbefolgungsfalle der sofortige Verlust angedroht worden ist, so ersucht der Verein die Eltern und Zuschauer um thätige Beihilfe bei Aufrechterhaltung der Ordnung und bittet namentlich, den Spielplatz nicht zu betreten, sondern außerhalb der Einfriedigung dem Gang der Spiele zu folgen und sich den Anordnungen der Spielleiter und Ordner zu fügen.

Kadysport. Zu dem am Sonntag im Sportpark Friedenau stattfindenden Gauverbandfahren des Gau W (Berlin) des Deutschen Radfahrer-Bundes sind im ganzen 104 Meldungen eingegangen, eine Anzahl, welche bisher noch nicht erreicht wurde. Zum geschlossenen Mannschaftsfahren haben allein 13 Vereine und zur Meisterschaft von Preußen 12 Fahrer gemeldet. Die Meisterschaft wird der vorjährige Sieger, Herr Martens vom „Sport Verolina“, verteidigen. Die Rennen beginnen, worauf wir ausdrücklich nochmals hinweisen, präzise 8 Uhr nachmittags. Der Eintritt beträgt zu allen Plätzen 1 M. Im Vorverkauf sind Karten a 75 Pf. bis Sonnabendabend 6 Uhr auf der Geschäftsstelle, Zimmerstr. 3/4, zu haben.

Dem Zoologischen Garten hat Herr Dr. jur. Fürstenberg zwei chinesische Zwerghirsche oder Keesische Runtzials zum Geschenk gemacht, ebenso allerliebste als seltene Tiere, welche den Bestand an kleinen Hirscharten in dem an der Dreifternpromenade gelegenen Holzgäusen in sehr willkommener Weise vervollständigt haben. Es sind dort jetzt mit südamerikanischen Spieß- und Kampashirschen indische und die eben genannten chinesischen Runtzials vereinigt, eine Reichhaltigkeit an kleinen Hirscharten, wie sie wohl kaum irgendwo anders zu finden sein dürfte. Die Runtzials (malayischer Name) sind dadurch besonders interessant, daß dem männlichen Geschlecht die oberen Eckzähne, welche der Jäger auch bei unfremd Nottirsch „Haken“ nennt, wirklich hakenförmig verlängert, mehr oder weniger aus dem Geiße hervortragen, wie bei dem Moschusstier. Ebenso ist die Geißelbildung sehr merkwürdig: die „Rosenfäden“, die vom Schädel ausgehenden Knochenzapfen, auf denen das eigentümliche Geißel sitzt, sind ebenso lang wie dieses selbst, welches nur gering entwickelt ist und sich höchstens gabelförmig verzweigt, eine niedere Stufe der Geißelbildung, welche sich bei Schädelresten ausgeprägter Hirscharten in ähnlicher Weise wiederfindet.

Wenn es im Berliner Aquarium durchaus nichts Ungewöhnliches ist, daß abgesehen von mitsenden Vögeln, Tiere verschiedener Art aus den Klaffen der Kaltblütigen und der Wirbellosen zur Fortpflanzung fähigen Eier ablegen oder lebende Junge zur Welt bringen, so gehört es doch für detartige wissenschaftliche Schaustellungen zu den Ausnahmefällen, wenn einer der Rezenten unter jenen Tieren sich vermehrt. Deshalb erregt es auch ganz besonderes Interesse, daß jetzt die größte der hinterindischen Riesenschlangen mit Eierlegen beschäftigt ist. Die Eier sind großen Waiseneiern ähnlich, von harter grauweißer Ueberziehen lassen aus den unterirdischen Höhlengewässern des Karstgebirges im Adelsberg sechs Stück der nur in jenen Gebieten heimischen langgestreckten, fleischroten Amphibien, welche man Dim oder Proteus nennt und früher für augenlos hielt, hier an. Die Abteilung für Süßwasserfische wurde vermehrt um 80 Stück Labrinhthfische, die Herr Bernhard Berlin dem Aquarium überwieb. Die Gruppe der merkwürdigsten aller Reptilien, der Kraken, wurde vermehrt um zwei durch die Station Rovigno eingelieferte Exemplare des Kofus-Polypen, während vom roten Intersfisch eine Anzahl der absonderlichen Eier gleichfalls von dort her eintrafen.

Aus den Nachbarorten.

Aus der Spandauer Stadtvorordneten-Versammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung interpellierte Stadtv. Lornow den Magistrat über die Gründe, weshalb die Pfasterarbeiten in der Feldstraße trotz erteilten Zuschlages nicht in Angriff genommen würden und

die Straße in ihrem jetzigen trostlosen Zustande liegen bleibe. Bürgermeister Wolff erwidert, daß die Unternehmer, welchen der Zuschlag auf die Arbeiten erteilt wurde, von dem Vertrage entbunden sein möchten und hierherauf seiden ein längeres Schreiben an den Magistrat gerichtet hätten. Der mutmaßliche Grund hierzu wäre wohl — der Steinseverstreik in Berlin. (Lebhafte Jurufe von den Sozialdemokraten.) Stadtv. Kieger (Soc.) fordert energisch, daß der Magistrat hier nicht etwa in höchst einseitiger Weise zu Gunsten der Unternehmer Stellung nehme. Ueberdies sei dieser Grund auch faktisch unzutreffend, und schließlich sei es doch auch Sache der Unternehmer, anständige Löhne zu zahlen. Nebner verlangt, daß man die vertragsbrüchige Firma dazu zwingt, die Arbeiten sofort in Angriff zu nehmen, und eventuell die Ausführung durch eine andre Firma für Rechnung der Vertragsbrüchigen ausführen zu lassen. Nach weiterer Debatte wird der Magistrat ermächtigt, die Arbeiten sofort durch den zu eintretenden Submittenten für Rechnung der zurückgetretenen Firma ausführen zu lassen. Eine herbe Kritik des Verhaltens der Stadt Charlottenburg in Bezug auf die Verwaltung ihrer Kiefelfelder bei Spandau rief eine Magistratsvorlage hervor, welche von der Anpflanzung eines Schutzstreifens auf der Grenze zwischen Spandau und den Kiefelfeldern Kenntnis gab. Von unsrer Seite ersuchte Stadtv. Duffsch den Magistrat, den gesundheitlichen Gefahren, welche durch die Verpestung der Luft in der ganzen Wilhelmstadt heraufbeschwoeren werden, durch ein energisches Vorgehen gegen Charlottenburg vorzubeugen. Bürgermeister Wolff teilte mit, daß bereits Mitte Mai in dieser Sache eine dringend gehaltene Beschwerde an die Regierung in Potsdam abgegeben, bis heute jedoch ohne Bescheid geblieben sei! — Einen kurzen und erfolgreichen Kampf hatten unsre Genossen hierauf um die Schaffung eines städtischen Arbeitsnachweises zu führen. Vor mehr als drei Jahren hatten nach vielfachen ergebnislosen Bemühen unsre Genossen wenigstens die Genehmigung, daß ein entsprechender Antrag von der Stadtvorordneten-Versammlung einer gemischten Kommission überwiesen wurde. Seitdem war aber über das Schicksal trotz aller Versuche nichts mehr zu erfahren. Erst in der letzten Sitzung erstattete die Kommission, gemäß einem dem Oberbürgermeister kürzlich abgegebenen Versprechen, Bericht, aus welchem die überraschende Thatsache hervorging, daß die Kommission die ganze Angelegenheit für noch nicht spruchreif gehalten und sie deshalb — auf drei Jahre vertagt habe. Genosse Kieger übte dann auch an dieser scharf beispiellosen Verächtlung eine scharf zugespitzte Kritik. Zwischen durch gab es wieder ein kleines Schachmännchen zwischen einem unsrer Genossen und dem Stadtv. Reinecke, der in seiner bekannten Manier sich gegen den städtischen Arbeitsnachweis überhaupt aussprach.

Die scharfe Attade unsrer Genossen, an welcher sich noch kurz die Stadtv. Müller II und Neue beteiligt hatten, hatte dann schließlich den Erfolg, daß der folgende Antrag mit 15 gegen 12 Stimmen angenommen wurde: „Die Stadtvorordneten erklären ihre grundsätzliche Geneigtheit zur Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweises auf paritätischer Grundlage und erheben den Magistrat um eine entsprechende Vorlage.“

Weiter zeigte sich die Mehrheit von ihrer besseren Seite indem sie bei der nächsten Vorlage, betreffend den Sommerurlaub der städtischen Arbeiter, ihren Beschluß aus voriger Sitzung (Anerkennung des Rechts der Arbeiter auf Urlaub und Gewährung eines solchen schon vom zweiten Jahre der Beschäftigung ab) einfach aufrecht erhielt. Der Magistrat hat dem vorigen Stadtvorordnetenbeschlusse nicht zugestimmt, weil er dem Arbeiter keinesfalls einen Anspruch auf Urlaub zuerkennt, sondern solchen nur vom „Wohltun“ der Vorgesetzten abhängig machen, und endlich Urlaub überhaupt erst vom vierten Dienstjahre ab gewähren will. Die Mehrheit blieb jedoch fest und nach heiligem Kampfe, in welchen unsre Genossen Kieger und Müller wiederholt eingriffen, stellte sich die Versammlung mit 16 gegen 12 Stimmen auf ihren alten Standpunkt. Rummehr mag die Regierung den vorliegenden Konflikt entscheiden, wenn es der Magistrat nicht doch noch in letzter Stunde vorziehen sollte, nachzugeben.

Lichtenberg. An der Verscheidenheit gehen unsre Herren vom Grundbesitz gewiß nicht zu Grunde. Raun haben die auf das Wohl der Gemeinde so besonders bedachten Herren in der Frage der Bürgerzeigeregulierung einen Erfolg errungen, der die Gemeinde um 60 000 M. zu ihren Gunsten erleichtert, so fassen sie schon wieder zu neuen Thaten Mut. Der obenerwähnte Erfolg stützt sich auf die angelegliche Ungültigkeit des vor 1897 in Geltung gewesenen Ortsstatuts; nun aber laufen sie auch gegen das jetzige Ortsstatut Sturm. Ihre Fühler in diesem dem Wohl der Gemeinde dienenden Kampfe sind die Herren Gemeindefürsorge Kiebel, Gemeindevertreter Glaske und Gemeindefürsorge Dittmer. Auch hier soll verlangt werden, das zu Gunsten der Gemeinde ausgefallene Urteil des Kreisaußschusses beim Bezirksausfchuss anzufechten.

Abgelehnt hat die Gemeindevertretung die Subventionierung der vom Berliner Central-Arbeitsnachweis in Mummelsburg eingerichteten Zweigstelle. — Das Terrain des Fürsten Heudell von Donnerward am Central-Viehhof soll nun auch „gegründet“ werden. Die Firma V. Guttmann in Dresden hat 35 000 Quadratrußen erworben; eine neue Terraingesellschaft, die nennt am Orte, soll unter Beihilfe des Schaaffhausenschen Bankvereins und der Dresdner Bank entstehen. — In den Schulunterhaltungskosten fordert die Gemeinde Lichtenberg für das Jahr 1901 den Betrag von 78 840 M. von der Stadt Berlin. Der Bezirksausfchuss hat in dieser Angelegenheit statistische Ermittlungen angeordnet. — Lichtenberg zählte zu Anfang dieses Monats 40 025 Einwohner.

Reinickendorf-West. Am Montagabend 6 Uhr findet im Lokal von Franke, Eichhornstr. 18, eine Versammlung von Mitgliedern der Orts-Kronenlosse statt; Gäste haben Zutritt. Es muß mit vereinten Kräften dahin gestrebt werden, die Kronenverwaltung im Sinne der modernen Arbeiterbewegung zu gestalten, und daher möge sich keiner verdrücken lassen, diese Versammlung zu besuchen.

Gerichts-Zeitung.

In der Strafsache gegen den Heilgehilfen Walter, der vor kurzem wegen Gattenmordes zum Tode verurteilt worden ist, steht bereits am Dienstag, 28. d. Mts. vor dem Reichsgericht Termin zur Verhandlung über die von den Rechtsanwaltschaften Morris und H. Siberstein eingelegte Revision an. Gegen eine in der Hauptverhandlung gegen Walter vernommene Zeugin, die unterzeichnete Dina Klein, mit welcher Walter intime Beziehungen unterhalten haben soll, schwebt, wie uns mitgeteilt wird, jetzt ein Verfahren wegen Meineids. Die Beschuldigte ist vor kurzem in Duisburg in Haft genommen worden.

Telephonwindfäden im großartigsten Maßstabe hatten die beiden früheren Kaufleute Ludwig Rieger und Walter Nicolai bezogen, welche gestern unter der Anlage des wiederholten Betruges im Nachhinein vor der III. Strafkammer des Landgerichts I standen. Beide Angeklagte sind früher in kaufmännischen Geschäften angestellt gewesen, konnten dann aber wegen ihrer mehrfachen Vorbestrafungen Stellung nicht mehr erhalten. Sie versetzten darauf auf den Telephonwindfäden. Aus ihren früheren Stellungen konnten sie die Geschäftverbindungen, welche diese Firmen mit anderen hatten. Bald telephonierte nun der eine, bald der andre an eine Firma und bestellte Waren, welche scheinungsmäßig dem Besteller zugestellt werden sollten. Vor dem Hause des letzteren wurde der Boten dann von dem betreffenden Boten abgefangen und ihm die Ware mit dem Bemerkten, daß der Kunde schon darauf warte, abgenommen. In vielen Fällen ließen sich die Boten durch das sichere Auftreten des Betrügers übertölpeln und händigten die Waren ohne Empfangsbekundigung aus, in einigen Fällen waren sie vorsichtiger und blieb es dann beim Versuch. Die erschwundene Ware wurde sofort zum

Handleiser gebracht, von dem Tiefs fristeten die Angeklagten eine geraume Zeit hindurch das Leben. Im Termin konnten sie nur ihre Notlage als Milderungsgrund anführen. Der Gerichtshof verurteilte sie aber doch bei der Gemeingefährlichkeit ihres Treibens mildernde Umstände und beurteilte sie zu je drei Jahren Zuchthaus, Kieger außerdem zu 2900 und Nicolai zu 2000 M. Geldstrafe, Ehrverlust und Polizei-Aussicht.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 26. Juni, vorm 8 1/2 Uhr, in der Schul-Halle, Kleine Frankfurterstr. 6: Versammlung. Freireligiöse Vorlesung. Um 10 1/2 Uhr vormittags ebenfalls: Vortrag des Herrn Prof. Dr. Albert Gebiete: „Die Moral in den Konfessionen.“ Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (C. H. W. Hamburg). Filiale Berlin 6. Sonntag, den 26. Juni, vormittags 10 Uhr, bei Pöde, Adlerstr. 123: Außerordentliche Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht der Delegierten von der General-Versammlung, 2. Kassenericht pro März/April, 3. Wahl der Ortsverwaltung. **Arbeiter-Bildungsschule Berlin.** Sonntag, den 26. d. M., mittags 1 Uhr: Befähigung der ständigen Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt in Charlottenburg, Raunenhoferstr. 11/12. Treffpunkt bis 1 1/2 Uhr im Volkshaus (Garten), Rosinenstr. 3. Der Unterricht in Rede-Uebung für Fortgeschrittene beginnt an diesem Tage um 9 Uhr vormittags.

Vermischtes.

Wilhelm Jordan, der Dichter der Nibelungen, ist nach einer aus Frankfurt a. M. zugehenden Nachricht schwer erkrankt. Sein Zustand ist sehr ernst und dürfte zu Beforgnissen um so mehr Anlaß geben, als der greise Patient bereits 85 Jahre zählt.

Ueberraschung auf einem Millionär. Der Kaufmann und Millionär Adamow in Waku ist gestern nach einer Drahtmeldung einem Ueberraschung durch drei unbekannte Individuen zum Opfer gefallen, die ihn durch Dolchschläge und Revolvergeschosse töteten. Ein Polizist und ein Wächter, die zur Hilfe herbeigeeilt waren, sind verwundet worden.

Die spanische Eisenbahnkatastrophe. Bei dem Eisenbahnunglück auf der Brücke über den Fluß Gileza, über das wir bereits telegraphisch Mitteilung machten, kamen, soweit bis jetzt festgestellt werden konnte, 50 Personen ums Leben; 30 verbrannten in den brennenden Wagen, 20 ertranken im Fluß. Das Unglück entstand durch eine Entgleisung des Zuges, der aus den Schienen sprang, wobei die Lokomotive mit drei Wagen sich von den übrigen Wagen trennte. Diese drei Wagen erhoben sich übereinander und wurden durch stiegende Funken von der Lokomotive in Brand gesteckt. Der furchtbare Sturm, der in der Nacht herrschte, trieb die Flammen von den drei Wagen über den ganzen Zug weg. Die Lokomotive arbeitete unterdes weiter, brach dabei durch die Brustwehr der Brücke und blieb in dieser hängen, mit den Rädern in der leeren Luft arbeitend. Einige Stützen der Brücke gerieten ebenfalls in Brand und gaben nach, so daß mehrere Wagen in den Fluß stürzten. Andre Wagen fingen sich in den Strebebeinen der Brücke und wurden dadurch vor dem gleichen Schicksal bewahrt. Unter den Insassen des Zuges herrschte natürlich eine furchtbare Panik. Ein Wagen wurde von der Strömung des Flusses ergriffen und weggeführt. Das Wasser war blutig gefärbt und mit verstümmelten Körpern bedeckt. Diejenigen, die dem Tode entgangen waren, waren durch die ausgehenden Schreden völlig außer Stande, den Verunglückten Hilfe zu leisten. Die Schreckensscenen erreichten ihren Höhepunkt, als der Dampf aus den Lokomotivesseln in den Feuerraum drang und die glühende Asche unter die um ihr Leben kämpfenden Passagiere trieb. Infolge der weiten Entfernung von der nächsten Stadt konnte die nach Bekanntwerden des Unglücks eingeleitete Hilfsaktion nur langsam vor sich gehen. Unter den Trümmern des verbrannten Zuges lagen noch viele Leichen, an die man bis jetzt nicht herankommen konnte. Viele Landleute, die aus der Umgegend zur Hilfeleistung herbeieilten, wurden bei dem entsetzlichen Anblick, der sich ihnen an der Unglücksstelle bot, ohnmächtig.

In Rodnig bei Antonienhütte brannte ein Wohnhaus ab. Eine 72jährige Frau und der fünfjährige Sohn des Besitzers sind in den Flammen umgekommen; das gesamte Inventar ist verbrannt.

Briefkasten der Redaktion.

G. M. B. „Regina“ betreffend. Zur Veröffentlichung nicht geeignet. Die Ordnungssache war in diesem Falle unzulässig und kann zurückgefordert werden. Im übrigen raten wir zum Ausritte.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gebühren: 7 Uhr.

Za. 10. Sie können auf Ihren eignen Namen die Konzeption erwirken, auch auf den Namen Ihrer Frau. Ebenso steht es Ihnen frei, Ihre Frau zur Stellvertreterin zu ernennen. Ihre ständige persönliche Anwesenheit im Lokal ist keineswegs erforderlich. — **100 Pf. M.** Nach der Ansicht des Reichsgerichts ja. — **W. R. 11.** Es steht Ihrer Heirat kein gesetzliches Hindernis im Wege. — **Albert Gehr.** Ohne Einsicht in den Wortlaut des bereits ergangenen Erkenntnisses ist Ihre Anfrage nicht zu beantworten. — **H. Rixdorf.** Der Wirt ist zum Bau der Treppe nicht verpflichtet. — Sie haben Ihre Adresse nicht angegeben. — **H. R. 9.** Der schlechte Gang seines Geschäfts berechtigt den Mieter keineswegs, ohne Zustimmung des Vermieters vom Vertrag zurückzutreten. Der Wirt hat das Recht, Erfüllung des Vertrages zu verlangen. — **C. Ja.** — **W. Rein.** — **Bertha Rixdorf.** Es ist zulässig und im Interesse Ihres Kindes liegend, daß Ihr Ehemann dem anvertraut vor der Ehe geborenen, von Ihrem Mann nicht erzeugten Kinde seinen Namen giebt. Zu diesem Zwecke erklären e n t w e d e r Sie, Ihr Mann und der Vormund zu Protokoll des Ständebeamten, daß Sie den Namen erteilen und die Umwandlung des Namens beantragen, oder Ihr Mann schreibt etwa: „Meine Ehefrau hat vor der Ehe ein nicht von mir erzeugtes Kind (Namen . . .) geboren. Ich erteile hierdurch dem Kinde meiner Ehefrau meinen Namen, so daß es fortan . . . heißen soll.“ Das Schriftstück wird diktiert und unter daselbe die notariell oder gerichtlich beglaubigte Unterschrift Ihres Mannes gesetzt. Unter dieses Schriftstück wird geschrieben: „Mit der Erteilung des Namens . . . an mein Kind, beziehentlich mein Mündel, bin ich einverstanden.“ Dann folgt das Datum und Ihre sowie des Vormundes Unterschrift. Auch diese Unterschriften sind notariell oder gerichtlich zu beglaubigen. Diese Urkunde überreicht dann Ihr Mann dem Ständebeamten, in dessen Ständeregister die Geburt Ihres Kindes eingetragen ist, mit dem Antrag: „Auf Grund dieser Einwilligung den Namen . . . auf der Geburts-Urkunde in . . . umzuwandeln. Der erste Weg empfehle ich für den Fall, daß die Geburt hier erfolgte, sonst der zweite. Der Kostenpunkt ist ungefähr 10 Mark.“ — **W. 65.** 1. Auch für eine verheiratete Frau ist zu leben, wenn sie arbeitet. 2. und 3. Sie beerben Ihre Mutter nach ihrem Tode. Bei Lebzeiten Ihrer Mutter steht Ihnen kein Anspruch auf deren Vermögen zu. 4. Sie müssen einen Vertrag schließen. 5. Das hängt von der Art der Letztung der Versammlung ab. 6. Zur Anstellung einer Klage ist nicht zu raten. — **W. R. 34.** Waren Sie bei Abschluß des Vertrages volljährig, so sind Sie an denselben gebunden. — **H. G. 78. Ja.** — **Küster.** 1. Die Vorladung ist in Ordnung. Der Angeklagte ist berechtigt, der Polizei und dem Gericht jede Auskunft zu verweigern. 2. Ist Ihnen die gewerdmäßige Beforgung fremder Rechtsangelegenheiten unterlagt, so steht Ihnen der im § 40 der Gemeinde-Ordnung bezeichnete Rechtsmittelpfad offen. Haben Sie diesen nicht beschritten, oder war er erfolglos, so wird mit Recht gegen Sie auf Grund des § 148 Nr. 4 G. O. strafrechtlich vorgegangen. — **Erbschaft 106.** Schritte auf gerichtliche Regulierung des Nachlasses wären beim Amtsgericht in Berlin zu unternehmen. Das durch Ihre Arbeit mit Erbschaft gehört keineswegs zum mütterlichen Nachlaß. Hat die Mutter nichts hinterlassen, so wäre ein Streit zweifels. Die Schläge erfahren Sie wahrscheinlich am besten aus dem Auseinanderlegungs-Protokoll. — **G. O. 4.** 1. Die Anmeldung eines Gewerbes hat bei dem Gemeindevorstande des Ortes zu erfolgen, in dem das Gewerbe betrieben werden soll, in Berlin bei der Verwaltung der direkten Steuern. 2. Wenn er das 16. Lebensjahr vollendet hat, ja. 3. Nein. 4. Wenn Sie noch nicht 40 Jahre alt sind, können Sie sich selbständig verdingern. Waren Sie schon verdingt, so können Sie sich weiter verdingern. Das Nähere finden Sie S. 303 des in den öffentlichen Verhältnissen ausliegenden „Arbeiterrechts“. — **H. G. Spandau.** 1. Ja. Sie selbst sind aber auch zur Zahlung verpflichtet. 2. Sofort nach der Zahlung, falls Sie nichts anderes vereinbart haben oder noch vereinbaren. — **Anna D.** Ihre Mutter hätte leider nur dann einen Anspruch, und zwar aus der Unfallrente, wenn der Tod Ihres Vaters eine Folge des Unfalls war.

Warenhaus Wilhelm Stein

Extra-Angebot für Sonnabend, Montag, Dienstag so lange der Vorrat reicht:

N. Chausseestr. 65-66.

- Pommersche Rotwurst . . . Pfd. 45 Pf.
- Pommersche Leberwurst . . . Pfd. 45 Pf.
- Schinkenspeck . . . Pfd. 90 Pf.
- Mettwurst, hart . . . Pfd. 60 Pf.
- Braunschweiger Mettwurst . Pfd. 75 Pf.
- Westfälische Bratwurst . . . Pfd. 85 Pf.
- Pa. Lachs . . . 1/4 Pfd. 38 Pf.

- Ananas . . . Pfd. 75 Pf.
- Blaubeeren . . . Pfd. 28 Pf.
- Kirschen . . . Pfd. 18 Pf.
- Erdbeeren . . . Pfd. 30 Pf.
- Aprikosen . . . Pfd. 35 Pf.
- Johannisbeeren . . . Pfd. 28 Pf.

Geld sparen Sie

Warenhaus Wilhelm Stein
BERLIN N., Chaussee-Strasse 65-66.

Gesetzlich geschützt **Spar-Karte** D.R.G.M. 102 681

ANWEISUNG.

Jeder Käufer empfängt auf Wunsch für je 25 Pfg. des bezahlten Betrages eine Sparmarke. Diese Marken klebe man in die auf der Innenseite der Sparkarte vorgedruckten Felder. Sobald sämtliche Felder beklebt sind, wird der Sparbetrag fällig u. mit

1 MARK

in bar ausgehändigt. Es ist gestattet, die fälligen Sparkarten zu sammeln und den Sparbetrag jederzeit, auch erst am Jahreschluss zu erheben.

Auf einzelne Artikel werden keine Sparmarken verabfolgt!

bei Benutzung unseres Sparkassen-Systems!

- Allerfeinste Sahnenbutter . . Pfd. 1.15 M.
- Feinste Tischbutter . . . Pfd. 1.05 M.
- Pa. Limburgerkäse . . . Stck. 55 Pf.
- Pa. Ramadourkäse . . . Stck. 25 Pf.
- Pa. Tilsiterkäse . . . Pfd. 70 Pf.
- Pa. Emmentalerkäse . . . Pfd. 1.00 M.
- Palmin . . . Pfd. 60 Pf.

- Pudding-Pulver . . . 3 Pck. 22 Pf.
- Vanillen-Saucen-Pulver . . 3 Pck. 22 Pf.
- Rote Grütze . . . 3 Pck. 38 Pf.
- Gries, hart . . . Pfd. 18 Pf.
- Himbeer-Saft . . . 95 Pf. 48 Pf. 28 Pf.
- Kirsch-Saft . . . 95 Pf. 48 Pf. 28 Pf.

Eis-Schränke

70 cm hoch, 60 cm breit, 45 cm tief	19.75 M.
73 " " 70 " " 52 " "	24.85 M.
80 " " 80 " " 54 " "	32.85 M.
141 " " 71 " " 67 " "	53.25 M.

Gebrannter Kaffee

unsere Marken sind der vorzüglichen Qualität wegen allerseits bevorzugt.

Mischung	I	II	III	IV	V
1/2 Pfund	75	65	55	45	38 Pf.

Parfümerie- und Seifen-Abteilung.

- Stein's Vaseline-Seife . . . 9 Pf.
- Stein's Lanolin-Seife . . . 18 Pf.
- Stein's Flieder-Seife, reine Fettseife, 5 Stck. . . 45 Pf.
- Stein's Waschkraft, Pck. ca. 1 Pfd. . . 16 Pf.

- Harzkern-Seife . . . 38 Pf.
- Palmöl-Kernseife, sehr trocken, Riegel ca. 3 Pfd. . . 55 Pf.
- Sunlight-Seife, Pck. = 3 Stck. . . 33 u. 24 Pf.
- Veilchenkern-Seife, 8 Stck. im eleg. Cart., nur . . . 26 Pf.

- Bay-Rum, nur Stärkung der Kopfnerven . . . 48 Pf. 65 Pf.
- Balsamisches Mundwasser . . . 55 Pf.
- Taschentuch-Parfüm, fein geschliff. Flacons . . . 46 Pf. 96 Pf.
- Shampoo, echt, nur Kopfwäsche, 3 Pck. . . 50 Pf.

Schmöckwitz Gasthaus zur Palme am Zeddissee.

Hermann Peter. Telefon: Grünau No. 39.
Empfehle mein altes bekanntes, herrlich am Wald und Wasser belegenes Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen, Ausspannung und Dampferfahrten, Regelmäßig, große Kaffeeküche, Zäle, Hallen, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.

Rahnsdorfer Mühle Paradiesgarten

Bahnstation Rahnsdorf 10 Min. n. Bahnhof herrlich am Balde u. Müggelsee geleg. Gr. schattig. Garten.
Jeden Sonntag: Grosser Elite-Ball.
Kaffeeküche ♦ Ausspannung ♦ Volksbelustigungen ♦ Bade-Anstalt. Baden frei, Angeln frei.
Vereinen, Gesellschaften usw. bestens empfohlen. — Fernsprecher Amt Friedrichshagen Nr. 73. [55732*]

Obergrund

Wald- und Gebirgs-Sommerfrische (eine der prächtigsten), Fluss-, Eisen-, Dampf- und andere Bäder. Man verlange Prospekte. Brief- und Telegramm-Adresse: Koch, Obergrund Bodenbach.

bei Bodenbach an der Elbe, Mittelpunkt der böhmisch-sächsischen Schweiz, Bade-, Terrain- u. Klim. Kurort, Kochs Pensionen, Hotel und Villa Stark, altherühmte herrliche Kurmacher, Nieder-Schönhausen.

Jedes Wort: 5 Pfennig. Das erste fettgedruckte Wort 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstrasse 69 bis 3 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Zackentanzüge, Gebrodanzüge, Sommerpaletots, Herrenhosen, Kleiderauswahl, sportlichste Preisnotierung, Pfandleihanstalt Weidenweg 19. 137*

Vorteilhafte Einfanquell, Ansteherrische, Betten, Gardinen, Steppdecken, Regulatoren, Freischwinger, Herrenhosen, Damenhosen, Herrenkleider, Damenkleider, Trauringe, Spiegel, Nachtschalen, Pfandleihanstalt Weidenweg 19. 137*

Verwandschaft, Betten, Ansteherrische, Gardinen, Teppiche, Tischdecken, Herrenhosen, Damenhosen, Kleider und sonstige verfallene Gegenstände laßhaft billig. Pfandleihanstalt Adlerstrasse 7. 23438*

Teppiche, Gardinen, Vorhänge, Betten, Steppdecken, Regulatoren, Remontoiruren, Uhren, Spiegel, Bilder, Möbel sportlich Leihanstalt Reanderstrasse 6. Teilzahlungen gestattet. 11137*

Teppiche (sehr billige) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackelstr. Markt 4, Bahnhof Böfse. 89/92*

Hochvernehme Herren-Anzüge, Sommerpaletots, verjährt, aus feinsten Stoffen, 18-28.00, Weinfelder 7-11. Täglich, auch Sonntag-Verkauf! Deutsches Versandhaus, Jägerstrasse 63, I. 22548*

Heberseher, Herrenanzüge, wenig getragene Monatsgarderobe von 6 Mark an, große Auswahl, für jede Figur, auch neue zurückgelehnte laßt man am billigsten direkt nur beim Schneidermeister Fürstentell, Follenstrasse 15, III. 142/9*

Weiße Herrenhüte, gute Qualität, Stück 95 Pfennig. Bessere Sorte enorm billig. Qualitäts, Compotoir Neue Friedrichstrasse 81 I, Ecke Königstrasse, und Holtenauerstrasse 37 a, partiere, früher Kaiserstrasse 25 A. Sonntag geöffnet. 22/78*

Sportwagen, Kinderwagen, Kinderbeiwagen, gebrauchte, zurückgelehnte, sportlich, Schneider, Kurfürstenstrasse 172. 169*

Mingelischen, Bobbin, Schneidnäher, ohne Anzählung, Höhe 1,00, gebrauchte 12,00. Rahnsdorferstrasse 60/61, Brennauerstrasse 59/60 und Große Frankfurterstrasse 43. 179*

Restoration anderer Unternehmungen halber billig zu verkaufen. Schönleinstrasse 18. 21095*

Grüntrampgeschäft veräußert. Varnier 21. 21625*

Spekulation konformlos! Belle Sparfasse sind Parzellen mit eingereichtem Bauplan, 2 1/2, Weilen von Berlin, Quadratraste nur noch kurze Zeit 6 Mark, keine Straßenanbahnung, keine Anzählung, Rest dreijährig. Schul, Rigdort, Lenaustrasse 12/13. 1130*

Betten, prachtvolle, 18,00. Dresdenstrasse 38, Michel. 22145*

Schankgeschäft, Miete 1400, Preisforderung 1300, monatlicher Umsatz 40 Halbe Bier, 4 Jahre Besitz, wegen Krankheit des Mannes sofort. Näheres Altkuhof, Jägerstrasse 24. 22055*

Vorortgrundstück, circa 70 Quadratmeter groß, mit Sommerhaus, eingezäunt, verkauft für den billigen Preis von 1300 Mark. Kaufe, Jägerstr. (Stettiner Bahn). 21106*

Restoration mit Verein und Jäger, Miete 1000 Mark, zu verkaufen. Gothenstrasse 4, Bahnhof Schönberg. 22136*

Gute Triffling, Biererlag, 8. Privatfundstück, Geschäftsmiete 200 Mark, wegen Krankheit für 800 Mark veräußert. Kohnbaderstrasse 4. 21806*

Schuhgeschäft, aufgehoben, wegen anderer Unternehmungen billig veräußert. Reibstrasse 2. 22165*

Reihanstalt Neue Schönauerstrasse 11 (kein Schloß) hat neuerdings keine Dampfer wieder so bedeutend vergrößert, das ungefähre 1000 Fahrad mehr besitzen werden können. Bevorzugt werden Fahradfahrer nur besser Qualität! Brennauer, Epel, Wandler, Adler, Barbarossa, Germania, Kurwürder, Damenräder jeder Marke, vollständige Erhaltung natürlich vorausgesetzt. Beziehung geschieht gegen geschäftlichen Eins ohne jedwede Lagerkosten. Legitimation erforderlich. Näheres ermittelbar. 142/4

Wittgottsch: 0,50 mit Bier, Apfelwein, Kaffee. Täglich drei Gerichte. Dannewitzer - Berthelestr. 16. 22085*

Rechtsbureau, Gerichtsschreiber, früherer, Andreaskirche 38. Sonntagsgeschäft. 22006*

Rechtsbureau, 0,50 Anteile, Unfallfällen, Strafsachen, Beleidigung, Alimentenlagen, Zahlungsbehalte. Julius, Hoferstrasse 51. 21985*

Vermietungen.

Lagerkeller, hell, groß, Ulmerstrasse 25a, für Rafer, Glaser, Löcher, monatlich 7,50, 12,50. Näheres Ulmerstrasse 25, I, Straßer. 21815*

Wohnungen.

Billiche Wohnungen Hoffstrasse 9, im neuen Hause, an der Stralauer Allee, zum 1. Oktober keine Wohnungen, Küche, Kammer, sowie zwei Stuben mit Loggia. 22206*

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle für Herrn. Hr. Ding, Campdenstrasse 2. 21955*

Saubere Schlafstelle für Herrn. leparat. Simon, Langstrasse 107, Hof I. 21955*

Schlafstelle an zwei Herren vermietet. Blume, Grallert, Kirchhofstrasse 20, vorn III. 22016*

Schlafstelle, Herrn, 8,00, Kopenstrasse 18, I rechts. 22068*

Möblierte Schlafstelle zu vermieten, billig. Quarnstr. 10, vorn III. 21955*

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Gumoriß Max Schmeller, Kögnerstrasse 10. 1102*

Stellenangebote.

Mietverleger verlangen Georg Fiedler u. Co., Pöhlstrasse 57. 21996*

Für meinen Coalbau, Umbenennungstrasse 34/35, lichte ich tüchtige Innenaufarbeiter. Preis 35 Pfennig pro Quadratmeter. Helmut Peters. 22195*

Korbmacher-Gesellen suchi Baumg., Korbmacher, Nieder-Schönhausen. 22195*

Spiegelbeleger für Tischbeleg (findet dauernd Stellung in Spiegel-fabrik Brummenstrasse 53. 1102*

Bergarbeiter auf schattige Stellen verlangt E. Neumann, Charlottenburg, Wilmersdorferstrasse 39. 22035*

Ganbarbeiterin verlangt Wendel, Gubenstrasse 24. 21985*

Wamsfeld auf bessere Paletots verlangt Knuth, Brummenstrasse 139. *

Im Arbeitsmarkt durch besondern Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Ein mit der Spiralspinnerfabrikation genau vertrauter, intelligenter Arbeiter zur Kontrolle gesucht. Geeignete Bewerber wollen sich unter D. 1. 18002 an die Annahme-Exp. Bonacker & Rantz, Düsseldorf, wenden. 55542*

Cigaretten-Arbeiter u. Cigaretten-Arbeiterinnen
die befristet sind und gute Arbeit liefern, finden sofort Beschäftigung bei der Cigaretten-Fabrik „Josetti“, Berlin C., Neue Friedrichstrasse 9/10. 173/14

Stukkateure!
Geprüft ist die Firma Paul Lange, Brunnenstr. 164, wegen Nichtbezahlen des Lohnes. Die Bauten sind: Kopenbagerstr. 22, Gellertstr. 35 und Straße 12a, Box-Bohle, bei der Sachhauerstrasse. Die Ortsverwaltung der Filiale Berlin des Centralverbandes der Stukkateure Deutschlands. 173/14